

P R O T O K O L L

über die 32. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Donnerstag, 16. Dezember 1982, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 13 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

VICEBÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Karl Feuerhuber
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Heumann
Karl Hochrathner
Karl Holub
Dr. Kurt Keiler
Wilhelm Kern
Walter Köhler
Herbert Lang
Hermann Leithenmayr
Otilie Liebl
Johann Manetsgruber
Winfried Mausz
Franz Mayr
Rudolf Pimsl
Josef Radler
Friedrich Reisner
Franz Rohrauer
Erich Sablik
Herbert Schwarz
Ernst Seidl

Rudolf Steinmassl
Franz Steinparzer
Otto Tremel
Dkfm. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat Dr.
Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Franz Knapp
Rechnungsdirektor Oberamtsrat
Ludwig Stary
VB Dr. Kurt Schmidl
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
MK Dr. Gerhard Alphasamer
VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

(Im Hinblick auf die Bedeutung der Budgetdebatte wurde von den Fraktionsvorsitzenden einvernehmlich auf die "Aktuelle Stunde" verzichtet).

Beschlüsse des Stadtsenates

Präs-878/82	Ehrenringverleihung an die ausgeschiedenen Stadträte
Präs-879/82	Rudolf Fürst und Anna Kaltenbrunner; Ankauf der Ringe.
Präs-868/82	Ankauf von Siegelringen der Stadt Steyr.
Bau6-4756/79	Springbrunnenanlage in der Ölberggasse; diverse Arbeiten.
GHJ2-6715/82	Gemeindeeigenes Objekt Haratzmüllerstraße 37; Reparatur der Dachkonstruktion.
GHJ2-6659/82	Gemeindeeigenes Objekt Industriestraße 16; Erneuerung des Blechdaches des Vorhauses.
GHJ2-6795/82	Gemeindeeigenes Objekt Straße des 12. Februar 2/1; Instandsetzung der Elektroinstallation.
GHJ1-6827/82	Ankauf einer elektrischen Schreibmaschine für die Mag. Abt. IX (Ersatzbeschaffung).
SH-6310/82	Ferienaktion der diversen Jugendorganisationen; Subventionierung durch die Stadt Steyr.
Bau3-5992/80	Straßenbau für die Unterführung der Neuschönauer Hauptstraße beim Isabellenhof; Wasserleitungsprovisorium bzw. Herstellung einer neuen Hausanschlußleitung.
GHJ1-6818/82	Österr. Institut für Wirtschaftsforschung; Mitgliedesbeitrag 1983.
GHJ2-3963/82	Volksschule Gleink; Instandsetzungsarbeiten.
Wa-7059/81	Wasserversorgungsanlage der Stadt Steyr - Brunnenfeld Dietach; Vorsorge für den Katastrophenfall; Ankauf von Ausrüstungsgegenständen.
Wa-2475/82	Hochwasserschäden am Ramingbach vom Juli 1981 bzw. Jänner 1982; Beitragsleistung der Stadt.
FF-1910/71	Ankauf eines behindertengerechten Spezialtisches für den Verein "Lebenshilfe" Steyr.
Wa-5114/81	Sanierung Annawehr - Nachtragsangebot Nr. 2; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 1. 4. 1982
Bau3-4001/77	Fußgängerübergang Märzenkeller; Gutachten Dipl. Ing. Goldbacher; Honorarkosten.
ÖAG-6427/82	Ankauf eines Mehrzweckseitenschneepfluges für den Städtischen Wirtschaftshof.
Ha-6526/81	Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative und soziale Organisationen im Jahr 1982.

Ha-1275/82
GHJ2-6099/82

Ersatz von Leermieten an die GWG.
Feuerwehrrzeughaus Sierninger Straße 53; Einbau eines
Benzinabscheiders.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) Ha-6081/82 Übernahme der Dambergwarte durch die Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 2) Bau5-7247/80 Errichtung der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen; Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

- 3) GHJ1-5046/82 Telefonanlage Rathaus; Modernisierung und Erweiterung.
4) ÖAG-2323/80 Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3, KG. Föhrenschacherl von Josef Krenn, Steyr, Weinzierlstraße 5.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 5) Bau4-1647/80 Rohrsteig Münichholz; Grundeinlösung; Übernahme der Zugangswege in das öffentliche Gut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 6) ÖAG-6896/82 Mülllieferungsübereinkommen mit Otto Hasenöhrl, St. Valentin.
7) Ha-2556/82 Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung der Subventionsrate für das 4. Quartal 1982.
8) Ha-6545/82 Wirtschaftsverein "Arbeiterheim" Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den weiteren Ausbau des Casinos Steyr.
9) Bau3-6630/81 Asphaltierungsprogramm 1982; Auftragsvergaben an den Städtischen Wirtschaftshof.
10) Ha-3700/82 Voranschlag 1983.
11) Ha-3600/81 Zusatzantrag zum Voranschlag 1983; Beschluß einer Kreditsperre.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie zur letzten Sitzung des Jahres 1982 herzlich begrüßen. Mit der heutigen Gemeinderatsitzung schließt eine Tätigkeit der Stadtverwaltung, des Gemeinderates, von der wir glauben, daß doch verschiedene Fortschritte und Erfolge erzielt wurden, und dazu hat sicher gerade der Gemeinderat mit seinen Entscheidungen maßgebend beigetragen.

Entschuldigt für heute sind Vizebürgermeister Fritsch, der erst heute aus dem Krankenhaus entlassen wurde, und Gemeinderat Schuster, der sich noch im Krankenhaus befindet. Sonst sind mir keine Entschuldigungen bekannt. Die Beschlußfähigkeit ist in jeder Hinsicht gesichert.

Meine Damen und Herren, zu Beginn der heutigen Sitzung habe ich eine große Bitte. Es wurde viele Male schon von Nichtraucherern, von Mitgliedern des Gemeinderates, die diesem Laster nicht frönen, gebeten, auch im Gemeinderat der Stadt Steyr eine Regelung einzuführen, die es anderswo schon längst gibt, auch in Betriebskörperschaften. Ich bitte Sie daher, heute davon abzusehen, die Zigarette in die Hand zu nehmen. Es besteht die Möglichkeit, in einer Pause um ca. 3 Uhr, im Vorraum zu rauchen. Wer inzwischen das dringende Bedürfnis besitzt, den bitte ich, kurzzeitig den Saal zu verlassen. Sollte eine Abstimmung inzwischen fällig sein, werde ich mir erlauben mit der Klingel zu läuten, so daß niemand die Abstimmung versäumt und wir dann nahezu parlamentarische Verhältnisse herbeiführen können. Ich bitte Sie um Verständnis. Es ist dies keine einsame Entscheidung von mir, wie mir das vorher unterschoben wurde, sondern es entspricht einer vielfachen Bitte der Nichtraucher. Ich bitte auch die Damen und Herren der Beamtenschaft und der Presse, sich daran zu halten.

Damit komme ich zum weiteren Verlauf der Sitzung und ich darf Ihnen schon voraus danken für das Verständnis für diese Maßnahme, die der Gesundheit jedes Einzelnen dienlich ist.

Eine Anfrage liegt mir nicht vor. Die Protokollprüfer für heute sind die Herren Gemeinderäte Rohrauer und Holub. Ich sehe, daß beide Herren damit einverstanden sind und danke dafür.

Als weitere Maßnahme werde ich Ihnen verschiedene Mitteilungen vortragen, von denen ich hoffe, daß Sie von Interesse sind.

Bei mir langen immer wieder Dankschreiben von älteren Mitbürgern der Stadt Steyr ein. Hier schreibt mir eine Frau Kronberger, der wir zum 95. Geburtstag gratuliert haben und sie bedankt sich bei der Stadt und den Damen und Herren des Gemeinderates. Die Familie Wilhelmine und Johann Spadlinger feierte Goldene Hochzeit, auch hier langte ein Dankschreiben ein. Auch von Frau Josefa Nöbauer, die den 90. Geburtstag feierte, erhielt ich ein Dankschreiben. Das ist der Dank dafür, daß bei aller Bewältigung der verschiedensten Probleme die Alten nicht vergessen werden.

Wir haben erst vor drei Wochen eine Gemeinderatsitzung abgehalten, bei der wir verschiedene Fragen lösen und erledigen konnten. Heute haben wir außerhalb der Voranschlagsbehandlung auch einige andere Sachpunkte zu erledigen. Ich darf darauf verweisen, daß am 7. Dezember über meine Einladung ein Gespräch mit allen Verantwortlichen der Fraktionen stattgefunden hat, mit den Fraktionsführern, und ich dort die Vorgangsweise zur heutigen Sitzung einvernehmlich mit den Herren klären konnte. So wurde auch dort schon besprochen, daß Nichtraucher hier den Vorrang genießen sollen, es wurde auch besprochen, eine Pause abzuhalten und es wurden auch verschiedene andere Punkte, zu denen ich noch kommen werde, einer Behandlung unterzogen.

Darüber hinaus darf ich berichten, daß am 26. November der neu bestellte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Karl Grüner in Steyr war, und zwar in seiner Eigenschaft als Gemeindereferent des Landes Oberösterreich. Wir haben ihm im Beisein der Mitglieder des Stadtsenates und der leitenden Beamten die Probleme der Stadt und generell auch die der Gemeinden unterbreitet und es ist gelungen, in den sehr zielführenden Gesprächen wiederum Zusicherungen zu erhalten, daß die Bedarfs-

zuweisungen so wie bisher in gleicher Höhe auch für 1983 verbleiben werden,

womit für uns doch ein beträchtlicher Unterstützungsfaktor gegeben ist für die kommunale Strukturverbesserung, die wir notwendig haben. Eine Erhöhung allerdings ist auf Grund der gesamten Situation des Budgets im Land Oberösterreich nicht möglich. Es ist aber schon ein Fortschritt, zu erreichen, daß die gleichen Ansätze wie in diesem Rechnungsjahr 1982 auch für nächstes Jahr gelten.

Eine Besichtigung der Großbaustelle zur Errichtung der zentralen Kläranlage hat sich dem Gespräch angeschlossen. Wir waren dort sehr beeindruckt vom bisherigen Arbeitsaufwand und vom Fortschritt. Die Baugrube ist schon sehr weit gediehen und wir haben auch weiterhin die neue Schule für Kindergärtnerinnen im Wehrgraben besucht und wurden dort von der Bauleitung über den Fortschritt und die weiteren Maßnahmen unterrichtet. Ich kann sagen, die Schule ist jedenfalls nach dem bisherigen Stand der Entwicklung im Jahre 1983/84, im kommenden Schuljahr also, dem Betrieb übergeben werden kann.

Etwas was in der Frage der Erörterung der Gemeindeprobleme noch mit einbezogen wurde, etwas sehr Wesentliches ist, daß wir auch diese Stadtflucht dem Gemeindefreferenten unterbreitet haben, die deutlich erkennbar wurde im Rückgang der Bevölkerungsziffer innerhalb von 10 Jahren um 1800 Gemeindebürger. Hier konnten wir auch großes Verständnis für unsere Auffassungen erlangen.

Eine schon bei der Fraktionsobmännersitzung behandelte Frage war die weitere Vorgangsweise zur Errichtung eines Straßenabstieges von der Tomitzstraße in die Wehrgrabenniederung. Hier liegt ein neues Sparlösungsprojekt vor, das hier sowohl von den Fraktionsvorsitzenden, als auch, wie ich dann später berichtet bekam, von den einzelnen Fraktionen, zur Gänze und einheitlich gutgeheißen wurde. Es ist daher die Bauabteilung von mir bereits beauftragt worden, alle Schritte zu unternehmen, die einer raschen Detailprojektierung dienen können, damit sich der Gemeinderat über den Endzustand der Planung unterrichten kann. Jedenfalls danke ich Ihnen für das Verständnis. Wir werden 1983 mit einer tunnelierten Lösung in die Wehrgrabenniederung arbeiten können.

Die nächste Informationssitzung des Gemeinderates mit einer anschließenden Beschlußsitzung wird am 20. Jänner stattfinden. Ich hoffe, daß wir dann auch wieder die Gelegenheit haben, Ihnen Neuigkeiten zu unterbreiten und die Meinungen des Gemeinderates zu verschiedenen Vorhaben einzuholen.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, wie immer ein Kernpunkt der Mitteilungen, ist leider nicht so, daß wir sagen können, es zeigt sich ein rosiger Schimmer am Arbeitsmarkthimmel, sondern es ist eher eine gegenteilige Entwicklung eingetreten. Die Zahl der arbeitslos Gemeldeten im Arbeitsamtbezirk Steyr - ich möchte das ausdrücklich nicht auf die Stadt Steyr beschränken, denn der Arbeitsmarktbezirk reicht bekanntlicherweise weit in das Hinterland. Aber es ist symptomatisch, denn die Meßziffern sind ja immer vom gleichen Stand ausgehend - hat Ende November eine Zahl von 1.688 gemeldeten Arbeitslosen erreicht, also um 19 % mehr als noch im Oktober. Die Zahl der freien Arbeitsplätze ist Ende November mit 83 verhältnismäßig gering, wenn man diese Entwicklung betrachtet. Beschäftigungsprobleme gibt es unserer Kenntnis nach keine bei der Firma GFM und im BMW-Motorenwerk. Alle übrigen Betriebe kämpfen mit der Situation und wir hoffen sehr, daß das nächste Jahr nicht von diesen Situationen allzusehr betroffen wird.

Die Partnerstadt Plauen hat uns mitgeteilt, daß die Ausstellung von Steyrer Kindern mit Zeichnungen derzeit dort sehr gut läuft und noch bis 17. Dezember, also bis morgen, dauert. Es wurde ein großer Erfolg gemeldet und die Prämierung ist ebenfalls schon vollzogen worden. Es werden Buchprämien bereitgestellt, und wir werden zu gegebener Zeit nach Einlangen dieser Prämierungen die Verteilung der Prämien vornehmen. Heute möchte ich sowohl den Kindern, die sich selbst daran aktiv beteiligt haben, als auch den Lehrkörpern herzlich danken für die Bereitschaft, an einer solchen Aktion mitzuwirken.

Ich möchte auch nicht verhehlen, daß ich ein Schreiben bekommen habe von einem

19jährigen HTL-Schüler, der sich sehr gegen die Lösung bei der Stadtpfarrkirche, sprich Kriegerdenkmal, wendet. Ob er das aus Eigenem heraus tut oder unter Anleitung, das kann ich nicht beurteilen, jedenfalls muß man auch solche Meinungen zur Kenntnis nehmen. Ich glaube aber, daß trotzdem die Vorplatzlösung insgesamt als eine saubere zu bezeichnen ist. Die Grasnarbe unter den Bäumen war nicht mehr als solche zu bezeichnen. Die Diözesanfinanzkammer hat sich kürzlich mit einigen namhaften Vertretern an die Stadt gewendet, es fand eine Besichtigung des Klosters Gleink statt, eine Besichtigung der Stadtpfarrkirche und eine solche der Pfarre Christkindl. In einem längeren Gespräch wurde vereinbart, über ein mehrjähriges Programm hinweg auch Mittel der Stadt Steyr bereitzuhalten bei der Erneuerung dieser denkmalgeschützten Ensemble. Wichtig erscheint uns von Seiten der Stadt auf jeden Fall die Restaurierung und Substanzsicherung der Stadtpfarrkirche, denn es sind dort schon beträchtlich große Schäden aufgetreten. Für uns ist das hinsichtlich der Stadtbildgestaltung wohl der wichtigste Punkt bei einer Überlegung in dieser Richtung.

Das wären im großen und ganzen die Mitteilungen, die ich Ihnen heute eingangs der Sitzung zu unterbreiten habe. Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, die Ihnen antragsmäßig schon zugeleitet wurden und die inzwischen vom Stadtsenat bereits beschlossen wurden. Ich bitte Sie nur, die beiliegende Liste der Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und dazu bitte ich Kollegen Schwarz um die Übernahme des Vorsitzes.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie stimmen mir zu, wenn ich mich nicht ausschließlich nach dem Amtsbericht halte, sondern in groben Zügen erwähne, daß sich einige namhafte Steyrer, Politiker, unter anderem auch mein Amtsvorgänger Josef Fellingner, seinerzeit in einem Komitee zusammengefunden haben, um eine neue Dambergwarte zu errichten. Es waren beträchtliche Arbeitsaufwände und Kosten erforderlich und alles das hat dieses Komitee bestritten. Aus diesem Kreis leben nur mehr wenige Personen und diese haben gebeten, daß die Stadt Steyr die Pflege und Erhaltung dieser Dambergwarte im Interesse der Besucher übernehmen soll. Ich glaube, der Gemeinderat kann sich einer solchen Bitte nicht verschließen und ich bitte Sie daher, daß Sie im Sinne des Amtsberichtes vom 24. November folgenden Antrag beschließen:

1) Ha-6081/82

Übernahme der Dambergwarte durch die Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 24. November 1982 wird der Magistrat der Stadt Steyr anlässlich der Übernahme der Dambergwarte ins Eigentum der Stadt Steyr ermächtigt, alle damit verbundenen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Komitee einerseits sowie den Österreichischen Bundesforsten andererseits zu treffen.

Ich bitte Sie, auf Grund des Amtsberichtes diesem Antrag zuzustimmen.

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor. Ich danke für den Bericht und übergabe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren wir fahren in unseren Beratungen fort und ich bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Schwarz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen. Er befaßt sich mit der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und lautet:

2) Bau5-7247/80

Errichtung der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen;
Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. 2. 1982 wurden für die Errichtung der BAK S 10,000.000,- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 12. 1982 wird nunmehr ein weiterer Betrag in Höhe von
S 2,000.000,-- (zwei Millionen)

in Form einer Kreditüberschreitung bei der VSt 5/2220/0100 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Nachdem wir den Mittelfreigaben für die Errichtung einer Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen immer die Zustimmung gegeben haben, werden wir das auch heute so halten. Ich möchte aber doch diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um daran zu erinnern, daß wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diese Zustimmungen immer unter Vorbehalt gegeben haben und wir auch heute diesem Antrag die Zustimmung mit Vorbehalt geben werden, nämlich unter Ausklammerung und Nichtanerkennung des damit in Verbindung stehenden Architektenvertrages und der Generalbevollmächtigung. Wir haben dies bereits deutlich bei der entsprechenden Gemeinderatsitzung gesagt, daß das für uns unverständlich und unakzeptabel ist, daß einer Einzelperson gegenüber einer ganzen Berufsgruppe von Haus aus der Vorzug eingeräumt wurde und daß auch die wirtschaftlichen Grundlagen, nämlich die Einholung von mehreren Angeboten zu Vergleichszwecken, nicht eingehalten wurden. Daß dies aber offensichtlich kein Einzelfall ist oder war, das zeigt der vor einiger Zeit getätigte Grundstücksankauf seitens der Stadtgemeinde von einer Privatperson, bei dem auch die Stadtgemeinde Steyr sehr großzügig vorgegangen ist und den Passus der Generalbevollmächtigung zugunsten des Grundstücksverkäufers, daß später dort Gebäude errichtet werden, gleich mit eingebaut hat. Da möchte ich namens der Freiheitlichen Fraktion mit aller Deutlichkeit erklären, daß wir auch in Zukunft derartigen Anträgen, derartigen Generalbevollmächtigungen und derartigen Vorgangsweisen, die Zustimmung nicht geben werden und diese ablehnen.

Ich habe jetzt bewußt deswegen keine Namen genannt, weil es uns nicht um Personen, sondern um die Sache geht. Dem vorliegenden Antrag geben wir seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion unter Vorbehalt die Zustimmung. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Ich darf die Abstimmung vornehmen. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Keine. Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Danke. Nächster Berichterstatter ist Kollege Feuerhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Erneuerung der Telefonanlage im eigenen Haus. Diese Anlage befindet sich seit 17 Jahren im Betrieb, hat nur 15 Amtsleitungen und 150 Teilnehmeranschlüsse. Bei der neuen Anlage würden sich 20 Amtsleitungen und 180 Teilnehmeranschlüsse ergeben. Die bestehende Telefonanlage wurde von der Firma Siemens errichtet und gewartet und diese Firma hat dem Magistrat auch ein Anbot zur Modernisierung und Erweiterung der Anlage auf ein elektronisches, speicherprogrammiertes und mikroprozessorgesteuertes Telefonsystem vorgelegt. Ich darf Ihnen nun den diesbezüglichen Antrag zur Verlesung bringen:

3) GHJ1-5046/82

Telefonanlage Rathaus; Modernisierung
und Erweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IV vom 5. 11. 1982 wird der Übertragung des Auftrages zur Modernisierung und Erweiterung der bestehenden Telefonanlage im Rathaus auf ein elektronisches, speicherprogrammiertes und mikroprozessorgesteuertes Telefonsystem im Wege des Ankaufes an die Firma Siemens zum Preis von S 1,944.907,- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,945.000,-- (eine Million neunhundertfünfundvierzigtausend)

werden im Rechnungsjahr 1983 freizugeben sein. Hiefür wird ein gesonderter Antrag an den Gemeinderat ergehen.

Ich bitte um Abstimmung über diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Antragstellung. Wünscht jemand zum Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Enthaltung? Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL FEUERHUBER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um den in der letzten Gemeinderatsitzung abgesetzten Tagesordnungspunkt, betreffend den Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3, KG Föhrenschacherl von Josef Krenn, Steyr, Weinzierlstraße 5. Die Parzelle im Ausmaß von 22.858 m² wurde der Stadtgemeinde zum Preis von S 350,-/m² angeboten. Nach längeren Verhandlungen haben sich der Verkäufer und der Käufer geeinigt auf einen Kaufpreis von S 320,-/m². Inzwischen wurden auch die Grundeinlösen und Enteignungsverhandlungen des Landes Oberösterreich über die Wolfener Landesstraße im Baulos Judendorf II abgeschlossen, wo aus der kaufgegenständlichen Grundparzelle 1576/1 1077 m² in Anspruch genommen werden. Diese Fläche wird vom Gesamtausmaß des Kaufobjektes von 23.300 m² abgezogen, so daß eine Kauffläche von 22.223 m² mit einem Gesamtkaufpreis von S 7,111.360 zu bezahlen wäre. Der Antrag an Sie lautet:

4) ÖAG-2323/80

Ankauf der Grundparzellen 1576/1 und 1575/3
KG Föhrenschacherl von Josef Krenn, Steyr,
Weinzierlstraße 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Grundstücke 1576/1 Acker im Ausmaß von 22.858 m² und 1575/3 Wiese im Ausmaß von 442 m² abzüglich eines für Straßenzwecke bereits in Anspruch genommenen Teiles von ca. 1077 m², demnach von insgesamt 22.223 m² von Herrn Josef Krenn, Landwirt, 4400 Steyr, Weinzierlstraße 5, zum Preis von

S 320,-/m², daher zu einem Gesamtkaufpreis von S 7,111.360,- wird zugestimmt. Bis zur weiteren Verfügung der Stadt kann dem Verkäufer ein landwirtschaftliches Nutzungsrecht zu den üblichen Bedingungen eingeräumt werden. Zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich der mit dem Grunderwerb verbundenen Steuern und Abgaben wird eine Kreditüberschreitung von S 7,751.400,- bei VAS^t 5/8400/001 0 bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus Rücklagen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie zustimmen darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Beschluß ist einstimmig. Ich danke dem Referenten. Nächster ist Kollege Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren!
Ich darf Ihnen einen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen, und zwar darf ich Sie bitten, der Übernahme der Zufahrtswege zum Rohrsteg Münchenholz in das öffentliche Gut zuzustimmen.

5) Bau4-1647/80

Rohrsteg Münchenholz; Grundeinlösung; Übernahme
der Zugangswege in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 11. 1982 wird der Übernahme der Zugangswege zum Rohrsteg Münchenholz, bestehend aus 250 m² der den Ehegatten Sandmayr gehörenden Grundstücke 1952 und 1959, beide EZ 1347, KG. Steyr, und aus 350 m² der der Bischöflichen Domänenverwaltung gehörenden GP 413/16, KG Hinterberg, EZ 18, in das öffentliche Gut zugestimmt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Wallner für seinen Bericht. Nächster ist Stadtrat Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Der erste Antrag, den ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzulegen habe, betrifft die Mülldeponie. Ich möchte Ihnen den Antrag zur Verlesung bringen und darf anschließend daran einige Ergänzungen dazu vorbringen.

6) ÖAG-6896/82

Mülllieferungsübereinkommen mit Otto Hasenöhrl, St. Valentin.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. Dezember 1982 wird zugestimmt

- a) der Sperre der Steyrer Mülldeponie,
- b) dem Abschluß eines Mülllieferungsübereinkommens mit Otto Hasenöhrl, St. Valentin, zu den im Amtsbericht enthaltenen Bedingungen,
- c) beide Maßnahmen sollen mit 1. 1. 1983 wirksam werden.

Meine Damen und Herren, ein Teil von Ihnen ist bereits sehr lange Zeit im Gemeinderat tätig, dazu gehöre auch ich. Vor rund 13 Jahren standen wir vor einer ähnli-

chen Situation. Wir hatten damals in Steyr zwei Mülldeponieplätze, die eine befand sich in der Waldrandsiedlung, in der sogenannten Ramingstraße, und der zweite Mülldeponieplatz befand sich am Tabor in Richtung Resthof. Wir mußten kurzfristig diese Plätze schließen, und zwar deswegen, weil sie sich zu nahe am verbauten Gebiet befanden und es dadurch dauernd zu Anrainerbeschwerden kam. Herr Ing. Forstenlechner und ich haben damals Ausschau gehalten nach einem neuen Deponieplatz und glaubten, nach längerem Suchen, einen günstigen Platz – nämlich den jetzigen – gefunden zu haben. Günstig schien uns dieser Platz aus zweierlei Gründen. Erstens ist er weitab vom verbauten Gebiet und zweitens hat dieser Platz schon immer der Gemeinde Steyr gehört. Unser Vorschlag, dieses Grundstück zum Mülldeponieplatz umzufunktionieren, wurde beifällig akzeptiert und so fahren wir seit nunmehr 13 Jahren diesen Platz an. Es gab damals und auch in den folgenden Jahren keine ernsthaften Bedenken dagegen. Auch die Fachleute kamen zur Auffassung, daß keinerlei Gefahr für unser Brunnenschutzgebiet, für unser Trinkwasser, besteht, weil dazwischen ein breiter Bergrücken ist, der Schutz für unser Trinkwasser bietet. Seit ungefähr 6 oder 7 Jahren hat die OÖ. Landesregierung ganz allgemein und sicher verständlich, der geordneten offenen Deponie den Kampf angesagt und hat ein Abfallbeseitigungskonzept ausgearbeitet. In Verfolgung dieses Konzeptes wurde für die Stadt Steyr, für Steyr-Land, für den Bezirk Kirchdorf und für einen Teil von Linz-Land die Errichtung einer Müllverwertungsanlage verlangt. Standort dieser Anlage soll unser derzeitiger Deponieplatz sein. Seit nunmehr rund 5 oder 5 1/2 Jahren wird nun darüber ohne konkretes Ergebnis verhandelt. Da noch immer kein Ende dieser Verhandlungen abzusehen ist und wir noch immer keine wasserrechtliche Genehmigung für unseren derzeit bestehenden Deponieplatz haben, wollen wir als Stadt Steyr die Initiative ergreifen und den bisherigen Deponieplatz schließen bzw. ihn in naher Zukunft einer Sanierung zuführen. Es soll uns niemand den Vorwurf machen, wir hätten sorglos gehandelt – das Wasser ist neben der Luft das Wichtigste, das wir Menschen brauchen.

Ich möchte aber hier nochmals das erwähnen, was der Herr Bürgermeister bereits bei der letzten Gemeinderatsitzung zum Ausdruck gebracht hat. Es besteht derzeit überhaupt keine Gefahr für unser Trinkwasser, es soll uns aber niemand den Vorwurf machen können, wir hätten nicht alles versucht, wir hätten in irgend einer Form sorglos gehandelt. Das ist der Grund, warum dieser Antrag an Sie ergeht und ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben und diesen Antrag zu akzeptieren.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Bericht. Herr Gemeinderat Holub hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wie sehr mein Beitrag in der letzten Aktuellen Stunde begründet war, beweist der nun vorliegende Antrag, meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Es ist nur ein wenig bedrückend, wenn man die Beantwortung aus der letzten Sitzung noch im Ohr hat. Da hat es zwar sehr wohl auch geheißen, eine aktuelle Gefahr besteht nicht, es ist nicht akut. Sehr wohl überlegt man aber die Schließung der derzeitigen Mülldeponie aus den Gründen, die wir seit ungefähr einem Jahr ohnehin schon alle mittlerweile aus der Gerüchtebörse erfahren haben, daß mit dem Schlierhorizont nicht alles so wäre, wie man ursprünglich in geologischen Gutachten angenommen hat und daß die Gefährdung des Trinkwassers dort nicht hundertprozentig auszuschließen wäre. Damit, glaube ich, wäre die Situation korrekt umrissen. Bedauerlich ist es nur, daß wir als Gemeinderat dieser Stadt in der letzten Sitzung die Antwort bekommen haben, nein eine Schließung per 1. Jänner, pardon per 31. Dezember, wäre durchaus nicht aktuell, diese Maßnahme wäre irgendwann einmal im nächsten Jahr aus Sicherheitsgründen zu erwarten. Gesagt, getan – wir schließen mit 31. 12! Die Information war – das bedauere ich sehr tief, wahrscheinlich haben sich die Dinge schneller entwickelt als es absehbar war – doch nicht ganz komplett. Nicht ganz komplett war auch die Information des Gemeinderates überhaupt, denn gäbe es nicht die Presse, hätte dieser Gemeinderat der Stadt Steyr von der Gefährdung seines

Trinkwassers gar nichts erfahren, bis heute nichts erfahren. Offensichtlich, dem Amtsbericht nach zu folgen, gibt es schon eine lange Diskussion mit den Fachgutachtern, mit Dr. Ingerle, dann und wann hat man gehört, Ingerle war da, Ingerle hat gesagt. Fest steht aber, daß das Problem, das Dr. Ingerle aufgezeigt hat, ein ziemlich gravierendes ist. Wenn man sich den Amtsbericht anschaut, war sogar Ingerle lange Zeit hindurch der Meinung, daß das Plombieren dieser Müllbeseitigungsanlage und der Kläranlage, die wir auch projektieren im gefährdeten Gebiet, eine ausreichende Sicherungsmaßnahme wäre. Nun aber, wenn ich den Amtsbericht auf Seite 3 richtig gelesen habe, geht man davon aus, daß das Plombieren alleine nicht genügen wird, sondern daß noch ein Entsorgungstollen rund um diese Plombierung gemacht werden muß. Ich denke, wenn das so gravierend ist, daß ein Fachgutachter sagt, die ihm am zielführendsten erscheinende Maßnahme ist die Errichtung eines Stollens, um hermetisch den Grundwasserfluß von den Emissionen aus dem Mülldeponiebereich und aus dem Kläranlagebereich abzuschließen, dann wird es auch höchste Zeit, daß sich dieser Gemeinderat darüber Gedanken macht. Ich bedaure zutiefst, wirklich zutiefst, daß wir aus der Zeitung erfahren mußten, wie die Situation dort ist. Nicht etwa weil ich informationsgeil wäre, sondern weil es ganz einfach darum geht, daß aus diesem Wasserreservoir unsere Bevölkerung und die Bevölkerung der Umlandgemeinden lebt.

Ein zweiter Aspekt ergibt sich allerdings auch noch, die Kostenseite, die uns sicher jetzt unverschuldetermaßen auferlegt wird. Dem Amtsbericht nach haben wir ein Jahresentgelt von 800.000 S zu entrichten und dem Amtsbericht nach werden die Transportkosten auf etwa 1,3 Millionen jährlich geschätzt. Das, meine Damen und Herren, wird unsere Bürger in der Stadt vermutlich noch sehr bekümmern müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das ohne Erhöhung der Müllabfuhrgebühr abgeht. Wieder ist es sehr bedauerlich, daß die Entscheidungen rund um diese Müllbeseitigungsanlage nicht schneller herbeigeführt wurden. Sicherlich gibt es endlos lange Verhandlungen, die hat Stadtrat Wippersberger in seinem Motivenbericht zum Antrag ja vorgetragen. Andererseits muß man in aller Deutlichkeit sagen, es wäre zweifellos im Rahmen der Stadt gelegen, hier doch etwas mehr zu tun, so wie ich es in der letzten Sitzung schon gesagt habe, daß sich dieser Abfallbeseitigungsverband doch schneller konstituiert. Das Amt der Landesregierung kann nur Ideen bringen, das Amt der Landesregierung wird immer wieder Fachgutachten erstellen, unterstützend zur Seite stehen, es hieße aber einen bedeutenden Eingriff in die von Ihnen, meine Damen und Herren, immer wieder apostrophierte Gemeindeautonomie, wenn man vom Land erwarten würde, daß es in dieser Angelegenheit einen Beschlußcharakter hätte. Das sollte auch einmal gesagt werden. Ich werfe nicht ein Versäumen vor oder eine Unterlassung, ich kritisiere lediglich, daß man nicht mit aller zu Gebote stehenden Schnelligkeit Entscheidungen herbeigeführt hat.

Auf der anderen Seite muß man stirnrunzelnd froh sein, wenn die Entscheidung noch nicht herbeigeführt wurde, denn - das ist das Perverse in dieser Situation - wir bräuchten zwar die Mülldeponie, wir haben alles dorthin projektiert, aber kein Mensch weiß, ob wir dort die Müllbeseitigungsanlage in der Tat auch betreiben dürfen. Die wasserrechtliche Bewilligung, die bis heute noch nicht vorhanden ist, wird sich wahrscheinlich auch erstrecken müssen auf eine Müllbeseitigungsanlage. Ich frage jetzt in aller Ernsthaftigkeit und ohne den Versuch, Effekt zu haschen, was ist geschehen bzw. innerhalb welcher Zeit wird etwas geschehen, um wasserrechtliche Bewilligungen zur Müllbeseitigungsanlage zu erlangen? Ich frage zweitens, welche Alternativmaßnahmen sind im Projekt?

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Redner ist Herr Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wir haben uns bei der letzten Gemeinderatsitzung am 25. November mit der Schließung der Mülldeponie beschäftigt und aufgrund bestimmter Kritiken, die hier ge-

äußert wurden, glaube ich war es richtig, von Seiten des Bürgermeisters Weiss, daß er diese Frage bei der darauffolgenden Fraktionsobmännerbesprechung am 7. Dezember neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt hat und wir uns damit beschäftigen konnten. Daher wundert es mich heute von Dir, Karl, daß Du so tust, als ob Du nichts wüßtest, obwohl auch Deine Partei bei dieser Besprechung vertreten war ...

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das war am 7. Dezember, das habe ich erwähnt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wir haben auch schon am 25. darüber gesprochen, also bei der letzten Gemeinderatsitzung. Auf Grund dessen sind wir berechtigt gewesen, bei der letzten Gemeinderatsitzung dies aufzuzeigen, daß Äußerungen in der Presse gemacht wurden und der Gemeinderat nicht informiert war. Dem ist man nachgekommen und wir haben als Parteienvertreter weitgehend Einblick bekommen, bevor der Amtsbericht am 9. Dezember geschrieben wurde. Ich habe gestern im Nationalrat gehört, da wurde auch das Kapitel Umweltschutz behandelt, wo man sicher mit einer bestimmten Berechtigung die derzeitige Regierung kritisiert hat und die ÖVP meinte, daß Österreich beim Umweltschutz weit hinten nach sei. Ich als Kommunalpolitiker muß ausgehen von der Stadt Steyr, wie überträgt sich dies auf Steyr. Diese Kompetenz hat bekanntlich auch die Landesregierung in Oberösterreich wahrzunehmen. In Oberösterreich ist es so, daß wir über eine ÖVP-Mehrheit im Landtag verfügen und es ist heute schon vom Referenten angeschnitten worden, daß es in Oberösterreich ein Konzept gibt, eigentlich gibt es das schon jahrelang, daß man zum Beispiel eben den Schutz der Umwelt zumindest zum Teil erreicht, wenn man im Gebiet Oberösterreich 10 überregionale Deponien errichtet. Darunter ist auch der Raum Steyr gekommen, aber bis heute, wie wir wissen, wurde auch diese Frage seitens der OÖ. Landesregierung nicht gelöst. Dadurch ist die Versorgung der Steyrer Bevölkerung mit einwandfreiem Wasser eben gefährdet und hier gilt es, den Hauptvorwurf zu erheben gegenüber der OÖ. Landesregierung. Nicht nur gegen die ÖVP-Leute, sondern auch wir haben Landesregierungsmitglieder der SPÖ und Landesräte von Steyr, die diese Frage dort vorbringen hätten können, zumindest bei der Budgetdebatte, die noch anhält, und die bis jetzt auch bei der OÖ. Landesregierung nicht behandelt wurde. Im Hinblick auf die Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung unserer Stadt und der Gemeinde Garsten stimme ich der Stilllegung der jetzigen Mülldeponie zu, die auf Grund des Sachverständigengutachtens empfohlen wird. Die hydrogeologischen Untersuchungen haben ergeben, daß Einsickern des Niederschlagwassers im Bereich der Mülldeponie 100 %ig in Richtung des Brunnenfeldes Dietach gegeben ist und dies stellt meiner Meinung nach einen Grund dar, die gegenwärtig praktizierte Müllablagerung nicht mehr fortzusetzen.

Die neue Müllablagerungsmöglichkeit wurde in der überregionalen Mülldeponie in St. Valentin nun gefunden. Auf Grund des weiten Weges nach St. Valentin, das sich ja in Niederösterreich befindet, der zusätzlichen Erhöhung der Transportkosten von rund 1,3 Millionen Schilling und des Pauschalentgeltes von jährlich 800.000 Schilling plus 5 %, also 864.000 Schilling, für die Ablagerung des Mülls, werden zusammen rund 2,2 Millionen Mehrkosten im Jahr entstehen.

Meine Damen und Herren, diese Mehrkosten dürfen nach meiner Auffassung nicht auf die Steyrer Bevölkerung überwältzt werden, sondern müssen meiner Auffassung nach von der Stadt Steyr getragen werden bzw. auch vom Land Oberösterreich, auf Grund ihres Versagens, mitfinanziert werden. Und zwar so lange, bis eine überregionale Mülldeponie im Raum Steyr mit Hilfe des Landes errichtet wird.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Sprecher ist Gemeinderat Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag steht für uns fest, daß Versäumnisse vorliegen, wer die Verursacher dieser Versäumnisse sind, ist nicht leicht festzustellen, da der Gemeinderat sehr spät in dieser Frage informiert wurde. Das hat unser Kollege Holub bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich möchte daher keineswegs sagen, daß Versäumnisse des Gemeinderates in dieser Frage angedeutet werden können, denn dieser wird erst heute durch diesen Antrag über den Ernst dieser Zwangslage informiert. Bedauerlicherweise gibt es auch bis heute noch kein bundesweites Müllbeseitigungsgesetz, denn von Herrn Bundesminister Steyrer hört man auch nur sehr nette Worte, denen kaum Taten folgen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das ist ja Landessache!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Jedenfalls wird im konkreten Fall diese Versäumnisse der Bürger der Stadt Steyr zu zahlen haben.

Kollege Wippersberger, ich habe deswegen diesen Einwand gemacht mit dem Bundesminister Steyrer, da es sehr wohl notwendig ist, für die Zukunft ein bundesweites Müllbeseitigungsgesetz zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist in dieser Frage fünf Minuten nach zwölf. Es wäre für die Verantwortlichen auch gut, sich mit dem Umweltschutzreferenten Haslinger in Verbindung zu setzen, damit dieser in die Klärung dieses Dilemmas mit einbezogen wird. Der heutige Beschluß des Gemeinderates, meine Damen und Herren, kann jedoch nur den Charakter einer kurzfristigen Zwischenlösung zum Inhalt haben, aber sicher kein endgültiges Fixum sein.

Wir fordern daher die Verantwortlichen auf, sich sofort mit Experten, die tatsächlich mit der Müllbeseitigung zu tun haben, zusammensetzen, weiters die Landesregierung mittels einer Resolution aufzufordern, in Richtung zentrale Müllbeseitigung – ob Deponie oder Rottedeponie – für Steyr und die Umlandgemeinden eine Sofortmaßnahme zu setzen. Denn in dieser Frage, das habe ich schon eingangs erwähnt, ist es bereits fünf Minuten nach zwölf. Einen weiteren Stillstand in dieser Frage können wir uns im Interesse der Steyrer Bevölkerung glaube ich nicht leisten. Dem vorliegenden Antrag werden wir zwangsläufig die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter wird dann noch ein Schlußwort sprechen. Vorher möchte ich aber Kollegen Schwarz bitten, den Vorsitz zu übernehmen, damit ich selbst einige Worte dazu sagen kann. Es sind hier doch einige Fragen aufgetreten, die einer Mißdeutung unterliegen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Herrn Bürgermeister um seinen Diskussionsbeitrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte mich wirklich ganz energisch gegen Vorwürfe, gegen wen sie immer lauten, zur Wehr setzen, daß hier erst fünf Minuten nach zwölf gehandelt wird und daß hier Versäumnisse vorliegen. Wer solche Behauptungen aufstellt, der bestätigt, daß er von diesen Dingen überhaupt nichts weiß und sich selbst in seiner Pflicht als Gemeinderat nie darüber informiert hat. Es ist ja nicht nur Pflicht, informiert zu werden, es ist auch eine Pflicht, sich zu informieren. Auf dieser Ebene gibt es ausreichend Gelegenheiten, schon die ganzen Jahre her. Fest steht eines, daß wir als Steyrer Stadtvertreter seit mindestens drei Jahren oder vier Jahren versuchen, im Zuge einer großräumigen Müllentsorgung eine Anlage zu errichten, die es gestattet, große Teile – es waren ursprünglich 70 Gemeinden damit gemeint – vom Müll zu entsorgen. Das Land

Oberösterreich über das Amt der OÖ. Landesregierung, Abteilung Abfallbeseitigung, hat es übernommen, mit einer Systemausschreibung aufzutreten und zu versuchen, eine Klärung herbeizuführen, welches System ist für diesen Fall das günstigste. Man muß die immer wieder im Raum stehende Abfallbeseitigungsanlage auch damit sehen, daß die Großkläranlage eine ziemlich große Menge Müll produzieren wird und daher war der Standort für die zentrale Kläranlage und für die Müllbeseitigungsanlage einigermaßen in der Nähe, um dieses Problem der Schlammverwertung mit einzubinden.

Ich bin jetzt nicht in der Lage und will es auch Ihnen nicht zumuten, den Werdegang der drei Jahre, diese Mühseligkeit in den Verhandlungen zu schildern. Mühselig deswegen, weil es einfach nicht gelungen ist, und hier federführend vom Gesetzgeber, vom Land Oberösterreich, zu erwirken, daß die Gemeinden, die vom Müll entsorgt werden müssen, und sich einem Müllverband anschließen möchten, auch tatsächlich erfaßt werden. Wir haben Vorschläge gemacht, daß es doch möglich sein müßte, Gemeinden zu Verpflichtungserklärungen zu veranlassen, damit wir einen Überblick besitzen, wie groß eine etwaige Müllverarbeitungsanlage sein soll. Die Zahl der Gemeinden, die entsorgt werden müssen, ergibt auch die Größenkapazität einer solchen Anlage. Es ist bis heute nicht gelungen, einen klaren Umriß zu erhalten, wer hier sich an einem solchen Müllverband beteiligen wird. Es wird nur immer geredet und ich kann heute dem Land Oberösterreich den Vorwurf nicht ersparen, denn das Land Oberösterreich hat es übernommen, mit Systemausschreibungen zu operieren und diese durchzuführen. Wir haben uns mit diesen Systemen im Nachhang beschäftigt und kein Experte ist imstande, meine Damen und Herren, auch nicht jene, die schon jahrelang mit diesen Dingen zu tun haben, uns zu sagen, welches System das bessere wäre. Es hat sich die Technologie in einem ständigen Wandel verändert und man kehrt heute wieder vom einst so hochgelobten Kompostiersystem zurück auf eine gröbere Art der Müllverarbeitung, weil sie billiger ist. Das sind Dinge, die in den Gesprächen stets herumgeistern. Das Grundlegende meiner Ansicht nach ist eines: Das Land muß als Gesetzgeber dafür sorgen, daß die Gemeinden Verpflichtungen eingehen, ob sie bereit sind oder nicht, sich an einem Verband zu beteiligen, denn sonst würden sie weiterhin ihren Müll unberechtigterweise irgendwo abladen, wo er nur schädlich sein kann für die ganze Umwelt. Was nun unseren örtlichen Zustand betrifft, so liegen keine Gutachten vor zur Erklärung von Herrn Prof. Ingerle, es liegen von Herrn Prof. Ingerle Stellungnahmen vor, die er in Gesprächen in diesen Verhandlungen abgegeben hat. Er wird demnächst nach Steyr kommen, um sich persönlich mit der Sachlage an Ort und Stelle näher zu befassen. So lange wir aber nicht von Experten eine endgültige Meinung bekommen, werden es wir als Gemeindepolitiker äußerst schwer haben, eine definitive und verbindliche Entscheidung herbeizuführen. Wir können uns immer nur auf diese Experten verlassen. Dazu kommt noch, daß das Land Oberösterreich über die Wasserrechtsbehörde uns einen Bescheid auferlegt hat, also mit Bescheid die Mülldeponie als wasserrechtlich nicht genehmigt erklärt hat. Man hat uns zwei Möglichkeiten in Aussicht gestellt. Die Stilllegung oder das Setzen von Maßnahmen, die einer Gefährdung des Grundwassers entgegenwirken. Wir haben uns auf Grund der akuten Dringlichkeit entschieden für die Stilllegung, weil damit der bestehende Zustand konserviert werden kann und der bestehende Zustand sagt aus, daß keine Gefährdung des Grundwassers vorhanden ist. Was wollen Sie also noch mehr? Ich habe schon am 25. November erklärt, daß keinerlei Gefährdung des Grundwassers besteht, es sind die Schutzmaßnahmen in geeigneter Weise eingebracht und wir müssen uns danach orientieren, was wir weiter tun. Die beste Lösung, die uns auch weiterhin garantiert, daß der Zustand des sauberen Grundwassers erhalten bleibt, ist, dort keinen Müll mehr abzulagern, eine Stelle zu suchen, wo wir umlegen können. Diese Stelle ist in St. Valentin gefunden worden. Ich gebe aber zu, daß mit dieser Veränderung nicht nur für uns eine neue Situation eintritt, sie wird genau so und vielleicht in erheblicherem Maß für jene Anrainergemeinden eintreten, die bisher auf unserer Mülldeponie ihre Produkte abgelagert haben. Herr Gemeinderat Holub hat von einer perversen Situation gesprochen. Si-

cherlich, Herr Kollege, ist das pervers, wenn ich wieder darauf verweise, daß Herr Landesrat Winetzhammer in Ihrem ÖVP-Blatt im März 1981 - den Artikel habe ich bei mir - erklärt hat, im Herbst 1981 wird mit dem Bau der Müllverarbeitungsanlage begonnen...

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

... werden können!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich weiß nicht, ob es werden können heißt. Aber Spitzfindigkeiten dieser Art werden dieses Problem nicht aus der Welt schaffen. Es ist jetzt Ende 1982 und Herr Landesrat Winetzhammer hat - ich möchte betonen daß ich mit ihm ein sehr angenehmes Verhältnis habe - noch keine Maßnahmen über sein Amt gesetzt, die uns in die Lage versetzen würden, in dieser Richtung sorgenfreier handeln zu können. Es ist auch bei Herrn Gemeinderat Eichhübl eine sehr schlechte Kenntnis in dieser Frage zu bemerken ..

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, wir bekamen auch keine Information darüber.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Kollege Eichhübl, wir haben über diese Müllsache ständig - auch über die Presse - informiert und wenn Sie als Gemeinderat glauben, zu wenig informiert zu sein - das habe ich schon oft angeboten - so steht es Ihnen doch frei, sich in Ihrer Pflicht und in Ihrem Recht als Gemeinderat der Stadt Steyr noch besser zu informieren. Ich bin überzeugt, daß Kollege Wippersberger, der referatsmäßig mit diesen Dingen zu tun hat, Ihnen jederzeit ergänzende Auskünfte dazu gegeben hätte. Das gleiche trifft auch für mich zu. Um einer Schwarzmalerei vorzubeugen, es besteht gegenwärtig keinerlei Gefahr für unser Trinkwasseraufkommen, im Gegenteil, es wurde von den Wasserexperten erklärt, seit dem Aufstau der Enns um einen Meter, hat sich die Wassersituation, was die Menge bzw. Qualität betrifft, sehr verbessert. Dieser Aufstau hat für Steyr Vorteile gebracht, obwohl ursprünglich das Gegenteil befürchtet wurde. Wir sind sehr froh, daß wir keine anderen Sorgen haben, weil die Maßnahmen, die mit diesem Beschluß getroffen werden sollen, gerade das bewerkstelligen, was wir wünschen. Daß der Steyrer nicht beunruhigt sein braucht über sein Trinkwasser und daß wir nicht beunruhigt sein brauchen, daß wir etwa Versäumnisse begangen hätten. Wir würden eines begehen, wenn wir uns dieser Situation nicht bewußt würden und wenn wir diesen gegenständlichen Beschluß nicht treffen würden. Das wäre ein Versäumnis, in der Erkenntnis, daß solche Maßnahmen notwendig sind. Würde man das unbewußt unterlassen, wäre es wieder eine andere Situation. Jetzt sind wir uns dieser Situation bewußt und jetzt müssen wir entscheiden und darum bitte ich Sie.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Diskussionsbeitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Herr Kollege Wippersberger zum Schlußwort bitte.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, der Bürgermeister hat schon vieles gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich bedauere es, Kollege Eichhübl, daß Du das dramatisierst, es ist eine rein sachliche Angelegenheit und hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Müll produzieren wir alle und es besteht derzeit wirklich keine Gefahr für unser Trinkwasser. Wir wollen es nicht so weit kommen lassen, daß wir Angst haben müssen. Darum geht es hier. Warum fiel diese Entscheidung so rasch? Ich war bei der letzten Sitzung der Landesregierung dabei, es waren noch einige Herren vom Amt mit dabei und wir haben vorher gehofft, daß wir doch mit einem einigermaßen erträglichen Ergebnis heimfahren könnten, daß wir sagen können, es läuft in einer gewissen

Richtung und wir Hoffnung haben können, daß wir in absehbarer Zeit zu einem Abschluß kommen werden. Wir haben schon Ergebnisse erzielt, aber Ergebnisse in der Richtung, daß wir sagen könnten, die Sache wird in absehbarer Zeit verwirklicht werden, davon sind wir noch sehr weit weg. Das ist der Grund, warum wir jetzt initiativ werden.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Darf ich einen Zwischenruf machen, damit hier klar wird, wie hier gehandelt wurde. Am 7. Dezember hat dieses Gespräch beim Amt der OÖ. Landesregierung stattgefunden und am gleichen Tag hat die Fraktionsführerbesprechung stattgefunden. Hier sind keine Informationen zurückgehalten worden. Wir wußten an diesem Tag wirklich noch nicht, wie das Gespräch in Linz verlaufen wird. Das war erst vergangene Woche. Das wollte ich nur zur Illustration sagen, wie hier Schritt um Schritt gesetzt wurde.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir sind von Linz heimgekommen und haben sofort am nächsten Tag zum Herrn Bürgermeister und haben ihm unsere Meinung kundgetan, daß rasch etwas unternommen werden muß, denn es könnte einmal wirklich der Zeitpunkt kommen, wo eine gewisse Gefahr besteht. Die Verhandlungen unsererseits zu beschleunigen, das ist sehr schwer, lieber Freund Holub. Und zwar deshalb, denn es gibt ja sehr viele Gemeinden und vielleicht hat das Land – ich habe zumindest den Eindruck und Herr Dr. Knapp wird mir diesen Eindruck bestätigen – den Fehler gemacht, daß man zu großräumig gedacht hat bei diesem Verband. Man hat zum Beispiel den ganzen Bezirk Kirchdorf mitgenommen und wenn man weiß, wo Spittal am Phyrn ist und der mit dem Müll von dort bis zur Schafweidmühle fahren muß. Das ist auch eine Kostenfrage. Der Herr Bürgermeister hat schon angeführt, daß auch das technische Problem noch nicht ganz gelöst ist. Es hat Jahre gegeben, da hat man uns immer gesagt, die Kompostierung ist das allerbeste und jetzt kommt man darauf, daß das nicht das beste ist, das heißt, die Verrottung ist wesentlich billiger in der Anschaffung, und zwar um etwa 40 %, und sie ist auch im Betrieb wesentlich billiger, weil weniger Personal gebraucht wird. Jetzt tendiert man zur Verrottungsanlage. Es handelt sich also um ein technisches, organisatorisches Problem und kostet viel Geld. Wie die Sanierung durchzuführen ist, da werden wir die Auflagen abwarten, die Techniker müssen sagen, was endgültig geschehen soll. Diese Auflagen werden wir in den nächsten Monaten bekommen und dann können wir rasch voranschreiten, diese Sanierung durchzuführen. Das kostet natürlich viel Geld. Dazu, Kollege Holub, muß ich sagen, die Fahrten nach St. Valentin verursachen uns Mehrkosten von über 2 Mill. Schilling, aber der Betrieb einer Verrottungsanlage kommt uns sicher noch wesentlich teurer. Wenn eine Kompostierungsanlage gebaut wird, die längere Zeit hindurch im Gespräch war, wären die derzeitigen Müllgebühren nur ein Bruchteil der Kosten, die dann auflaufen würden. Mit dem Bau einer Kompostierungsanlage würde es zu einer großen Erhöhung der Müllgebühren kommen. Das müssen wir aber erst abwarten. Aus Sicherheitsgründen wird diese Deponie jetzt vorläufig geschlossen und wir fahren nach St. Valentin.

Ich bitte nun Herrn Bürgermeister, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und hoffe, daß sich die Gemüter soweit beruhigt haben, daß wir darüber abstimmen können. Der Ordnung halber darf ich bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie damit einverstanden sind? Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit.

Damit hat wieder der Berichterstatter das Wort.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Der nächste Antrag hat folgenden Wortlaut:

7) Ha-2556/82

Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung der
Subventionsrate für das 4. Quartal 1982.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 3. 12. 1982 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr eine Teilsubvention für das 4. Quartal 1982 in Höhe von S 125.000,- gewährt. Von diesem Subventionsbetrag sind die zu refundierenden Personalkosten für das 4. Quartal für VB Marieluise Göls in der Höhe von S 75.896,09 einzubehalten.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 122.500,-- (einhundertzweiundzwanzigtausendfünfhundert)

bei der VSt 1/7710/7570 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.500,-- (zweitausendfünfhundert)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Ist jemand gegen den Antrag?

Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte Antrag lautet:

8) Ha-6545/82

Wirtschaftsverein "Arbeiterheim" Steyr; Gewährung
einer außerordentlichen Subvention für den weiteren
Ausbau des Casinos Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 6. 12. 1982 wird dem Wirtschaftsverein "Arbeiterheim", Steyr, über Ansuchen eine außerordentliche Subvention für den weiteren Ausbau des Casinos in Steyr in Höhe von

S 240.000,-- (zweihundertvierzigtausend)

gewährt.

Aufgrund der vom Gemeinderat verfügten 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben gelangt hievon lediglich ein Betrag von

S 192.000,-- (einhundertzweiundneunzigtausend)

an den Wirtschaftsverein "Arbeiterheim" zur Auszahlung.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 240.000,- (zweihundertvierzigtausend)

auf die VSt 1/0610/7770 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Antrag steht zur Diskussion. Herr Gemeinderat Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist nicht das erste Mal, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mich namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum vorliegenden Subventions- oder Darlehensantrag zugunsten des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim vor diesem Gremium zu Wort melde. Wir haben aber auch nie einen Hehl

daraus gemacht, und das ist auch protokollarisch festgehalten und jederzeit nachlesbar, daß wir immer dagegen waren, wenn dem Gemeinderat ein Darlehensantrag zugunsten des Wirtschaftsvereines Arbeiterheim vorgelegt wurde. Und zwar deswegen dagegen waren, weil es sich aus der Praxis immer wieder gezeigt hat, daß, wenn eine Rückzahlungsrate fällig war, der Verein Arbeiterheim in derselben Höhe um eine Subvention angesucht hat. Diesem Anliegen wurde auf Antrag der SPÖ-Rathausmehrheit immer stattgegeben. Das ist aber heute offensichtlich nicht der Fall, es liegt ein klarer Antrag auf Gewährung einer außerordentlichen Subvention in der Höhe von 240.000 Schilling zur weiteren Sanierung und zum Ausbau des Casinos vor. Da uns klar ist, daß ein Großteil des gesellschaftlichen Lebens sich in diesen Räumlichkeiten abspielt und auch heute die Versicherung abgegeben wurde, daß diese Räumlichkeiten Vereinen, Institutionen und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, werden wir unter dieser Voraussetzung dem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, wir stimmen daher ab. Ist jemand gegen den vorgebrachten Antrag? Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? Das ist auch nicht der Fall, der Antrag findet einhellige Zustimmung.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft das Asphaltierungsprogramm 1982. Hier geht es darum, die bereits durchgeführten Asphaltierungsmaßnahmen 1982, die vom städtischen Wirtschaftshof durchgeführt wurden, und die einen Betrag von 2,300.000 Schilling ausmachen, zu genehmigen.

Der Antrag lautet:

9) Bau3-6630/81

Asphaltierungsprogramm 1982; Auftrags-
vergaben an den Städt. Wirtschaftshof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 3. 6. 1982 wurde das Asphaltierungsprogramm 1982 grundsätzlich genehmigt. Die Fremdleistungen davon wurden ausgeschrieben und gemäß Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 6. 7. 1982 an die Firma Hinteregger übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 1. 12. 1982 wird nunmehr in Ergänzung dieses Gemeinderatsbeschlusses vom 3. 6. 1982 der Übertragung des Auftrages zur Durchführung von Arbeiten des Programmes an den städt. Wirtschaftshof zum Preis von S 2,290.518,94 nachträglich zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2,300.000,-- (zwei Millionen dreihunderttausend)

werden bei VSt 1/6120/0020 freigegeben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Es liegt keine vor. Ist jemand gegen den Antrag?

Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einhellig angenommen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie einverstanden sind, machen wir jetzt eine Pause. Die Sitzung ist damit unterbrochen.

Pause von 14.15 - 14.50 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, wir setzen jetzt unsere Beratungen wieder fort. Wir kommen nun zur Behandlung des Voranschlages der Stadt Steyr für 1983. Ich bitte nun unseren Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Wippersberger, um seinen Vortrag.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf in der Antragsführung weiterfahren und die beiden nächsten Anträge vorbringen.

Erlauben Sie mir, daß ich die beiden nächsten Anträge, den Voranschlag 1983 und den Zusatzantrag bezüglich der Kreditsperre in einem behandle.

Der Voranschlag 1983, den wir heute zu beschließen haben, bildet die Grundlage unserer kommunalen Tätigkeit für das kommende Jahr. Er ist aber nicht nur eine Willenskundgebung, sondern er ist darüberhinaus auch ein Spiegelbild der derzeitigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage unserer Stadt und widerspiegelt auch sehr stark die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Landes.

Die Weltwirtschaftskrise, die nunmehr seit mehr als 8 Jahren die Welt erschüttert und von der leider noch immer kein Ende abzusehen ist, hat im verstärkten Ausmaß in den letzten Monaten erstmals auch zu größeren negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen in unserem Land, vor allem die Beschäftigungslage betreffend, geführt. Gerade wir in unserer Stadt, die von einem großen, exportabhängigen Unternehmen dominiert wird, verspüren das sehr deutlich. Und diese negative Entwicklung hinterläßt ihre Spuren auf der Einnahmenseite, vor allem bei der Lohnsummen- und der Gewerbesteuer. Dazu gesellt sich noch ein weiterer sehr negativer Faktor auf der Einnahmenseite. Die Volkszählung 1981 hat ergeben, daß die Bevölkerungszahl unserer Stadt im Vergleich zum Jahre 1971 relativ stark, nämlich um mehr als 1600 abgenommen hat und wir dadurch aus den Mitteln des Finanzausgleiches um rund 17 Mill. Schilling weniger an Einnahmen pro Jahr bekommen.

Diesen verminderten Einnahmen stehen aber gleichzeitig höhere Pflichtausgaben, vor allem aufgrund vermehrter Service-Leistungen unserer Stadt, gegenüber. Also einerseits verminderte Einnahmen und andererseits erhöhte Pflichtausgaben bedeuten eine erhöhte Belastung des Stadthaushaltes. Weniger Geld bedeutet daher größtmöglichstes Sparen auf der Ausgabenseite und nur das unbedingt Notwendige durchführen, oder eine verstärkte Kreditaufnahme. Der Schuldenstand unserer Stadt betrug mit Ende November dieses Jahres rund 318 Millionen Schilling. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 8150 Schilling.

Verglichen mit anderen Städten Österreichs unserer Größenordnung können wir noch immer feststellen, daß wir damit im guten Mittelfeld liegen, gemessen an der tatsächlichen Finanzkraft unserer Stadt ist das aber doch schon sehr viel. Und Schulden müssen bekanntlich mit Zinsen und Zinseszinsen zurückbezahlt werden. Der derzeitige jährliche Schuldendienst liegt knapp an der 40-Millionen-Grenze, wobei die Rückzahlung, die Tilgung, mit fast 10 Millionen, die Zinsen mit nahezu 30 Millionen zu Buche stehen. Meine Damen und Herren, wir sind leider gezwungen, auch im kommenden Jahr weitere Schulden zu machen. Wir müssen dies tun, um bereits beschlossene, begonnene Maßnahmen fortzusetzen bzw. abzuschließen, und wir brauchen zusätzliches Geld, um, wie wir meinen, unbedingt notwendige Vorhaben in Angriff zu nehmen. Und außerdem dient dies gerade jetzt der Belebung unserer Wirtschaft und ist ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. Aber als verantwortungsbewußter Mandatar warne ich davor, den Bogen zu überspannen und ich appelliere daher an Ihr Verständnis und an Ihr Verantwortungsbewußtsein auch jenen gegenüber, die nach uns kommen, denn unsere Schulden von heute sind Hypotheken von morgen. Und so bitte ich Sie, Verständnis dafür zu haben, wenn in diesem Voranschlag 1983 nicht alle Ihre Wünsche berücksichtigt werden, wenn mancher auch berechtigter Wunsch darin keine Erfüllung findet.

Gestatten Sie mir, daß ich mich nun nach diesen kurzen, grundsätzlichen Aussagen mit dem Zahlenwerk, wenn auch in sehr verkürzter Form, beschäftige und es Ihnen darlege.

Der ordentliche Haushalt ist mit Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben in der Höhe von 468,991.000 Schilling ausgeglichen.

Der außerordentliche Haushalt weist Gesamtausgaben im Ausmaß von 73,470.000 Schilling auf, denen lediglich Gesamteinnahmen von 56,917.600 Schilling gegenüberstehen. Er weist demnach einen Abgang in der Höhe von 16,552.400 auf. Die Bedeckung dieses Abganges ist nur durch Aufnahme weiterer Kredite oder durch nicht

vorhergesehene Mehreinnahmen möglich.

Zur Glaubwürdigkeit der veranschlagten Beträge, zur Budgetwahrheit, die oftmals angezweifelt wird, erlauben Sie mir eine kurze Feststellung zu treffen. Diese budgetierten Summen wurden nach bestem Wissen und Gewissen veranschlagt, natürlich wie immer mit einer gewissen Vorsicht, aber ich darf Ihnen versichern, sie werden insgesamt gesehen der Budgetwahrheit sehr nahe kommen. Ein Vergleich mit dem Voranschlag 1982, einschließlich dem Nachtrag für 1982, und vor allem mit dem Rechnungsabschluß 1981, der ja die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben widerspiegelt, erhärtet diese meine Aussage. Die Differenz auf der Einnahmenseite ist im wesentlichen lediglich auf die große Gewerbesteuer-Nachzahlung im Jahre 1981 zurückzuführen, die natürlich dann auch im Jahre 1982 ihren Niederschlag fand. Der Gesamtvoranschlag 1983 ist sicherlich aufgrund der Mindereinnahmen sehr realistisch.

Und nun zum ordentlichen Haushalt selbst.

Er ist, wie schon erwähnt, mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 468,991.000 Schilling ausgeglichen. Gegenüber dem Voranschlag 1982 einschließlich Nachtrag ist das eine Erhöhung um rund 6 Millionen Schilling oder 1 1/2 %. Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes stammen mit rund 339 Millionen Schilling - rund 72 % - aus eigenen Steuern, Abgaben und Abgabenertragsanteilen. Hievon entfallen, um nur die wichtigsten Posten herauszugreifen, 160 Millionen auf die Abgabenertragsanteile, 38 Millionen auf die Gewerbesteuer, 67 Millionen auf die Lohnsummensteuer, 17,5 Millionen auf die Getränkesteuer, 14,3 Millionen auf die Grundsteuer B, 19,5 Millionen auf die Kanalbenützungsgebühr, 5,4 Millionen auf die Müllabfuhrgebühr, 1,8 Millionen auf die Gebrauchsabgabe, 1,4 Millionen auf die Verwaltungsabgabe, 750.000 Schilling auf die Anzeigenabgabe und S 650.000 auf die Lustbarkeitsabgabe.

Von den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes entfallen rund 90 % auf Pflichtausgaben, wovon rund 170 Millionen Schilling an Personalkosten zu Buche stehen. Den größten Zuschußbedarf beim ordentlichen Haushalt benötigt das Schulwesen mit mehr als 28 Millionen Schilling. Für Kindergärten, Tagesheimstätten und Schülerhorte ist ein Zuschußbedarf von fast 15 Millionen erforderlich. Hier ergeht wiederum der schon öfter gemachte Appell an das Land, uns wirklich 75 % der Personalkosten für unsere Kindergärten zu bezahlen. Der effektive Betrag, den wir bekommen, beträgt nur 25 %.

Der Zuschußbedarf für das Altersheim beträgt 14,7 Millionen, für die Straßenreinigung und für die Pflege von Park- und Gartenanlagen und Kinderspielplätzen insgesamt 14,8 Millionen und für die Straßenbeleuchtung rund 6,8 Millionen Schilling, um nur die größten Ausgabenposten beim ordentlichen Haushalt zu erwähnen.

Lediglich 7,7 Millionen Schilling können vom ordentlichen Haushalt dem außerordentlichen Haushalt zugeführt werden - ein sehr bescheidener Betrag zur veranschlagten Summe von 73,470.000 Schilling auf der Ausgabenseite des außerordentlichen Haushaltes.

Der außerordentliche Haushalt kann darüberhinaus, wie schon eingangs erwähnt, in der Hauptsache nur durch Entnahme aus Rücklagen und Aufnahme von Darlehen eine Deckung finden. Da im Budget 1983 als Darlehensaufnahme eine Summe von 21,4 Millionen Schilling veranschlagt ist, fehlt demnach zur vollständigen Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes ein Betrag von rund 16,5 Millionen Schilling. Schwerpunkte bei den Ausgaben beim außerordentlichen Haushalt ist der Kanalbau mit 19,7 Millionen, wovon für den Kanal Münchenholz rund 10 Millionen gebraucht werden. Weitere 7 Millionen der insgesamt knapp 20 Millionen zahlten wir als Beitrag an den Reinhaltverband, vor allem zum Bau der zentralen Kläranlage und der beiden Ennsdüker.

Für den Straßenbau sind im außerordentlichen Haushalt rund 14,7 Millionen Schilling vorgesehen, ein Betrag, mit dem wir aber sicherlich nicht das Auslangen finden werden, wenn wir - wie zuletzt besprochen - den Straßenbau mit dem Abstieg Wehrgraben vorantreiben wollen.

Für den Schulbau sind 15,2 Millionen Schilling veranschlagt, davon allein für die Errichtung der BAK als Baurate eine Summe von 13 Millionen, sowie 1 Million für die weitere Sanierung der Promenadeschule und 1/2 Million für die Volksschule Gleink.

Die Sanierung unseres Stadtbades ist mit 7 Millionen Schilling dotiert. Für die Altstadterhaltung und die Ortsbildpflege ist ein Betrag von 3,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Ausbau der Krankenabteilung sowie die Errichtung einer Brandmeldeanlage wird uns voraussichtlich Kosten im Ausmaß von rund 2,5 Millionen auferlegen.

Für Wohnbauförderung und Anschließung von Siedlungsgründen sind 4 Millionen präliminiert und ein ebensolcher Betrag für die Maßnahmen zur Förderung von Gewerbe und Industrie.

Für die Freiwillige Feuerwehr ist eine Summe von 2,8 Millionen veranschlagt, 1,5 Millionen Schilling davon als Rate für den Ankauf eines Löschfahrzeuges. 3 Millionen Schilling stehen zu Buche für den Ankauf von Liegenschaften und ein Betrag von 1 Million Schilling zur Erschließung neuer Brunnenfelder.

Schließlich soll auch nunmehr tatsächlich mit dem Ausbau des Sportplatzes Rennbahn im kommenden Jahr begonnen werden. Hiefür sind 500.000 Schilling als 1. Rate vorgesehen und weiters ein Betrag von 200.000 Schilling für Planungskosten zur Errichtung eines Turn- und Mehrzwecksaales im Wehrgraben.

Soviel zum außerordentlichen Haushalt und nun zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Der Erfolgsplan für das Jahr 1983 weist Aufwendungen in der Höhe von 111,400.000 Schilling auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindegzuschüssen insgesamt 10,6 Millionen veranschlagt. Das Stadtbad mit 4,5 Millionen, die Kunsteisbahn mit 900.000 und 5,2 Millionen als Grundleistung für die Nahverkehrsförderung. Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von 28 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen 15,8 Millionen auf den Ausbau des Wasserleitungsnetzes und 5,5 Millionen auf den Ausbau des Gasnetzes. 1,800.000 Schilling sind für den Ankauf eines Omnibusses vorgesehen. Weiters sind Ausgaben für den Ankauf eines Brunnengrundstückes in Wolfers, die Projektierung des Großbrunnens Tinsting, die Sanierung des Pumpwärterhauses, der Ankauf von zwei Kleink-Lkw, der Ankauf von Werkstatteinrichtungen - Werkzeugen usw. -, vorgesehen. Die Finanzierung der Investition ist buchmäßig mit Eigenleistungen, Rücklagen, Abschreibungen und Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds ausgewiesen. Zum Reinhalteverband Steyr und Umgebung möchte ich einiges ganz kurz erwähnen. Im Rahmen des Reinhalteverbandes sind Aufwendungen in der Höhe von 53 Millionen vorgesehen. Diese Aufwendungen, welche vorschußweise von der Stadt übernommen werden, bedingen endgültige Beiträge der Mitgliedsgemeinden in der Höhe von 11 Millionen Schilling.

Wir haben dann noch die Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung. Das Vermögen dieser Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung beträgt 316.300 Schilling, vom Zinsenertrag gelangen 10.000 Schilling an Stipendiaten zur Verteilung.

Zum Schluß noch zum Dienstpostenplan. Im Soll per 1. 1. 1983 wären 757, der tatsächliche Istbestand am Personalsektor beträgt 751. Also um 6 Bedienstete weniger, als wir haben sollten.

Und nun zum Ergänzungsantrag bezüglich der Kreditsperre.

Wir für 1982 soll auch aufgrund der überaus angespannten Finanzlage unserer Stadt für das Jahr 1983 eine 20 %ige Kreditsperre verfügt werden, ausgenommen davon sollen lediglich, wie bisher, die listenmäßig erfaßten Subventionen sein.

Subventionen in der Höhe bis S 10.000 sollen zur Gänze auf einmal im Mai, Subventionen, die über diesem Betrag liegen, in zwei gleich hohen Raten im Mai und Dezember zur Auszahlung gelangen.

Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich darf Ihnen nunmehr die beiden vorliegenden Anträge zur Verlesung bringen:

10) Ha-3700/82

Voranschlag 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1983 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 468,991.000,-
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit S 73,470.000,-
und bei den Einnahmen mit S 56,917.600,-
daher mit einem Abgang von S 16,552.400,-

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung. Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 111,400.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 28,000.000,-, sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Der Zusatzantrag lautet:

11) Ha-3600/81

Zusatzantrag zum Voranschlag 1982;
Beschluß einer Kreditsperre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1983 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20 %igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Es sind daher lediglich die in Listen erfaßten Subventionen von dieser Kreditsperre nicht betroffen. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre ist aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1983 zu entscheiden.

(BEILAGE)

Der Voranschlag 1983 ist in der Zeit vom 3. - 10. Dezember 1982 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt, es gab keinerlei Einsprüche und Einwände.

Abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, Herrn Rechnungsdirektor Stary und seinen Mitarbeitern für die so umfangreiche und mit großer Gewissenhaftigkeit durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des Voranschlages zu danken.

Ich danke Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Herrn Bürgermeister, die Diskussion über die gegenständlichen Anträge zu eröffnen und darüber abstimmen zu lassen.

Applaus

VI ZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie haben den Antrag unseres Finanzreferenten gehört. Ich danke ihm für seinen Vortrag und darf gleichzeitig bitten, den bereits vorgetragenen Zusatzantrag in der Debatte, so weit es notwendig ist, mit zu berücksichtigen.

Ich habe bisher in bewährter Reihenfolge vier Wortmeldungen vorliegen, und zwar von Stadtrat Kinzelhofer, Gemeinderat Holub, Gemeinderat Mausz und Gemeinderat Treml.

Als ersten Redner bitte ich nun Kollegen Kinzelhofer zum Rednerpult.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Bereits in einer Presseaussendung wurden die Hauptziele der sozialistischen Gemeinderatsfraktion für das Budget 1983 klar herausgestellt:

Möglichst viele Investitionen für die heimische Wirtschaft – vertretbare Sparsamkeit, Maßhalten bei der Kreditaufnahme.

Diese Grundsätze werden auch von allen Fraktionen dieses Gemeinderates uneingeschränkt anerkannt werden, aber dann bei der Einzeldebatte leicht vergessen. Denn daß es außerhalb unseres Budgets noch sehr viel wohlberechtigte Wünsche gibt, ist jedem bekannt. Es dient aber nicht unserem gemeinsamen Wollen zu einer geordneten Haushaltsführung, wenn hier diese Einzelwünsche, ohne sie dem Gesamtrahmen anzupassen, mit Nachdruck verlangt und urgirt werden. Sicher, man kann sie und muß sie auch äußern. Sie sollen in Vormerkung kommen.

Als Hauptthema in einer Budgetdebatte in so ernsten Zeiten sollen sie aber nicht sein. Ich ersuche daher um Verständnis, wenn meine Fraktion nicht auf diese schriftlich und mündlich geäußerten und teilweise berechtigten Einzelwünsche eingeht. Ich darf Ihnen versichern, daß wir sie alle geprüft und auch zur Kenntnis genommen haben. Sie werden sicher einmal dann, wenn es vertretbar erscheint, ihre Erfüllung finden. Zum Teil sind sie auch mit den Absichten der sozialistischen Fraktion ident.

Nun aber zu den programmatischen Zielsetzungen der sozialistischen Gemeinderatsfraktion selbst. Mit 350 Millionen Schilling an Investitionen leistet die Stadt 1983 einen großen Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes und zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Diese Aufträge sind weit gestreut. Nicht nur das Baugewerbe kann mit Arbeiten für die öffentliche Hand rechnen, auch die vielen sonstigen Gewerbebetriebe werden eingeladen, ihre Angebote zu legen. Damit will ich bereits einen heiklen Punkt aussprechen.

Vizebürgermeister Schwarz hat in der letzten Gemeinderatsitzung bereits davon gesprochen. Wir haben eine Vergabeordnung, die noch in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität von uns erarbeitet und beschlossen wurde. Schon damals haben wir die 5 %-Ortsschutzklausel im Interesse unserer heimischen Wirtschaft aufgenommen. Sie wird vom österreichischen Rechnungshof stark kritisiert. Sicherlich ist die Auffassung dieses obersten Prüfungsorganes gesamtösterreichisch zu sehen und hat so ihre Richtigkeit. Wenn aber in unserer Stadt Betriebe und Arbeitsplätze gefährdet sind, müssen für uns andere Überlegungen gelten. Es könnte daher notwendig werden, daß wir gemeinsam diskutieren, wie wir diese Vergabeordnung in der jetzt angespannten wirtschaftlichen Lage noch mehr als bisher zugunsten der örtlichen Wirtschaft anwenden können. Dies auch dann, wenn wir damit nicht den Empfehlungen des Rechnungshofes entsprechen. Meine Fraktion unterstützt jede Maßnahme, die eine Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit sich bringt. Sicher gibt es hier Enttäuschungen und Risiken. Wenn ab und zu ein Betrieb nicht das erfüllt, was wir uns durch Grundbeistellungen, durch Gebührenreduzierungen etc. von ihm erwartet haben, dürfen wir unsere Aktionen nicht generell als verfehlt bezeichnen. Nachher ist bekanntlich immer leichter reden. Aber ohne Risiko gibt es nun auch keinen wirtschaftlichen Fortschritt, daher müssen wir unsere Bemühungen auf diesem Gebiet fortsetzen. Einen Blanko-Scheck für die Zukunft hat niemand. Wir hängen von so vielen außerösterreichischen Faktoren ab. Wir vertrauen aber unseren Wirtschaftlern, gleichgültig ob in Klein-, Groß- oder Mittelbetrieben, wir

bauen auf die fachliche Tüchtigkeit unserer Arbeiter und Angestellten, wir sind überzeugt, daß die Region Steyr eines der wichtigsten Industriezentren unserer Republik ist und auch in Zukunft bleiben wird. Der Budgetentwurf 1983 trägt diesem Optimismus Rechnung.

Nun zur zweiten Aufgabe, die wir uns bei der Bearbeitung des Budgets gegeben haben – vertretbare Sparsamkeit.

Es war uns Sozialisten klar, daß gewisse Bereiche davon nicht betroffen sein können. Zunächst einmal die bereits behandelte Investitionstätigkeit, ebenso aber der Sektor der Sozialaufgaben. Wir wollen keinen Sozialabbau – im Gegenteil. Dort, wo es unbedingt notwendig ist, versuchen wir, Korrekturen nach oben vorzunehmen. Wir müssen aber auch feststellen, daß viel in den letzten Jahren erreicht wurde. Das öö. Sozialhilfegesetz sichert im wesentlichen auf Kosten der Gemeinden jedem den notwendigsten Unterhalt.

Unsere freiwilligen Leistungen, wie die jährliche Brennstoffaktion, das Weihnachtsgeld etc., helfen zusätzlich den bedürftigen Mitbürgern. Der Seniorenpaß stellt eine Anerkennung unserer älteren Generation dar. Das Altersheim wird ständig ausgebaut und verbessert, ebenso unsere sozialen Dienste, wie "Essen auf Rädern", Hauskrankenpflege, und ähnliches. Es ist verlockend, generell dieses soziale Netz noch weiter auszubauen, denn es gibt immer noch Bedürftige und Hilfesuchende. Hier können wir in der derzeitigen Situation nur in Einzelfällen helfen. Generell müssen wir uns der derzeitigen Situation anpassen.

Als verantwortlicher Sozialreferent kann ich aber versichern, daß wir das umfassende Sozialsystem unserer Stadt trotz schwieriger Finanzierungsprobleme aufrecht erhalten werden. Diese Erklärung möchte ich auch im Namen meiner Fraktion abgeben. Bei anderen Sachausgaben mußten strengere Maßstäbe angelegt werden. Wünsche von Schulen, Ämtern, Vereinen, öffentlichen Körperschaften, wie z. B. der freiwilligen Stadtfeuerwehr, konnten nicht zur Gänze erfüllt werden. Wir haben außerdem am Personalsektor keine nennenswerten Ausweitungen, sowohl im Stellenplan als auch bei den Ausgaben. Wir werden noch mehr auf rationelle Ausnutzung aller Möglichkeiten in der Verwaltung Bedacht nehmen.

Den einzelnen ressortführenden Stadträten kommt hier eine besonders wichtige Aufgabe zu. Nur so war es möglich, unseren ordentlichen Haushalt auszugleichen und einen Überschuß, bescheidener als sonst, für den außerordentlichen Haushalt vorzuweisen. Dies war auch die Voraussetzung, unsere dritte Zielsetzung zu verwirklichen, nämlich die Kreditaufnahme möglichst niedrig zu halten.

Bei sinkenden Einnahmen, sowohl real als auch durch den Rückgang der Wohnbevölkerung, steigen die Zahlungen an das Land Oberösterreich immer mehr. Ein Umstand, der viel zu wenig beachtet wird.

Bei den Einnahmen spielt die Lohnsummensteuer mit 67 Mill. S, also fast das Doppelte der Gewerbesteuer, eine entscheidende Rolle. Wie gemeindefremd mutet daher die Aussage des Bundesvorsitzenden der FPÖ an, die gemeindeeigene Lohnsummensteuer abzuschaffen, ohne gleichzeitig klarzustellen, wie dieser Ausfall kompensiert werden soll. Angesichts dessen kommt den immer wieder gemachten Versprechungen die Gemeindeautonomie zu verstärken, keine Bedeutung mehr zu, denn ohne eigene Einnahmen keine Selbständigkeit. Auf gut oberösterreichisch – "ohne Geld keine Musik". Hier müssen auch die Gemeindefunktionäre aller Fraktionen versuchen, gemeinsam aufzutreten in ihren Parteien gegen einseitige Äußerungen auf Bundes- oder Landesebene, die nur geeignet sind, unsere finanzielle Basis zu gefährden und unsere Unabhängigkeit als freie Gemeinde in Frage zu stellen. Vergleicht man die Bedarfszuweisungen, also die freiwilligen Zuwendungen des Landes, auf die wir allerdings keine gesicherten Ansprüche haben, mit den Abgaben, die wir an das Land leisten müssen, erkennt man, daß in Summe wir in Steyr noch immer die Gebenden sind. – Sicher ist das ein landweites Problem und ich will daher nicht polemisieren.

Die Einnahmenstrukturen des Landes und der Gemeinden sind zu verschieden, es gibt bei den letzteren noch reiche, wohlhabende, aber auch bittere Arme. Beim Land Oberösterreich müssen wir jedoch verlangen, daß die freiwilligen Zuwendungen nicht nur aus dem Gemeindereferat, sondern auch aus dem übrigen Bereich der Landesräte nicht

kleiner werden, wie es leider zur Zeit der Fall ist. Bei steigenden Abgaben an das Land, bei schwindenden Einnahmen und Ertragsanteilen, müssen wir zumindest erwarten, daß die freiwilligen Zuwendungen des Landes Oberösterreich nicht gekürzt werden, sondern eher eine Steigerung erfahren. Wenn hier alle Fraktionen öffentlich und parteiintern zusammenwirken, müßte dies eigentlich einen Erfolg bringen.

Werte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen.

Wir sind gemeinsam in guten Jahren an die Bewältigung der uns gestellten kommunalen Aufgaben gegangen, es gab nur wenige Ausnahmen. Wir haben viel erreicht, haben unsere Heimatstadt lebenswert gemacht. Aber viele Aufgaben liegen noch vor uns. Um so wichtiger ist es, in schwierigen Zeiten zusammenzuarbeiten. Meine Fraktion ist dazu zum Wohle unserer Stadt bereit. Ich glaube daher, daß auch die anderen Fraktionen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bemühens erkennen, nicht erfüllte Einzelwünsche zwar aufzuzeigen, aber dennoch einem einvernehmlichen Gesamtbudgetentwurf 1983 zuzustimmen. Treten wir gemeinsam den Weg in das nächste Jahr an. Meine Fraktion stimmt daher auch als erste dem Haushalt 1983, der vom Finanzreferenten Stadtrat Wippersberger vorgetragen wurde, zu.

Ebenso dem Ergänzungsantrag auf Einhaltung der 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben, mit Ausnahme der listenmäßig erfaßten Subventionen.

Ich darf noch allen Bediensteten in der Verwaltung und in den angeschlossenen Betrieben danken für die Leistungen im zu Ende gehenden Jahr 1982.

Für das bevorstehende Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel alles Gute und viel Erfolg.

Ihnen, werter Herr Bürgermeister und meine Damen und Herren des Gemeinderates sage ich Dank für die gute Zusammenarbeit, wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und für 1983 viel Gesundheit und Erfolg in Ihrer Tätigkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke.

Als nächster Sprecher, meine Damen und Herren, hat sich namens der Österreichischen Volkspartei Herr Gemeinderat Holub gemeldet.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Zuvor, werte Damen und Herren und wertees Präsidium, möchte ich Ihnen die Grüße unseres Vizebürgermeisters Fritsch überbringen. Herr Bürgermeister, Sie waren so nett und haben bereits mitgeteilt, daß er heute von seinem Krankenhausaufenthalt entlassen wurde und sich auf dem Weg der Besserung befindet, wenngleich noch nicht wiederhergestellt. Mich hat er beauftragt, Sie alle recht herzlich zu grüßen und Ihnen in seinem Namen die besten Wünsche mitzuteilen. Im Namen der Österreichischen Volkspartei habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen unsere Gedanken zum vorliegenden Budgetentwurf zum Haushaltsvoranschlag 1983 zu unterbreiten. Ich bin in einer ein wenig fatalen Situation, denn Herr Stadtrat Wippersberger und ich haben offensichtlich die gleiche Gewohnheit, Reden aufzubauen. Ich werde mich aber bemühen, nicht allzu viele Wiederholungen zu bringen, muß aber neidlos anerkennen, daß Dein Beitrag zur Erläuterung des Budgets ein sehr gelungener war. Es ist Dir zweifelsfrei gelungen, die trockene Materie in einer Art und Weise zu präsentieren, daß sie erstens verständlich und zweitens erträglich war. Ich hoffe, daß ich in der Qualität des Beitrages Dir nicht allzu sehr nachstehen werde.

Zuvor möchte auch ich eine Betrachtung bringen über die Umweltsituation in unserer Stadt. Wobei Umwelt nicht im Sinne von grüner Umwelt, sondern von Umfeld verstanden werden könnte. Auch ich kann nicht umhin, von der Arbeitsmarktsituation zu sprechen. Ich habe zu diesem Thema drei prominente Vorredner gehabt, den Herrn Bürgermeister eingangs der Sitzung, dann Stadtrat Wippersberger, gefolgt von Herrn Stadtrat Kinzelhofer. Ich kann es mir also ersparen, die Detailzahlen per Ende November zu wiederholen, kann es mir aber nicht ersparen zu erwähnen, daß die Zahl der zur Arbeit Vorgemerkten im Arbeitsmarktbezirk Steyr im Jahresvergleich zum Vormonat um 50 % angestiegen ist. Diese Zahl, meine Damen und Herren, wird alle weiteren Überlegungen prägen müssen. Es wird also vor allen Dingen darum gehen, wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu setzen. Da wird es wahrscheinlich den einen oder anderen Akzentunterschied geben, je nachdem, wo man glaubt, vordringlich ansetzen zu müssen. Wenn eingangs der Fraktionsstellungnahme der sozialistischen Partei durch Herrn Stadtrat Kinzelhofer erwähnt wurde, daß man auf verschiedene Wünsche nicht eingehen konnte, und die vormerkt zur allfälligen späteren Erledigung, so muß in der Tat vorweg bemerkt werden, daß ich für meine Fraktion in Anspruch nehme, daß wir beim Erstellen unserer Wünsche außerordentlich zurückhaltend waren und wirklich nur die unserer Meinung nach unerläßlichen Punkte in die Vorschläge mit hineingenommen haben. Ein Teil davon ist ja gegenständlich im Budget untergekommen, ein Teil bedauerlicherweise nicht, sogar ein ganz netter Teil. Und wenn nicht die Zeichen der Zeit so schlecht wären, und wenn nicht ein neuer Finanzreferent diesem Ressort vorstünde, dann müßte man sich ernsthaft überlegen, wie weit man nicht doch Maßnahmen setzen sollte, daß nächstes Mal die Vorstellungen doch etwas glaubhafter untergebracht werden. Es wäre aber jetzt bei weitem fehl in der Einschätzung dieser Stellungnahme, wenn man daraus eine so quasi Kriegserklärung entnehmen würde. Im Gegenteil, ich kann gleich vorweg erklären, das ist ja kein Geheimnis mehr, daß unsere Partei dem Haushaltsvoranschlag zustimmen wird und daß unsere Partei dem Finanzreferenten dieser Stadt, in der Person des Stadtrat Wippersberger, zur Zusammenarbeit, und zwar zur gedeihlichen Zusammenarbeit, im Interesse unserer Bürger, die uns ja in diese Gemeindestube entsendet haben, die Hand anbietet und die Zusammenarbeit - davon bin ich fest überzeugt - wirst Du uns nicht verwehren.

Wir sind in der Stadt gekennzeichnet von einer außerordentlich üblen Wirtschaftssituation, das kann man schon so nennen, weil ja die Wirtschaftsstruktur ziemlich einseitig ist. Weltweit gesehen spielt sich die Krise vor allen Dingen in der Metallwirtschaft und der chemischen Industrie ab. Gott sei Lob und Dank, die Sorgen mit der chemischen Industrie haben wir in Steyr wenigstens nicht. Aber ein gerütteltes Maß an Problemen aus der Metallverarbeitung. Und die Prognosen, hier aus der Krise herauszukommen, scheinen außerordentlich ungünstig. Darüber

hinaus gibt es noch eine zweite Branche, die sich in einer sehr unangenehmen Situation befindet, es handelt sich um das Bau- und Baunebengewerbe. Die Bauwirtschaft hat eine hohe Anzahl von Freigestellten – diesen Ausdruck gebraucht man jetzt schon immer mehr, weil man sich schon fast schämt zu sagen Arbeitslose, aber es sind eben Arbeitslose. Das Schlimme bei der Bauwirtschaft ist nur das, daß es nicht wie sonst um Saisonarbeitslose handelt, sondern daß das in der Tat echte Arbeitslose zu sein scheinen, wenn man die Auftragslage in der Bauwirtschaft bedenkt. In diesem Sinne muß man auch das Budget der Stadt Steyr betrachten, daß auf Baumaßnahmen größerer Wert gelegt wird, wengleich auch nicht alles budgetiert wird, wie wir am Beispiel des Abstiegs Tomitzstraße erleben, wo nur eine Planungspost eingesetzt ist. Das war vermutlich zu spät, um ins Budget Eingang zu finden, auf der anderen Seite könnte man natürlich die Gegenfrage stellen, ob denn die Baumaßnahme Tomitzstraße – Teufelsgraben hinunter zum Eysnfeld wirklich so unvorhergesehen daherkommt. Ich weiß, man kann nicht alles budgetieren, noch dazu wenn man noch nicht weiß, in welchem Ausmaß der Baufortschritt nach Erstellung des Detailprojektes überhaupt praktikabel sein wird. Also diese Situation in der Budgetierung verstehe ich, daß das noch nicht voll und ganz Einklang finden konnte, aber die Ansatzpost hierfür scheint mir unterbudgetiert zu sein. Wir werden sicher in Bälde eine Überschreitung aus diesem Ansatz zur Kenntnis nehmen müssen.

Nächster Schwerpunkt in der Betrachtung unserer Situation, auch das wurde schon andeutungsweise erwähnt, ist die sinkende Bevölkerungszahl in unserer Stadt mit sehr unangenehmen Auswirkungen auf die Einnahmen dieser Stadt. Denken wir nur an die Bundesertragsanteile, wo uns auf Grund der Größe unserer Gemeinde jeder Stadtbürger, der uns abgeht mit seinem Hauptwohnsitz zur doppelten Person beschwerlich fällt. Ein Bürger, der erklärt, er hat in Steyr nur seinen Nebenwohnsitz, das hat die Auswirkung auf die Bundesertragsanteile, daß der Entgang verdoppelt wird. Insoferne ist die Bevölkerungszahl doch auch ins Auge zu fassen, denn wir wissen, daß wir vor einigen Tagen 41.522 gemeldete Personen in Steyr hatten, davon haben 39.235 ihren Hauptwohnsitz in Steyr. Das ist also im Vergleich zur Volkszählung eine kleine Bevölkerungszunahme, was erfreulich ist. Aber weniger erfreulich ist der Anteil der Zweitwohnsitze in der Stadt mit 2.287 und weniger erfreulich ist auch die Sache, daß die Zweitwohnsitze ja doch zum Teil unseren Stadtbürgern wieder "im Wege" sind, wenn unsere Stadtbürger bei der GWG um Lösung ihrer Wohnungsprobleme vorstellig werden.

Damit wären wir beim nächsten hauptgravierenden Einflußpunkt auf die allgemeine Situation in der Stadt, nämlich beim Wohnungsproblem. Es ist bedauerlicherweise festzustellen, daß kaum eine Abnahme in der Zahl der Vormerkungen zu verzeichnen ist. Ich werde aber auch die Wohnungsfrage später noch eingehen können. Aus dieser Umfeldsituationsbeschreibung ergibt sich in logischer Fortführung des Gedankens eine Reihe von Problemen, die uns in der nächsten Zeit vor allem beschäftigen werden und mit denen der Gemeinderat dieser Stadt fertig werden muß. Allem voran wird stehen die Finanzierung der Gemeinde, dabei wird zu betrachten sein, wie gestaltet sich die Mittelherkunft, wie ist die Prognose in der Entwicklung dieser Mittelherkunft in unserem eigenen Ermessen. Nur zum Teil liegt der zweite Betrachtungspunkt, nämlich die Mittelverwendung. Wir haben heute schon aus dem Mund des Referenten gehört, welcher hoher Anteil Pflichtausgaben bzw. Fixausgaben sind und welcher geringer Spielraum aus dem eigenen Mittelaufkommen für die tatsächlichen Kommunalaktivitäten zur Verfügung steht. Auch das werde ich später noch einmal anziehen, denn je enger der Spielraum, desto sorgfältiger der Umgang mit den Mitteln. Da muß ich dem Finanzreferenten noch einmal sagen, Du hast wahrlich kein leichtes Amt auf Dich genommen.

Vorrang wird die Problematik Sicherung der Arbeitsplätze haben müssen. Arbeitsplätze sichern kann man nicht ohne Wirtschaftsförderung. Es wird aber nicht alleine genug sein, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, man muß auch versuchen, gemeinsam mit den dazu in der Lage befindlichen übergeordneten Stellen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hier denke ich vor allen Dingen an Arbeitsplätze

für Schulabgänger, für die Jugendlichen. Ich möchte jetzt keine Zahlen von mir geben, damit es nicht heißt, ich betreibe Schwarzmalerei. Wenn Sie sich, meine Damen und Herren dieses Gemeinderates in die Unterlagen des Arbeitsamtes vertiefen, wieviele vorgemerkte Jugendliche dort ohne Beschäftigung sind und dann sich die Durchschnittswerte aus Österreich geben lassen, wieviele von den Schulabgängern sich überhaupt vormerken lassen, das ist ein kleiner Prozentsatz, die zum Arbeitsamt gehen, um sich vormerken zu lassen. So wird das noch eines der Probleme sein, das uns ganz erheblich zu drücken gibt. Natürlich – auch das wurde heute schon zum Teil angeschnitten – Umweltschutz, Kanalisation, die kommunale Entsorgung, Kanal und Müllabfuhr – sind das Riesenprobleme, wenn man an die Finanzen der Stadt denkt. Auch die Versorgung ist nach wie vor kritisch, ich denke nur an die Wasserversorgung. Die Stadt hat zwar einiges unternommen, um eine zweite Wasserbringungsstelle zu installieren, zweifellos wird man aber da auch noch weiter Sorge tragen müssen, damit die Versorgung sichergestellt ist.

Nächstes großes Problem – auch darüber sollten wir uns noch einmal unterhalten – die Stadterneuerung, die Revitalisierung, die Sanierung des Gebietes Wehrgraben-Steyrdorf. Das alles, meine Damen und Herren, kann nicht ohne ein geordnetes Planungswesen vor sich gehen. Diese Summe von Problemen ist nicht mehr lösbar durch Spontanentscheidungen. Spontanentscheidungen sind gut, sind richtig, aber sie dürfen nicht alles sein. Daher nach wie vor meine Forderung zu einem Planungskonzept, zu einem Finanzkonzept und es ist tief bedauerlich, daß das mittelfristige Investitionskonzept aufgehoben wurde. Ich wiederhole nochmals, mit den spärlich vorhandenen finanziellen Ressourcen werden wir in der Zukunft noch sorgfältiger umgehen müssen, noch gezielter, noch geplanter umgehen müssen als bisher. Wir werden die Aufgabe haben, uns sehr klare Zielvorstellungen zu formulieren. Zielvorstellung bedeutet, was wollen wir, pardon was müssen wir bis zu welchem Zeitpunkt mit welchen Mitteln bewerkstelligt haben und welche Maßnahmen werden wir möglicherweise zurücksetzen müssen, um diese dringlichen Maßnahmen, mittelfristig projektieren zu können. Wir brauchen, was es zur Zeit etwas weniger ausgeprägt gibt, nicht nur einen kurzfristigen Prioritätenkatalog, der noch dazu, wie der vergangene Nachtragsvoranschlag erwiesen hat, der der außerordentliche Haushalt sein könnte, der kurzfristige. In einem hohen Ausmaß im vergangenen Jahr 1982 waren das weit über 50 % Abweichung von der Planvorstellung. Dieser Prioritätenkatalog ist zu wenig und ich fordere Sie daher auf, zu überdenken, ob nicht der Präsidial-Planungsausschuß, der ja erfreulicherweise hier in der Stadt eingerichtet ist, aufzuwerten wäre. Und zwar aufzuwerten um die tatsächliche Projektplanung und aufzuwerten um die begleitende Finanzplanung. Denn was hilft uns, meine Damen und Herren, Projektplanung, wenn wir die Finanzplanung nicht Hand in Hand damit akkordieren.

Zutreffen oder nicht zutreffen der Voranschlagspositionen aus den vergangenen Jahren, das beweist diese meine Aussage. Lassen Sie mich bitte keine Fehlbitte getan haben im Namen meiner Fraktion, wenn ich Sie ersuche, die Planungs- und Zielfindungssysteme in dieser Stadt zu verbessern und geben Sie die demokratischen Möglichkeit, daß alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien ihren Beitrag dazu leisten können im Rahmen von dazu geschaffenen Gremien, denn wir sind ja hier nicht in erster Linie dazu da, um einer Partei zu Ansätzen zu verhelfen, sondern in erster Linie dazu da, um für die Interessen unserer Bürger einzutreten. Die Bürger sind ja die Bürger von uns allen und nicht nur von einer Partei.

Zur Wirtschaftsförderung, Sicherung der Arbeitsplätze, das wird das Zentralthema sein, das uns die nächsten Jahre beschäftigt und da möchte ich Sie daran erinnern, daß sich die OECD sehr massiv damit auseinandergesetzt hat und daß es einige Ursachenforschungen gibt für die Krise. Nicht erwähnt wurde bisher die zweifellos unbestrittene Marktsättigung, nicht erwähnt wurde das Hinzutreffen von neuen Konkurrenten, von neuen Wettbewerbern aus neuen Ländern. Das sind alles Faktoren, die wir von der Gemeindestube aus nicht korrigieren können, die wir aber mit bedenken müssen, wenn wir an die Wirtschaftsprognose denken. Es gibt zwar eine Feststellung über den großstädtischen Bereich, daß hier die Krise nicht ganz so

schlimm zum Tragen kommt, aber leider Gottes sind wir hier nicht im großstädtischen Bereich, sondern im klein- bis mittelstädtischen Bereich. Noch dazu mit einer einseitigen Wirtschaftsstruktur und was das an Problemen bedeutet, das erleben wir hautnah und unsere Kolleginnen und Kollegen in den Steyr-Werken noch viel näher. Es gilt also, aktive Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft zu finden, denn nur diese aktiven Maßnahmen werden einen Ausweg finden lassen aus der allgemeinen mißlichen Wirtschaftssituation. Vorrang wird also haben, eine Umstrukturierung zu fördern, Vorrang wird haben müssen, eine Betriebsneugründung zu fördern. Zusätzlich kommt dazu, daß ja nicht vergessen werden darf, die bestehenden, noch gesunden Betriebe, gesund zu erhalten. Das, meine Damen und Herren, sollten wir nie vergessen. Es gibt auch in gesunden Betrieben Arbeiter und Angestellte, die sehr wohl Sorge haben um ihre Beschäftigung. Man sollte auch nicht aus einer Ideologie heraus der Meinung sein, daß alle Unternehmer unwirtschaftlich umgehen, nur weil einer oder zwei schlecht aufgefallen sind. Darum fordern wir eine verstärkte Wirtschaftsförderung auch für die Klein- und Mittelbetriebe. Das ist einer jener Punkte, den ich kritisiere an diesem Budget, grundsätzlich sollte man das anders überdenken. Grundsätzlich fordern wir Verstärkung der Ansätze für die Klein- und Mittelbetriebe. Diese Bitte ist ungehört geblieben und das ist tief bedauerlich in der Wirtschaftssituation wie heute. Wir haben in aller Bescheidenheit den Vorschlag gemacht, die Wirtschaftsförderungsmittel auf 2 Millionen zu erhöhen und da kann uns weiß Gott niemand den Vorwurf machen, daß wir den Boden des Machbaren verloren hätten. Was ist passiert? Wenn Sie sich den Haushaltsvoranschlag anschauen, so sind es echt praktikable 500.000. Das, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, sehr sorgfältig zu bedenken und das wird einer jener Punkte sein, wo wir sie dringlich auffordern im gegebenen Fall zu Überschreitungen des Haushaltsvoranschlages, so unerfreulich diese sind.

Vergleichen wir dazu die Zahl aus 1982, dann werden Sie feststellen, daß Sie im Nachtragsvoranschlag diese 500.000 schon auf 1 Million erhöhen mußten. Es wäre wohl recht und billig gewesen, nicht zu sagen, da stellt jemand unverschämte Forderungen, das behandeln wir nicht, da gehen wir darüber hinweg, sondern dieser Realität den entsprechenden positiven Einfluß zuzubilligen. Wir schlagen Ihnen folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Förderung der Wirtschaft vor. Denken Sie bitte daran, oder noch besser, denken wir gemeinsam darüber nach, wie wir die Investitionstätigkeit fördern können. Ich glaube, daß die Zeit der überliquiden Geldinstitute durchaus angetan wäre, die Bezuschussung vor allen Dingen auf den Zinsenbereich zu erstrecken. Ich glaube, daß eine Zinsenzuschußsystematik in der derzeitigen Wirtschaftssituation einer Direktsubventionierung den Vorrang ablaufen könnte. Hand in Hand mit den Vorrednern gehe ich beim Wunsch nach Bevorzugung der heimischen Wirtschaft, wenn das auch nicht mit dem Rechnungshof in Einklang zu bringen ist. Aber in diesem Fall, meine Damen und Herren, muß uns einfach das Hemd näher sein als der Rock und der Rechnungshof hat bei aller geforderten Objektivität doch nicht für die Wirtschaft als Arbeitgeber und in weiterer Folge für die Arbeiter und Angestellten Sorge zu tragen. Wir sollten - damit auch geht auch meine Fraktion mit Ihnen völlig konform - über die Vergabeordnung diskutieren, aber nicht über deren Aufhebung, sondern über die Art und Weise, wie wir sie handhaben können und wollen, ohne daß wir neue Ungleichheiten heraufbeschwören. Das, glaube ich, wird Aufgabe der nächsten Wochen sein.

Aufgabe der nächsten Zeit wird es vor allen Dingen auch sein, das Wohnungsproblem in den Griff zu bekommen. Wohnen, meine Damen und Herren, ist das zentrale Grundbedürfnis der Menschen und ein soziales Grundrecht. Nur dann kann ein Mensch selbständig sein, wenn seine Unabhängigkeit in Wohnfragen gewährleistet ist. Was schränkt diese Unabhängigkeit jetzt ein? Meiner Meinung nach drei Faktoren gefährden die Unabhängigkeit im Wohnbereich. Erstens die Frage, bekomme ich eine Wohnung oder bekomme ich keine, zweitens die Frage, wenn ich schon eine Wohnung bekomme, kann ich sie mir leisten und drittens die Frage, was muß ich alles unternehmen, damit ich überhaupt meine erste Frage "bekomme ich eine Wohnung oder keine" stellen kann. Das heißt mit anderen Worten, welchen komplizierten Bittgang habe ich als Bürger

zu gewärtigen, wenn ich ein Wohnungsproblem zu lösen habe. Diese drei Dinge beeinträchtigen die Zufriedenheit der Menschen möglicherweise. Sicherlich wissen unsere Bürger in der Stadt nicht, daß wir im Wohnungsvergabeausschuß uns gemeinsam bemühen, Wohnungsprobleme zu erledigen. Ich möchte Herrn Stadtrat Zöchling das Kompliment von der letzten Wohnungsausschußsitzung wiederholen, denn in diesem Ausschuß herrscht ein recht akzeptables Klima. Sicherlich wissen die Bürger unserer Stadt aber nicht einzuschätzen, daß, wenn 2.000 Wohnungsvormerkungen vorliegen und nur 10 Wohnungen, daß nicht jeder mit einer Wohnung beteiligt werden kann. Es wird also aus diesem Problem immer notwendigerweise Unzufriedenheit geben und natürlich wird nicht alles so gerecht ablaufen – auch hier möchte ich keine Details aufzählen – wie wenn es nach einem strengen Punktesystem ginge, auch wenn dieses Punktesystem in der Wohnungsvergabe wieder die eine oder andere Schwierigkeit mit sich bringen könnte. Eine gewisse Objektivierung in der Wohnungsvergabe, glaube ich, wäre in Zukunft eher gründlicher zu diskutieren. Grundsätzlich einige Gedanken zum Wohnbau, die wir hier in dieser Gemeindestube und im Ausschuß ohnehin schon öfters gehabt haben, der soziale Wohnbau, meine Damen und Herren, befindet sich in einer Sackgasse. Und zwar aus mehreren Gründen. Erstens werden die Betriebskosten unkontrollierbar, zweitens – das ist das Schlimme vor allem für unsere Region – kommen immer neue, bedauerlicherweise, ärmere Schichten zu den schon bestehenden armen Schichten hinzu. Die Schwächung der Einkommen bei gleichzeitiger Steigerung der Primärausgaben ist etwas, das uns sehr zu denken geben muß und man sieht das auch, wenn man die Lage auf dem Wohnungsmarkt betrachtet. Dazu kommt noch eines zu bedenken, die zunehmende Anzahl der Kleinhaushalte – darunter verstehe ich einen Haushalt mit 1 oder 2 Personen. Die haben wieder zwei Entstehungspunkte, erstens, daß die jungen Leute ihr Recht auf eine eigene Wohnung wahrnehmen wollen und zweitens das tragische Schicksal von sehr vielen Ehen, die sehr bald auseinandergehen..

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:
Das ist glücklich für alle Beteiligten!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich nehme an, daß Du das jetzt als heiteren Beitrag aufgefaßt hast zu einer ernsten Sache. Das Scheidungsproblem bringt mit sich, daß zahlreiche junge Leute wieder warten müssen auf neue Wohnungen. Dazu kommt noch eines, daß der private Wohnungsbau absolut am Boden ist. Da, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, muß ich Ihnen schon den Vorwurf machen, daß da ein Teil Ihrer Regierungsprogrammatik schuld daran ist, alleine die Mietrechtsgesetze sind ja nicht dazu angetan, dem Privaten einen sehr bestimmten Anreiz zur Vermietung seiner Liegenschaften zu geben. Abgesehen von der dringenden Korrektur der bundesgesetzlichen Regelungen auf dem Wohnbaugebiet wären folgende Maßnahmen der Stadt vorzuschlagen. Man muß sich überlegen, wie man die Sanierung des öffentlichen und privaten Altwohnhausbestandes vorantreiben kann. Zwei Vorteile wären damit verbunden, das Auswuchern der Stadt an die Stadtrandgebiete kann reduziert werden und zweitens ergibt sich damit automatisch die Sanierung und Revitalisierung der älteren Stadtteile. Teilweise ist dem schon Rechnung getragen, indem man doch reduzierte Bautätigkeit am Stadtrand, indem man zunächst einmal beginnt, Baulücken in der Innenstadt mit Bauten aufzufüllen. Aber ich denke auch daran, daß wir den Wohnhausbestand doch auch ins Auge fassen müssen. Wenn wir schon Neubaugebiete haben, sollten dort die Wohnungen bedarfsgerecht sein, dabei werden wir bedenken müssen, das, was ich vorhin gesagt habe, daß die Anzahl der dem Haushalt zugehörigen Personen abnimmt. Die Kleinhaushalte werden mehr, die Großhaushalte weniger, daher – das sehen wir bei den leider Gottes unvergebenen Wohnungen, besonders im Stadtteil Resthof – gibt es dann Probleme, wenn die Wohnungen zu groß ausgefallen sind. Eine Zusatzmöglichkeit zur Vitalisierung des Althausbestandes wäre die Wahrnehmung des ÖVP-Vorschlages, der seit Jahren zurecht gestellt wird, daß die Mieter ihre Wohnungen nach einer be-

stimmten Mietzeit, über die man im Detail diskutieren kann, ob das fünf oder zehn Jahre sein sollen, ins Eigentum übernehmen können. Vorteil dabei wäre, daß die Mittel, die dabei zurückkommen, wieder zur Althausanierung eingesetzt werden könnten. Eine hier schon dutzendemale erklärte Aussage ist die, daß der Mensch mit seinem Eigentum besser umgeht, also mit etwas, was er zur Benützung überlassen bekommt. Wenn man die Häuser anschaut und deren Zustand betrachtet, dann werden Sie mir sicherlich recht geben.

Ich weiß, daß diese Vorschläge alle problematisch sind, nämlich aus der Sicht der Finanzen her. Es wurde schon erwähnt, daß die Finanzlage der Stadt seinerzeit von der sinkenden Bevölkerungszahl, andererseits von der geänderten Ertragskraft, in die Zange genommen wird.

Ich darf Ihnen, Herr Rechnungsdirektor Stary, ein Kompliment machen, in der gegebenen Situation ein Budget zu erstellen, ist, glaube ich, kein Vergnügen. Sie haben das aber in gewohnter Bravour gemeistert. In der gegebenen Situation deshalb, weil Prognosen, das erlebt man ja fortwährend, nicht einmal vierteljährlich halten. Wie soll man dann einen Voranschlag über ein Jahr machen, noch dazu dann, wenn keine konkrete Maßnahmenplanung für dieses Jahr vorhanden ist. Damit schließt sich der Kreis wieder, meine Forderung nach einem mittelfristigen Finanz- und Budgetplan scheint doch nicht ganz so unreal zu sein.

Die Betrachtung der Gemeindeabgaben, seien es jetzt eigene oder aus dem Finanzlastenausgleich erhaltene Einnahmen aus zweiter Hand, wurde schon durchgeführt. Ich möchte nur ausdrücklich noch einmal betonen den Löwenanteil der Lohnsummensteuer und möchte ein für allemal dem Mißverständnis wegräumen, das so dann und wann aufklingt vom linken Flügel, daß die Lohnsummensteuer der Arbeitnehmer zahlt. Das ist eine Gewerbesteuer, das ist eine Steuer, die ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wer erarbeitet sie denn, der Unternehmer?

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das ist eine Steuer, die der Unternehmer zu tragen hat. Auf diesen Zwischenruf jetzt einzugehen, das hieße ihn überbewerten.

Eine interessante Budgetkennzahl ist immer der Vergleich eigene Steuern und überkommene Steuern. Hier liegen wir in der Stadt gar nicht so schlecht - das hat auch der Finanzreferent, Stadtrat Wippersberger, schon zum Ausdruck gebracht - wenn wir vergleichen die rund 143 Millionen ausschließliche Gemeindeabgaben zu den Ertragsanteilen 160 Millionen, so sind wir Gott sei Dank noch in einer Budgetsituation, die erträglich ist. Allerdings muß eines noch dazu gesagt werden, wenn ständig die Landesumlage kritisiert wird, die ja die Aufgabe hat, schwächere Gemeinden aus der Ertragskraft der stärkeren Gemeinden zu unterstützen, so kann man, glaube ich, über die Landesumlage nur unter einer Prämisse diskutieren, und die wäre für die Stadt Steyr auch wiederum sehr unangenehm, daß nämlich der Verteilungsschlüssel nach dem Finanzlastenausgleichsgesetz korrigiert wird.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Den verlangt Ihr ja in Niederösterreich!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich sage ja, daß ich aus der Sicht der Stadt Steyr spreche. Alles, was man hier am bestehenden System ändert, so sehr es veränderbar ist, das könnte doch wieder eine zum Teil Nachteilsituation für die Stadt herbeiführen. Eine zweite Kennzahl ist der Vergleich des Gesamtschuldenstandes zu den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes. Im Gesamtschuldenstand pro Kopf, das ist die übliche Vergleichszahl, mit 8.200 pro Einwohner, liegen wir außerordentlich günstig. Man hat ja jetzt erst gelesen, wie die vergleichbare Stadt Wels verschuldet ist. Andererseits aber, damit es keine einseitige Betrachtung ist, muß man die Relation zu den Einnahmen des or-

dentlichen Haushaltes heranziehen, und da sind wir von 10 vergleichbaren österreichischen Städten bei weitem im Vordergrund. Da sind wir im oberen Drittel und nur Katastrophenerscheinungen wie in der Bundeshauptstadt Wien fallen da noch deutlicher ins Auge. Die Kennzahl, die man hier herausrechnen kann aus dem Budget 83, heißt 68,2 % der ordentlichen Einnahmen beträgt die Verschuldungsquote. Die Zahlenentwicklung stimmt optimistisch, dazu muß man aber noch den Hintergedanken dabei haben, daß im Jahre 1979 zur Vorbereitung der Tausendjahrfeier eine hohe Schuldenaufnahme stattgefunden hat und da war die Kennzahl schon 72,6 %, ist im Laufe 1981 69,8 geworden und jetzt zum Budget 1983 68,2 %. Ich bedaure, die Kette über 1982 nicht durchführen zu können, aber dazu wird man zunächst den Rechnungsabschluß benötigen, um tatsächlich das Zahlenwerk durchführen zu können. Der Verschuldungsgrad unserer Stadt wurde vom Finanzreferenten ausdrücklich angeführt, gibt zu denken, daß er nicht über Gebühr noch ansteigen darf, insbesondere wenn Sie sich nochmals vor Augen führen die Relation zu den Einnahmen der Stadt. Das heißt, daß wir alle zusätzlichen Belastungen, die diese Stadt auf sich nehmen muß, äußerst kritisieren müssen. Ich denke hier an die Vorfinanzierungsmaßnahmen, die die Kommune für den Bund machen muß. Für Bundesmaßnahmen so hohe Mittel und ich möchte Sie jetzt nicht mit der Millionenreihe belasten, die man hier ausschreiben kann. Seien Sie versichert, ich habe es gemacht. Diese Mittel, die wir gezielt für die Bürger unserer Stadt einsetzen könnten und nicht zur Wahrnehmung von Bundesaufgaben, zur Vorfinanzierung von Bundesaufgaben, würden uns ganz erheblich helfen, die kommunalen Probleme zu klären. Mit diesen Mitteln alleine hätten wir unser Straßennetz in Ordnung und könnten den Stadtteil Wehrgraben sanieren. Das, meine Damen und Herren, müssen wir sagen, und da fordere ich gerade Sie von der Mehrheitsfraktion auf, doch bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß der Vater Staat seine eigenen Aufgaben selbst finanziert, wenn schon der Spielraum der Gemeindefinanzen so außerordentlich gering ist. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, darauf zu drängen, daß man so unsinnige Bundesfinanzabenteuer wie das Konferenzzentrum bleiben läßt und dabei doch dem kommunalen Finanzbedarf eigenen Spielraum läßt und ich erinnere wieder nur an die Übernahme der Bundesaufgaben. Ich erinnere daran, daß die Milliarden im AKH der Steyrer Bevölkerung nicht zugute kommen. Ich wüßte nicht, ob die Subventionierung des General Motors-Werkes einen Arbeitsplatz in Steyr schafft und ich wüßte nicht, ob man die Förderung der BMW-Werke mit der Förderung der General-Motors-Projekte vergleichen kann.

Im übrigen glaube ich, daß Zeit ist für eine außerordentlich sparsame Verwaltung und wenn man jetzt wieder den Vergleich mit der Stadt Wels heranzieht, muß man dem Magistrat der Stadt Steyr das Kompliment machen, daß man mit einem beinahe schon Bruchteil des Beschäftigtenstandes gegenüber Wels auskommt.

Eine Position gewähren Sie mir doch, daß ich sie genauer ins Auge genommen habe, und zwar Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu habe ich mir auch eine Kennzahl errechnet, nämlich den Vergleich, was kostet uns diese Bemühung pro Einwohner. Wenn Sie sich das einmal genau anschauen, dann werden Sie feststellen, daß das ca. 50 Schilling sind, die wir pro Einwohner für das Amtsblatt aufwenden und das scheint mir doch nicht allzu sparsam zu sein. Sie schimpfen immer über die Propagandaschlacht des Landes Oberösterreich und sich dann vor Augen halten, daß hier die Budgetmittel mit 7 Schilling pro Einwohner angesetzt sind, so müßten wir diese 50 Schilling nochmals überdenken. Natürlich gibt es Städte, die noch mehr ausgeben, z. B. die Landeshauptstadt Linz mit etwas mehr als 77 Schilling, die Stadt St. Pölten mit 72 Schilling. Aber mir ist auch nicht bekannt, daß dort ein anderer als ein sozialistischer Bürgermeister für die Finanzen und für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Im Sinne einer sparsamen Verwaltung sollte man die Ausgaben des Amtsblattes überdenken und ich erinnere auch, daß der Personalaufwand bei nur zwei Bediensteten mit etwa 1 Million zu Buche steht. Diese Ausgaben wären alle noch zu rechtfertigen, wenn dadurch die heimische Wirtschaft unterstützt würde. Ich erinnere Sie an Ihren Beschluß, den Druckauftrag an ein auswärtiges Unternehmen zu vergeben und ich erinnere weiter an die Überlegungen

rund um die Vergabeordnung, ob es nicht doch sinnvoll wäre, heimische Druckereien

mit dem Verordnungs- und Mitteilungsblatt für die heimische Bevölkerung zu beschäftigen, zumal diese heimischen Druckereien bei Gott nicht über Überbelastung klagen können. Dazu kommt noch eines, daß die hauseigene Druckerei sehr viele Druckaufgaben in Eigenregie erledigt, die Plakate, die die Stadt veröffentlicht. Auch das, meine Damen und Herren, könnte Wirtschaftsförderung sein, wenn man damit die bodenständigen Gewerbebetriebe, ich will nicht sagen begünstigt, ich will sagen beschäftigt.

Nächster Hauptpunkt ist die soziale Wohlfahrt. Hier ist es absolut zu begrüßen, daß eine volle Million Schilling im außerordentlichen Haushalt für den Ausfall der Krankenanstalt im Zentralaltersheim gewidmet ist. Das ist eine Maßnahme, die weiß Gott notwendig ist, absolut begrüßenswert und im Dienste unserer Bevölkerung ist. Allerdings nachdenklich stimmt mich eine Zahl dabei, nämlich die Zahl derer, die im Zentralaltersheim nicht mehr voll zahlen können. Schauen Sie sich das einmal an, Sie werden sehen, daß diese Zahl ständig zunimmt. Einen Teil dieser Erkenntnis können Sie, wenn Sie sich das Zahlenmaterial durcharbeiten, aus dem Voranschlag 1983 entnehmen.

Zu den positiven Punkten über die seniorenfördernden Maßnahmen gehören auch die Seniorengutscheine dieser Stadt. Ich bitte Sie nur um eines, diese Seniorenbegünstigungen doch schon bei Pensionsantritt zur Verfügung zu stellen. Denken Sie nur an die Mitbürger, die jetzt aus den Steyr-Werken vorzeitig in Pension entlassen wurden, um neue Arbeitsplätze frei zu machen. Warum sollten diese Leute dann noch vorzeitig in einen Nachteil gegenüber allen jenen kommen, die bis zum Erreichen ihres tatsächlichen Pensionsalters im Erwerbsleben stehen können. Überdenken Sie bitte diesen meinen Vorschlag und lassen Sie mich keine Fehlbitte tun und kommen Sie diesem nach.

Ich würde Ihnen auch vorschlagen, den begünstigten Personenkreis auch auf die Zivilinvaliden auszudehnen. Zivilinvaliden, meine Damen und Herren, gehören zu den am meisten benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft und gewähren wir ihnen doch die Begünstigung, an den Seniorenbegünstigungen mit teilhaben zu können. Ich glaube, daß Sie damit Menschen Unterstützung liefern, die das weiß Gott verdienen. Wenn wir hier in der Stadt diese soziale Einstellung beweisen, so werden Sie sich als Sozialisten in dieser Stadt sehr wohltuend von Ihrem Herrn Bundesminister für Finanzen abheben, der sogar so weit geht, die Pensionisten Holz klaben zu schicken. Ich finde das wirklich nicht lustig.

Zu den sozialen Aufgaben der Stadt gehört auch die Jugendförderung. Hier ist zu kritisieren, daß die unsinnig hohe Förderung des Arbeiterkammerjugendzentrums nach wie vor aufrecht erhalten wird. Ich erinnere Sie noch einmal an die Vertragsbedingungen, daß 350.000 Schilling jährlich an den Verein, der dieses Zentrum beheimatet, gezahlt werden müssen, nur unter der Auflage, daß der Verein existiert. Es steht nirgends drinnen, daß das Zentrum hier in Steyr betrieben wird. Ich stelle an Sie die Frage, was ist mit den anderen Zentren? Denken Sie nur an das FIO auf der Ennsleite, denken Sie nur daran, daß dort junge Menschen aus allen politischen Lagern betreut werden. Es entsteht der Eindruck, daß die Stadt auf diesem einen Auge blind ist und nur das linke Auge zum Sehen offen hat. Ersparen Sie unseren Bürgern diesen Eindruck und denken Sie daran, auch die anderen Jugendeinrichtungen zu fördern.

Ein Punkt aus der breiten Palette des Haushaltsvoranschlages, das Verkehrswesen, Straßennetz, ist etwas, das in hohem Ausmaß akkordiert abläuft. Mein Fraktionskollege Radler hat Ihnen immer wieder Vorschläge unterbreiten können, die Hand und Fuß hatten. Diese Vorschläge haben auch fortwährend ihre Erledigung gefunden. Ich darf als Obmann dieser Partei Kollegen Radler von dieser Stelle aus für seine Aktivitäten danken. Wir fordern zum Straßenbau den raschen Ausbau bzw. die rasche Realisierung der Nordspange und ersuchen Sie alle, bei den entsprechenden Bundes- und Landesstellen, jeder dort, wo es ihm am leichtesten ankommt, auf die Realisierung zu drängen. Wir haben ja durch die einhellige Meinungsbildung über den

Teufelsbachabstieg auch eine Forderung der ÖVP schon realisiert, das heißt nicht realisiert, aber zumindest in eine Phase gebracht, daß eine Realisierung wahrscheinlich erscheint. Wir ersuchen Sie nach wie vor, die Verbindungsstraße Ennser Straße – Wolffernstraße – Feldstraße auszubauen, wenn schon nicht in einem, so doch abschnittsweise, aber diese Straße nicht aus den Augen zu verlieren.

Zur Verampelung Seifentruhe – Wolffernstraße wäre noch dazu, daß das möglicherweise nicht an dieser Stelle stattfindet, wenn die Kreuzung verlegt wird, so wird aber dort zu prüfen sein, ob eine Verampelung notwendig ist.

Ein wesentlicher Punkt hat Eingang in das Budget gefunden, nämlich die Fußgängerunterführung Ennser Knoten. Wir ersuchen Sie weiters, die von uns geforderten Gehsteige entlang der Wolffernstraße, von der Kreuzung Weinzierlstraße bis zur Staffelmayrstraße, doch durchzuführen. Wir ersuchen Sie, in der Steiner Straße nicht zu vergessen, daß der etappenweise Ausbau extreme Gefährdung des Fußgängerverkehrs mit sich bringt und daher doch einen Gehsteig anzubringen. Und wir ersuchen Sie, die Fußgängerstiege von der Wokralstraße zur Fuchsluckengasse zu verbessern – ob das jetzt in einer Baumeisterarbeit oder mit Maßnahmen des Wirtschaftshofes gemacht wird. Wichtig ist es, daß für die Bevölkerung diese Stiege besser begehbar wird.

Das Asphaltierungsprogramm möge zügig weitergeführt werden, insbesondere die noch nicht asphaltierten Straßenzüge im Bereich Dornach – Gleink sollen dabei nicht vergessen werden. Denken Sie bitte daran, daß die zukünftigen Verkehrslösungen die Parkplatzsituation in der Stadt nicht erleichtern werden, vielleicht wird es möglich sein, den Parkplatz beim Schiffmeisterhaus zu asphaltieren oder zumindest staubfrei zu machen.

Straßenbeleuchtung auf der Promenade, diese wäre zu verbessern. Es sind zwar jetzt einige Lichtpunkte auf der Promenade angebracht, es wird aber gar nicht sehr viel kosten, die restlichen Stücke auch anzuleuchten. Bitte denken Sie an die Sicherheit unserer Bürger in der Stadt und kommen Sie diesem Wunsch nach. Die Beleuchtung der Wolffernstraße wäre auch zu verbessern und nicht zu vergessen, bei der Sanierung des Wehrgrabengebietes auch die Beleuchtung im Stadtteil Wehrgraben – Eysnfeld – Steyrdorf zu berücksichtigen. Dort gäbe es noch sehr viel zu tun.

Der nächste Budgetabschnitt Dienstleistungen – Kanal – Wasser wurde schon in der vorhergehenden Debatte über die Müllrottedeponie bzw. über die Mülldeponie ausführlich behandelt. Es ist bedauerlich, daß für die Müllbeseitigung, für die Verbesserung der Situation im Budget Mittel fehlen. Diese Mittel werden allerdings sicherlich benötigt werden.

Das nächste große Problem ist Altstadterhaltung – Denkmalschutz im Großbereich Wehrgraben/Steyrdorf, auch das wurde von mir schon erwähnt. Es ist sehr erfreulich, daß der Architektenwettbewerb jetzt in der zweiten Fassung den im Juni gefaßten Entscheid der Mehrheitsfraktion auf Offenhalten des Gerinnes berücksichtigt. Es ist auch sehr zu begrüßen, daß unser Vorschlag auf Mitteldotierung auch entsprechend erfüllt wurde, wenngleich dieser Vorschlag nicht immer auf Verständnis der Mehrheitsfraktion gestoßen ist. Wenngleich auch nicht immer Verständnis dafür war, wie wichtig in der jetzigen Situation die Studie Semsroth/Sackmayer ist. Für die tatsächliche Realisierung der Revitalisierung im Wehrgraben erinnere ich Sie doch wieder an diese Studie.

Ein weiterer Zeitverlust wird, so glaube ich, dem ganzen Stadtteil zum Nachteil sein, wir sollten daher umgehend an tatsächliche Maßnahmen gehen und ich ersuche Sie sehr höflich um eine laufende Berichterstattung in der Angelegenheit des Stadtteiles Wehrgraben und ich ersuche Sie um eine fortwährende Information, was wird denn aus dem Kanalprojekt. Wir haben seit der unseligen Meinungsverschiedenheit rund um das Gebiet darüber sehr wenig gehört. Ich bitte Sie, das ehestmöglich nachzuholen.

Die Zahlen des außerordentlichen Haushaltes, meine Damen und Herren, wurden

durch den Finanzreferenten schon so ausführlich dargelegt. Ich möchte nur noch ein Detail daraus herausgreifen, nämlich die Mittelbedeckung von den präliminierten Einnahmen 56,9 Millionen, entnehmen wir der Rücklage 20 Millionen und müssen für die Einnahmengewährleistung 20 Millionen Darlehen aufnehmen. Diese Darstellung ist sehr schmeichelhaft, denn wenn man die Ausführungen des Stadtrates Wippersberger zusammenfaßt, handelt es sich nicht um 20 Millionen, sondern um 36,5 Millionen. Der Abgang des außerordentlichen Haushaltes ist – das hast Du, Herr Stadtrat, ja gesagt – wahrscheinlich nur durch Darlehensaufnahme herbeiführbar. Wiederum meine Bitte, gerade in dieser Situation denken wir an die Planung, denken wir an das, was sich 1982 im Nachtragsvoranschlag herausgestellt hat, wie wenig entsprechend die Finanzplanung im außerordentlichen Haushalt war im Verhältnis zu den tatsächlich durchgeführten. Erinnern wir uns 68,4 Millionen Ausgaben waren präliminiert, davon sind tatsächlich nur 51 Millionen verbaut worden und in Wirklichkeit haben wir 111 Millionen ausgegeben. Das ist eine Zielabweichung um mehr als 50 %. Auch das habe ich bei der Erläuterung des Nachtragsvoranschlages schon gesagt. Ich hoffe, daß meine Bitte, ein Finanz- und Maßnahmenkonzept wieder einzuführen, nicht ungehört verhallt. Das Stadtentwicklungskonzept, meine Damen und Herren, ist keine Planungsmaßnahme, sondern lediglich ein Forderungs- und Vorschlagskatalog. Planung ist etwas diffiziler als das Entwicklungskonzept. Das wäre zum Beispiel auch eine Aufgabe für den Präsidial- und Planungsausschuß, möglicherweise auch für den Finanz- und Rechtsausschuß, der seinen Namen nicht zu unrecht trägt. Er hätte sich auch sehr massiv mit der Finanzsituation in der Stadt auseinanderzusetzen.

Sie haben mir, meine Damen und Herren, eine im wesentlichen große Geduld geschenkt für meine Ausführungen. Darf ich Ihnen im Namen meiner Fraktion und im Namen des abwesenden Bürgermeisters, Vizebürgermeister Karl Fritsch, für das kommende Weihnachtsfest alles Gute wünschen, für das Jahr 1983, das vor der Tür steht, persönlich viel Gesundheit, den Bürgern unserer Stadt vor allen Dingen die Arbeit, die sie brauchen, damit es ihnen gut geht. Ich möchte von diesem Rednerpult nicht weggehen, ohne mich bei den befaßten Beamten dieses Hauses zu bedanken für die Tätigkeit, die sie im Dienste unserer Bürger ausgeübt haben, insbesondere bei den Beamten hier im Hause, die in den wohlverdienten Ruhestand im kommenden Jahr treten werden. Ich möchte Herrn Rechnungsdirektor Stary und Herrn Magistratsdirektor Dr. Eder den Dank meiner Fraktion ausdrücken und meine persönliche Wertschätzung für die Art und Weise, die Sie im Dienste unserer Bürger tätig waren, zu Füßen legen. Ich wünsche Ihnen alles Gute für das neue Jahr und hoffe, daß die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen im neuen Jahr nicht von gravierenden Problemen getrübt werden möge.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke.

Meine Damen und Herren, der Redner hat beträchtliche Zeit beansprucht, was keine Rüge sein soll, das möchte ich ausdrücklich sagen, sondern ich möchte hier in seinem Sinne sprechen, wenn ich nun wieder eine kurze Pause einleite, denn er hat sich sicher eine Zigarette verdient.

Pause von 16.20 – 16.36 Uhr.

(Gemeinderat Leithenmayr verläßt um 16.20 Uhr die Sitzung)

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir setzen jetzt wieder unsere Beratungen fort.

Nächster Sprecher ist namens der Freiheitlichen Fraktion Herr Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Stelze ist bereits abgenagt, mir bleibt der harte Knochen sozusagen über.

Auch ich habe meine Rede so beginnen wollen, wie meine Vorredner, Stadtrat Wippersberger und Kollege Holub, werde aber trotzdem einige Wiederholungen einbauen, um das Ganze etwas zu verstärken und um zu zeigen, daß auch wir diese Probleme von der Freiheitlichen Partei aus sehen.

Die wirtschaftliche Rezession, die sich in erster Linie in Umsatzrückgängen ausdrückt und damit, wie es aus unserem Budget deutlich ersichtlich ist, die Einnahmenseite herabgedrückt hat – dadurch wird natürlich auch die Ausgabenseite heruntergedrückt – hat den Impulsgeber, die Stadt Steyr, für die beheimatete Wirtschaft geschwächt.

Zusätzlich kommen natürlich noch die Arbeitsplatzsorgen dazu, besonders in den Steyr-Werken, wo sich das zahlenmäßig am größten ausdrückt und wahrscheinlich noch ausdrücken wird, wenn die Entwicklung so weitergeht.

Ein zweites Problem für unsere Stadt ist der Bevölkerungsrückgang. Wir sind unter die 40.000 Einwohnermarke gefallen und dadurch beim Finanzausgleich um ca. 8 Millionen sozusagen "gestorben".

Ich möchte vielleicht diesen Bevölkerungsrückgang von einer Seite aus beleuchten. Man kann natürlich nichts Genaues feststellen, aber der Mensch sucht in seiner Stadt, in der er wohnt, natürlich in erster Linie, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen, nämlich Nahrung, Wohnung und Kleidung. Nahrung und Kleidung erwirbt er in erster Linie durch die Arbeit, Die Wohnung – auch das ist bekannt – entweder baut er sich selbst ein Haus oder er sucht bei Privaten Unterkunft. Das Naheliegendste ist natürlich, daß er zu seiner Heimatgemeinde geht, die vom Gesetz her für den Wohnbau zuständig ist. Ich glaube, es hat manchen Bürgern nicht sehr behagt, daß diese Grundbedürfnisse sehr stark mit Parteipolitik zusammenhängen und daß hier mit einem Farbfilter ausgewählt wird. Ich sage, das ist sicher nur ein Teil davon, aber vielleicht könnte man das doch etwas zurückstecken, wobei ich auch betonen möchte, daß laut Aussage von Herrn Kollege Eichhübl – ich bin ja nicht mehr im Wohnungsausschuß – das Klima im Wohnungsausschuß unter den Parteien sehr gut ist. Aber, wie schon Kollege Holub erwähnt hat, sieht das der Bürger nicht, er sieht nur seinen Bittgang zu den Politikern, der etwas hergibt, was eigentlich der Steuerzahler bezahlt. Daher bitte eine Politik für den Bürger und nicht für die Partei!

Die sinkenden Einnahmen zwingen natürlich zum Sparen. Projekte, die längst geplant sind, müssen verwirklicht werden und bedingen eine Schuldenaufnahme. Wir sind auch der Auffassung, daß man gerade in dieser Zeit nicht sämtliche Vorhaben einfach streichen kann, um die Schulden zu verringern bzw. um überhaupt keine neuen Schulden zu machen. Das wäre, glaube ich, der Tod von manchen Betrieben in unserer Stadt. Wir haben uns daher überlegt, wo könnte man zusätzlich noch den Sparstift ansetzen? In der Verwaltung der Stadt gibt es sicherlich zwei Bereiche, wo dies möglich wäre. Einerseits beim Personalaufwand und andererseits beim Sachaufwand.

Zuerst möchte ich einmal zum Personalaufwand kommen, zu dem ja auch die Politikerbezüge gehören. Die Beamten des Magistrates verdienen sicher nicht schlecht, aber die Gehaltserhöhungen, die im Jänner oder Februar anstehen, die den Wertverlust, entstanden durch die Inflation, abdecken, will und kann sicher niemand streichen. Aber ist es notwendig, daß auch die Politikerbezüge in "Zeiten wie diesen" noch weiter anwachsen, weil sie an die Beamtgehälter gekoppelt sind? Die Politikerbezüge steigen automatisch mit denen der Beamten. Jeder von uns, der hier als gewählter Mandatar herinnen sitzt, ist in einem Beruf tätig - mit Ausnahme unserer Berufspolitiker, die das hauptamtlich betreiben. Ich glaube, gerade diese werden es nicht allzu sehr verspüren, wenn sie auf eine weitere Erhöhung verzichten müßten, da ihr Gehalt oder Einkommen um die 100.000-Schilling-Grenze gelagert ist. Da würde sicher keiner Schaden leiden. Ich bin daher der Auffassung, daß man die Politikerbezüge von denen der Beamten abkoppeln sollte. Sollte jemand der Meinung sein und den Antrag stellen, daß jetzt wieder einmal die Politikerbezüge erhöht werden sollten, dann sollte das transparent als Antrag in der Gemeinde für die Öffentlichkeit dargelegt werden. Dann kann man darüber diskutieren und abstimmen. Ich glaube, ein Ausgleichsrentner hat sicher kein Verständnis, wenn die Politiker vom Sparen reden und sich ihre eigenen Pfründen erhöhen.

Im Zusammenhang mit den Personalkosten erlaube ich mir, auf Grund von Informationen aus der letzten Zeit zu bemerken, daß Verwendungszulagen zum Teil sehr kleinlich und in vielen anderen Fällen sehr großzügig gewährt wurden. Diesen Hinweis auf gewisse Ungerechtigkeiten bzw. Bevorzugungen sollte man näher untersuchen. Scheinbar werden nicht alle gleichgelagerten Fälle gleich behandelt. Offensichtlich gibt es hier "Gleichere".

Kein echtes Personalproblem, sondern Kostenpersonalproblem, sind die Pensionen für Stadträte. Auch hier hat man Ausgaben zusätzlich geschaffen, die wir in dieser Form, wie sie beschlossen wurden - wir haben sie bekanntlich abgelehnt - nicht einsehen. Es sind Pensionen geschaffen worden für Stadträte, die in das Pensionsalter gekommen sind und ausscheiden. Hier ist wieder derselbe Fall, die meisten Stadträte, die ausscheiden, bzw. in letzter Zeit ausgeschieden sind, haben einen Beruf ausgeübt und beziehen aus dieser Berufstätigkeit eine volle Pension, manche sogar eine Zusatzpension von den Steyr-Werken.

Wenn ich einen Extremfall herausgreife - ich habe das schon einmal gesagt - dann trifft es in nächster Zukunft aus diesem Kreis einen, der zu einer ungefähren Pension von 28.000 Schilling noch 11.000 Schilling Stadtratspension bekommt. Das, glaube ich, ist sicher in einer Zeit, wo man sparsam mit den Steuergeldern umgehen muß, keine Gerechtigkeit.

Der nächste Teil, den ich hier anreißen möchte zum Sparen, sind die Sachaufwände. Hier möchte ich vielleicht auf die Vergabeordnung eingehen, die bereits von der sozialistischen Fraktion angezogen wurde. Man sollte hier doch Änderungen herbeiführen, um die heimische Wirtschaft mehr zu schützen, obwohl es hier Probleme mit dem Rechnungshof geben kann. Wir waren immer schon dafür und ich bin hier heraußen gestanden, als wir diese Vergabeordnung beschlossen haben, und habe auf etliche Punkte hingewiesen, daß hier Vergaben möglich sind ohne Ausschreibung, wenn sie künstlerischer Natur sind. Z. B. Architektenaufgaben oder -projekte. Wir haben ja gesehen, wohin das führt. Es wird ein Generalunternehmer eingesetzt und damit hört der Einfluß der Stadt auf. Man kann den sicher bitten darum, aber ob er sich daran hält, das ist eine andere Frage. Der wird ja, weil er einen Fixpreis gemacht hat, sicher dorthin schauen, wo er am billigsten fährt bzw. wird er auch etliche Stammkundschaften bereits haben. Hier müßte auf jeden Fall eine Änderung eintreten, denn es geht nicht, daß Arbeiten um 12.000 Schilling öffentlich ausgeschrieben werden und Beträge über 40 Millionen im Handumdrehen vergeben werden.

Eine weitere, sicherlich ergiebige Sparaufgabe, wären die Energiekosten. Aus den Ansätzen kann man herauslesen, daß die Energiekosten stark im Steigen sind. Hier scheint es, geht die Entwicklung am Energiesparsektor an den öffentlichen

Einrichtungen spurlos vorüber. Unserer Meinung nach sollte sich die Stadt nach dem Vorbild der Linzer Universität schon längst bemühen, durch technische Umrüstung, durch Einbauten von modernen Anlagen und organisatorischen Maßnahmen, den Energieverbrauch zu senken. Die Universität hat nämlich mit relativ geringen Mitteln und auch einfachen Mitteln die Energiekosten um ein Drittel senken können und diese Investitionen werden sich angeblich nach drei Heizperioden amortisiert haben. Wir fordern daher einen Kontrollamtsbericht über die Heizungskosten in städtischen Gebäuden – ich meine hier die Ämter. Dazu gehören natürlich auch die Schulen. Diesen Vorschlag haben wir schon vor einigen Wochen schriftlich dem Herrn Bürgermeister vorgelegt. Als Antwort bekamen wir, allerdings nicht vom Herrn Bürgermeister, daß ohnehin alles auf dem neuesten Stand wäre – und daher auch das Verlangen nach einem Kontrollamtsbericht. Wir glauben das nicht, sonst müßten sich die Einsparungen im Budget klar zeigen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Entschuldigung, Herr Gemeinderat. Haben Sie den Brief an mich gerichtet?

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das war in den Budgetvorschlägen drinnen und ich habe ja betont, daß die Antwort nicht von Ihnen kam.

Wir haben auch weitere Sparvorschläge eingebracht, die aber leider nicht berücksichtigt wurden. Zum Beispiel die Senkung der Repräsentationskosten um 50 %, Reduzierung des Personales, wo es möglich ist, z. B. durch natürlichen Abgang, das heißt, wenn jemand in Pension geht. Außerdem Senkung der Kosten des Amtsblattes. Leider fanden unsere Sparvorschläge keinen Niederschlag.

Wir dürfen aber feststellen, daß ein Teil unserer Forderungen berücksichtigt wurde. Dies bezieht sich auf die Weiterführung der Fassadenaktion, Planungen und teilweise Erhebungen im Wehrgraben. Hier haben wir eine Forderung gestellt, die die sozialistische Fraktion in einer Gemeinderatsitzung beschlossen hat und die bis heute nicht ins Budget aufgenommen wurde, nämlich, daß Sie ein Drittel zuschießen, wenn im Wehrgraben einer seine Wohnung saniert. Bis heute ist hier kein Budgetansatz zu sehen, also Sie erfüllen sich nicht einmal Ihre eigenen Wünsche. Wir werden Sie aber weiterhin darauf hinweisen.

Erfreulich ist eines, das schlägt zwar im Budget noch nicht sehr stark zu Buche, daß man endlich darangeht, Radwege zu konzipieren, zumindest einmal einen Aufnahmebestand zu machen, wo dies möglich ist, und wir fordern, daß auch bereits in den Straßenneuplanungen Radwege einbezogen werden. Das ist ja keine neue Forderung von uns, aber wenn man lange genug davon redet, findet man doch ein offenes Ohr.

Wenn wir uns trotz Kritik zu einer Annahme des Voranschlages 1983 entschlossen haben, so haben wir uns davon leiten lassen, daß wir die noch einigermaßen zufriedenstellende Finanzgebarung den vielen fleißigen Steyrerinnen und Steyrern zu verdanken haben. Es ist nicht so, wie Kollege Kinzelhofer gesagt hat, daß die sozialistische Fraktion 350 Millionen Schilling investiert hat. Das sind Steuergelder und die kommen von allen, da ist kein Mascherl darauf.

Dafür möchte ich von dieser Stelle aus der Steyrer Bevölkerung danken, daß sie für diese Stadt so fleißig arbeitet. Ich möchte allen Steyrer Bürgern ein frohes Weihnachtsfest wünschen. Ich wünsche auch dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Bürgermeister-Stellvertreter und den Damen und Herren des Gemeinderates ein recht frohes Fest und möchte mich zum Abschluß bei den guten Geistern des Hauses, nämlich bei den Beamten, für ihre Hilfe und für ihre gute Arbeit bedanken und auch ihnen ein frohes Fest und vor allem ein gesundes neues Jahr wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung der FPÖ. Herr Kollege Tremel ist der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich werde sicherlich nach meiner Stellungnahme zum Budget nicht selbst klatschen.

Der Voranschlag für das Jahr 1983 zeigt, obwohl sich die wirtschaftliche Situation in unserer Stadt verschlechtert, daß die finanzielle Lage der Stadtgemeinde Steyr noch besser ist als die in den anderen oberösterreichischen Gemeinden. Dies drückt sich darin aus, daß der ordentliche Haushalt wieder ausgeglichen werden konnte. Die Zahl der oberösterreichischen Gemeinden, die im vergangenen Jahr ihren ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen konnten, ist sowohl der Anzahl wie der Höhe des Defizites nach angewachsen. Von den 445 Gemeinden in Oberösterreich haben für dieses Jahr über 24 Gemeinden beim Gemeindereferenten des Landes Bedarfszuweisungen von insgesamt 45 Millionen Schilling für den Haushaltsausgleich beantragt. Die Stadt Steyr wird im kommenden Jahr, wie Sie schon einige Male gehört haben, über 542,500.000 Schilling ausgeben, was im Vergleich zum heurigen Nachtragsvoranschlag eine Reduzierung um über 31,767.000 Schilling bedeutet. Von der Gesamtbudgetsumme entfallen 73,5 Millionen Schilling auf das außerordentliche Budget, dem immerhin 16 Millionen Schilling an echten Einnahmen durch Übertrag vom ordentlichen Budget und Grundstücksverkäufen gegenüberstehen. Allerdings schlägt auch im Haushaltsvoranschlag die kapitalistische Krise bereits deutlich durch. Wenn die Lohnsummensteuer mit 67 Millionen Schilling gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1982 mit ebenfalls 67 Millionen gleich bleibt, dann heißt dies, daß mit einem weiteren Abnehmen des Beschäftigungsstandes seitens der SP-Rathausmehrheit gerechnet wird, obwohl der Beschäftigtenstand bei BMW um 800 auf 1.500 erhöht werden soll. Die Gewerbesteuer ist mit 38 Millionen Schilling gleich wie im laufenden Haushalt angesetzt. Die Benachteiligung der Gemeinden durch die Bundes- und Landesregierung hält, wie Sie heute schon an einigen Beispielen gehört haben, unvermindert an. Die Gemeindefinanzen sind auf das Engste mit der Bundespolitik verbunden. Die Gemeinden sind zwar der größte Investitionsträger, aber es werden ihnen die Mittel vorenthalten, die notwendig wären, um die großen Aufgaben tatsächlich zu erfüllen. Werden zum Beispiel alle Projekte, laut Voranschlag verwirklicht, muß die Stadt Steyr 57 Millionen Schilling aufnehmen, wodurch sich der Schuldenstand – wie Finanzreferent Wippersberger schon angeführt hat – von derzeit rund 318 Millionen Schilling auf voraussichtlich 375 Millionen Schilling erhöhen wird. Empfindlich wird unsere Stadt davon getroffen, daß laut Volkszählung, die Einwohnerzahl um rund 1.600 gesunken ist, wodurch sich die Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben, so wie bereits heuer, um 8,5 Millionen Schilling auf 160 Millionen Schilling verringern. In der Bundespolitik geht es auch um die Umverteilung der Belastung zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten unvermindert weiter. Ich möchte Sie daran erinnern, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Einkommenssteuern im Jahre 1965 noch gleich groß waren. Im Bundesbudget 1983 stehen jedoch 21 Milliarden an Einkommenssteuern schon 62 Milliarden Schilling an Lohnsteuer gegenüber. Das bedeutet, daß die Besitzenden nur noch ein Drittel der gesamten Steuerlast tragen. Daher kommen auch die Gemeindefinanzen zu einem immer größeren Teil aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten. Daß diese Umverteilung auch unter der SPÖ-Regierung weiter und beschleunigt vor sich geht, zeigt, wie weit sich die SPÖ-Mehrheit von den Grundsätzen entfernt hat, die sie vor der Regierungsübernahme vor 13 Jahren verkündet hat.

Über die Benachteiligung der Stadt Steyr durch das Land Oberösterreich sind in letzter Zeit vor allem von der Mehrheitsfraktion recht kräftige Töne angeschlagen worden. Die Landesumlage erreicht im vorliegenden Budget die gewaltige Höhe von 23 Millionen Schilling. Dies steht in krassem Widerspruch zu den langjährigen Forderungen des Städtebundes nach ersatzloser Streichung der Landesumlage. Die Gemeinden brauchten aber bei dieser wichtigen Frage keinesfalls so machtlos zu sein, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die SPÖ brauchte nämlich nur von ihrer Mehrheit im Parlament zugunsten der Gemeinden Gebrauch machen. Mit einfacher Mehrheit könnte man nämlich die Landesumlage bis auf eine symbolische Größe, etwa

1 Schilling, herabsetzen. Denn nur die gesamte Abschaffung der Landesumlage erfordert eine Zwei-Drittelmehrheit im Parlament.

Der Voranschlag unserer Stadt zeigt erneut, daß trotz des Fleißes und der enormen Leistung der Arbeiter und Angestellten unserer Stadt, die Finanzsituation äußerst angespannt ist. Aber nicht dadurch, daß man bereit wäre, soziale, kommunale Gebühren und Tarife zu gewähren, sondern weil die Stadt gezwungen wird, Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich Aufgaben des Bundes und des Landes wären. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein großer Wandel in der Aufgabenstellung der Gemeinde vollzogen. Die infrastrukturellen Maßnahmen, wie Straßenbauten in unserer Stadt mit fast 15 Millionen Schilling, die Wasserversorgung, die Beseitigung der Abwässer durch Kanalbaumaßnahmen mit fast 20 Millionen Schilling, die Errichtung einer Kläranlage sowie die Beseitigung des Mülls sind zweifellos, nach meiner Auffassung, Elementarerfordernisse unserer Zeit und erfordern einen immer größeren Finanzaufwand, der eben der Gemeinde nicht zur Verfügung steht.

Daher verlangt die KPÖ einen höheren Anteil am allgemeinen Steueraufkommen, größere Zuschüsse von Bund und Land für den Bau von Wasserleitungen, Kanalisation, Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Sicherung der Arbeitsplätze, die von der SPÖ-Regierung versprochene Vollbeschäftigung, ist meiner Auffassung nach Bundesaufgabe und nicht Aufgabe einer Gemeinde. Aber die wirtschaftsfördernden Maßnahmen werden zum großen Teil in letzter Zeit der Gemeinde übertragen.

Aufgrund von Vereinbarungen mit dem ausländischen BMW-Motorenwerk Steyr hat die Stadt Steyr Verpflichtungen übernommen, die die Stadtfinanzen auf Jahre schwerstens belasten. Dadurch wird die Verschuldung noch weiter ansteigen. Zum Beispiel: Im Voranschlag sind für die Förderung von Gewerbe und Industrie 4 Millionen Schilling vorgesehen. Davon 3 Millionen Schilling für BMW und wie man sieht, bleibt für die Steyrer Klein- und Mittelbetriebe nicht viel übrig. Für die Schaffung von 1.500 "neuen" Arbeitsplätzen bis zum 1. September 1982 bei BMW Steyr - dieses Datum ist schon vorbei - in dem zur Zeit erst 756 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, mußte allein die Stadt Steyr Förderungsmaßnahmen im Ausmaß von rund 90 Millionen Schilling gewähren. Sie kennen die Zuschüsse vom Bund, und zwar 900 Millionen, und die vom Land sind 114 Millionen Schilling. Die Stadt stellt als Förderung dieses Betriebes zur Verfügung: 20 Millionen Schilling in 7 Jahresraten von je 3 Millionen ab 1979 bis 1985, Rückerstattung der Lohnsummensteuer für das 1. und 2. volle Betriebsjahr ca. 20 Millionen Schilling, Erlassung der Kanal- und Wasserleitungsanschlußgebühren 13 Millionen Schilling, Wasserversorgung des Werkes rund 3,5 Millionen Schilling, Straßenbaumaßnahmen rund 2 Millionen Schilling, Kanalbau 10 Millionen Schilling und für die Wohnbau-Vorfinanzierung 20 Millionen Schilling, wobei die Baukostenzuschüsse von BMW in Raten bezahlt und die Grundkosten bis 1985 gestundet werden. Und nun, meine Damen und Herren, geht das frivole Spiel mit Steuergeldern der Allgemeinheit und einer Augenauswischerei um die Schaffung "neuer" 800 Arbeitsplätze um das westdeutsche BMW-Motorenwerk in Steyr über die politische Bühne. Vorstandsdirektor von BMW, Dr. Büchelhofer, möchte, wenn möglich, eine staatliche Subvention von insgesamt 830 Millionen Schilling. Nach Meinung des Bundeskanzlers Kreisky würde der Bund zwei Drittel bezahlen, den Rest müßten das Land Oberösterreich und die Stadt Steyr aufbringen. Sie wissen noch genau, ich rufe es Ihnen aber doch in Erinnerung, unser Bürgermeister Weiss hat bei der letzten Gemeinderatsitzung von einem Förderungsbetrag von 540 Millionen, aufgeteilt auf Bund 360 Millionen und Land 180 Millionen Schilling, gesprochen. Die nun plötzlich ins Spiel gebrachten 800 "neuen Arbeitsplätze" sind in Wirklichkeit kein zusätzlicher Ausbau, sondern die 1.500 Arbeitsplätze bei BMW waren bereits laut Vereinbarung und Beschluß des Gemeinderates vom 13. Mai 1980, in der Erweiterung des Basisprojektes eingeplant. Daher vertritt die KPÖ-Fraktion die Auffassung, daß keine zusätzlichen Förderungsmittel an BMW gegeben werden. Vergeblich warten bis heute noch die Arbeiter und Angestellten der Steyr-Werke, die 200 Gekündigten, die über 8000, für die die Kurzarbeit eingeführt wurde, sowie die über 1.600 Arbeitslosen in der Region Steyr auf wirksame Maßnahmen der SP-Regierung, um die wirtschaft-

lichen Schwierigkeiten, insbesondere der Steyr-Werke, zu lösen. Denn von der Lage in den Steyr-Werken hängt nicht nur die Existenz der Beschäftigten ab, sondern die wirtschaftliche, finanzielle Lebensgrundlage der Stadt Steyr und vieler Familien, aber auch von Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden in Stadt und Region Steyr. Darüber hinaus ist eine planmäßige Struktur und Wirtschaftspolitik in Österreich notwendig, die auf Zurückdrängung der wachsenden Konkurrenz der EG-Monopole auf dem österreichischen Markt ausgerichtet ist. Die KPÖ-Fraktion ist für mehr Gerechtigkeit beim Einsatz öffentlicher Steuergelder zur Sicherung der Arbeitsplätze in Steyr.

Ich verlange daher mehr Förderungsmittel für die eigenen Betriebe, für die städtischen Betriebe, konkret für den städtischen Verkehrsbetrieb, und für die Klein- und Mittelbetriebe unserer Stadt. Wenn schon Förderung der Großbetriebe notwendig ist, dann für den einheimischen Betrieb, nämlich für die Steyr-Werke. Alle Steyrer Betriebe zusammen haben in den letzten Jahrzehnten nicht einmal einen Bruchteil der Förderungsmittel erhalten, wie man nun bereit war bis jetzt, und bereit ist, für BMW zu gewähren. Es ist zum Beispiel widersinnig, wenn in den Steyr-Werken für tausende Arbeiter und Angestellte Kurzarbeit und Zwangsurlaub festgelegt wurde, während Österreich um fast 4 Milliarden Schilling Lkw und Traktoren, vorwiegend aus EG-Ländern importiert. Es ist zum Beispiel weiter widersinnig, wenn man immer wieder von ÖVP-, SPÖ- und FPÖ-Politikern hört, die Steyr-Werke müssen Panzer produzieren, weil nur damit die Arbeitsplätze gesichert werden können. Aber das Bundesheer kaufte im Vorjahr nicht die in den Steyr-Werken und der VOEST produzierten Panzer, sondern teure amerikanische Panzer - ich glaube, es waren über 40 - um über 800 Millionen Schilling, die nun im Weg stehen. Oder es ist zum Beispiel ein Widerspruch, wenn ÖVP- und SPÖ-Manager in faschistischen Ländern, wie Chile, umherreisen, um Militärwaffen zu verkaufen und es dabei verabsäumen, zur richtigen Zeit mit den Handelsvertretern der sozialistischen Länder, die laufend nach Österreich kommen, ins Gespräch zu kommen. Aber es gibt in der Region Steyr und in der Stadt Steyr eine Reihe von Wirtschaftstreibern und Fabrikbesitzern, die jede Gelegenheit nutzen, damit sie mit den Handelsdelegationen aus den sozialistischen Ländern ins Gespräch kommen, zum Vorteil ihrer Firmen, und das dient auch der Sicherung der Arbeitsplätze. Besonders möchte ich dabei die Betriebe Sternwerkzeuge mit Ing. Strasek, GFM mit Herrn Ing. Kralowetz, sowie die Firmen Haupt und Musica positiv erwähnen.

Es gibt auch hier im Gemeinderat von einzelnen Mandataren Meinungen gegen den Osthandel, verbunden mit Antikommunismus. Im Gegensatz zu solchen öffentlichen Aussagen, die sicherlich nicht zur Förderung guter und vorteilhafter Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern beitragen, sind es wir Kommunisten, die bei den ständigen Gesprächen mit unseren Bruderparteien die österreichischen und die Steyrer Interessen wahrnehmen. Diese unsere Haltung trug und trägt viel dazu bei, daß die Krise in Österreich, für die die SP-Regierung und die sogenannten "Vertreter der freien Marktwirtschaft" aus dem ÖVP-Kreis mitverantwortlich sind, keine so starken Auswirkungen auf Österreich zeitigen, wie dies in anderen kapitalistischen Industrieländern längst der Fall ist. In vielen oberösterreichischen Betrieben, VOEST, Schiffswerft, GFM Steyr - dort gibt es keine Auftragsprobleme - usw. werden tausende Arbeitsplätze durch die langfristigen Verträge mit der Sowjetunion und der DDR gesichert. Wirtschaftsmanager und Betriebsratsobmänner von SPÖ und ÖVP bestätigen uns immer wieder bei Betriebsbesuchen, daß durch diese engen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern bereits über 150.000 Arbeitsplätze direkt gesichert werden, wobei die Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie nicht enthalten sind.

Meine Damen und Herren, ohne die Milliarden-Aufträge aus den sozialistischen Ländern gäbe es in Österreich derzeit nicht 127.000, sondern bereits rund 280.000 Arbeitslose. Die Arbeitslosenrate würde nicht bei 4,5 % stehen, sondern bereits bei 10 %.

Ich habe bereits eingangs meiner Rede darauf hingewiesen, daß sich die Krise in

letzter Zeit in Österreich verschärft. Die ökonomische Situation in unserem Lande ist im wesentlichen nicht besser als in den meisten westlichen Industriestaaten mit bereits 32 Millionen Arbeitslosen. Die ganze Entwicklung bestätigt die Auffassung der KPÖ, daß der Kapitalismus sein Wesen nicht veränderte und daß er immer wieder zu Krisen führt. Und das muß auch die große SPÖ heute zugeben, daß der Kapitalismus versagt, wie dies Bundeskanzler Kreisky am letzten SPÖ-Parteitag ausführte, und dem die Vertreter unserer Stadt sehr aufmerksam folgten. Aber trotzdem ist die praktische Politik der SPÖ auf die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Profitsystems ausgerichtet. Die SPÖ hat eine neue Industrialisierung versprochen. In der Praxis sieht es aber so aus, daß die Industriebeschäftigten seit 1973 um 80.000 gesunken sind.

Die SPÖ hat Vollbeschäftigung und rascher steigenden Lebensstandard versprochen. Wer spricht heute noch davon? Tatsächlich ist es so, die Arbeitslosigkeit steigt im heurigen Jahr auf durchschnittlich 4 - 4,5 Prozent. Derzeit gibt es 127.000 Arbeitslose. Wir haben die größte Belastungswelle, ein sinkendes Realeinkommen und einen sinkenden Lebensstandard für die breite Masse bei gleichzeitig steigendem Wohlstand der Besitzenden und der Politiker aller drei Parlamentsparteien. Die SPÖ hat auch die Sicherung und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates versprochen. Tatsächlich sind ein Abbau der betrieblichen Sozialleistungen und eine Verschlechterung der Leistungen in vielen anderen Gebieten eingetreten. Kreisky erklärt immer wieder, daß das Teuerste die Arbeitslosigkeit - das hat er auch hier in Steyr gesagt - ist, und das können wir uns nicht leisten. Ein Prozent Arbeitslose kosten dem Staat 1,3 Milliarden Schilling an direkten Ausgaben. Dazu kommt ein Ausfall an Steuern und Sozialabgaben in der Höhe von 5 bis 6 Milliarden Schilling. Im Durchschnitt rechnet man im heurigen Jahr mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate bis 4 %, die den Staat mit rund 23 Milliarden Schilling belastet. Die SP-Regierung erklärt immer wieder, man muß Belastungen in Kauf nehmen, weil mit diesem Geld die Arbeitsplätze gesichert werden. Tatsache ist, es kommt laufend zu Betriebsstillegungen, Abbaumaßnahmen, Aufnahmesperren, Kurzarbeit und zur Jugendarbeitslosigkeit. Die KPÖ vertrat von Anfang an die Auffassung, die Belastungspolitik bringt keinen Ausweg aus der Krise, sondern verstärkt sogar die Unsicherheit und die Krise. Die SPÖ-Regierung versprach vor 13 Jahren den Bau von mehr Wohnungen zu erschwinglichen Mieten, um 5.000 Neubauwohnungen jährlich mehr bis zu einer Steigerung auf 100.000 pro Jahr, sowie die Beseitigung der unter der ÖVP-Regierung erfolgten Durchlöcherung des Mieterschutzes. Das Gegenteil ist aber eingetreten. Es werden immer weniger Wohnungen gebaut und diese werden immer teurer, durch die hohen Grundstückspreise, durch die hohen Profite der Bauwirtschaft und nicht zuletzt durch die Korruption sowie durch hohe Bankzinsen und zugleich sinkende staatliche Mittel für den Wohnbau.

Zu einer höchst unangenehmen Situation hat die verfallene Wohnungspolitik der Bundesregierung in der Stadt Steyr geführt. Trotz beispielhafter Wohnbautätigkeit unserer GWG gibt es in unserer Stadt nach wie vor an die 2000 wohnungssuchende Familien, enorme Mietenrückstände in sündteuren Neubauwohnungen im Resthof und in Münichholz sowie eine beachtliche Zahl leerstehender Altwohnungen. Eine Untersuchung des Stadtbauamtes hat ergeben, daß in 164 Steyrer Wohnhäusern mindestens 768 Altwohnungen leerstehen oder nicht benützt werden. Für so viele Familien könnte durch Verbesserung beziehungsweise durch Zubauten neuer Wohnraum geschaffen werden. Sie wissen genau, um welche Häuser es sich handelt und wo diese sind. Es handelt sich vorwiegend um den Wehrgraben und die Sierninger Straße. Für die Instandsetzung und den Ausbau der alten Wohnungen wären schätzungsweise 500 Millionen notwendig. Aber dafür gibt es in unserem Staat kein Geld, aber für die amerikanischen Panzer hat man 800 Millionen meiner Meinung nach hinausgeschmissen. Die Hälfte dieses Betrages würde fast ausreichen, um diese alten Wohnungen in diesen Häusern zu sanieren und bewohnbar zu machen.

Der Wohnungsfehlbestand wird auch noch dadurch verschärft, daß die Wohnungskosten immer höher klettern. Viele Steyrer, insbesondere junge Familien mit Kindern, können sich die monatlichen Kosten von 5000 bis 6000 Schilling einer neuen Wohnung nicht mehr leisten. Das zeigen auch die laufenden Delogierungen in diesen Gebieten. Im Siedlungsgebiet Resthof gibt es Mietenrückstände der dort wohnenden Familien, die vor wenigen Monaten die 4 Millionen Schilling-Grenze erreichten. In diesem Wohngebiet stehen laufend, wie ich schon angeführt habe, 10 bis 12 Neubauwohnungen leer. Ebenso konnten die Neubauwohnungen der WAG in Steyr-Münichholz nur zum geringeren Teil, nämlich 31 von insgesamt 83, am 1. Dezember 1982 vergeben werden. Mit Hilfe einer großen Werbetafel an der Kreuzung Punzerstraße - Sebekstraße wird daher weiter um Mieter geworben, und zwar mit folgendem Text:

Hier werden ab November 1982 83 Mietwohnungen fertiggestellt sein. Die monatliche Miete beträgt für eine

2-Raum-Wohnung mit 65 m² ab 3.700 Schilling,

3-Raum-Wohnung mit 82 - 90 m² ab 4.650 Schilling,

4-Raum-Wohnung mit 105 - 110 m² ab 5.830 Schilling.

Als Baukostenzuschuß sind 32.000 bis 52.000 Schilling zu entrichten.

Dazu sei noch zu sagen, die tatsächliche Miete per Quadratmeter inklusive Heizung und Betriebskosten würde 67 Schilling ausmachen. Vorläufig wurde der Quadratmeterpreis auf 57 Schilling, durch nicht Einhebung des Instandhaltungsbeitrages, gesenkt. Dieser soll innerhalb der nächsten zehn Jahre um 1 Schilling jährlich erhöht werden. Dies war eine Maßnahme der WAG, um überhaupt Mieter für diese Wohnungen zu bekommen.

Oder ein anderes Beispiel: Für eine 40 m² große Pensionistenwohnung in der Wehrgrabengasse ist eine monatliche Miete in der Höhe von 2.400 Schilling zu entrichten, dies entspricht pro Quadratmeter einem Betrag von 60 Schilling. Es liegt daher klar auf der Hand, daß junge Paare und ältere Menschen nicht in der Lage sind, solche Wohnungen zu beziehen. Ich habe daher im Auftrag meiner Partei wiederholt, so auch heuer, Vorschläge zum Budget unterbreitet, wie das drückende Wohnungsproblem gemildert werden könnte. So wäre es beispielsweise notwendig, daß im Budget der Stadt mehr Mittel für den Wohnbau zur Verfügung gestellt werden. Im kommenden Jahr beträgt die Wohnbauförderung der Stadt nur 4 Millionen Schilling. Damit wird man sicherlich keinen sozialen Wohnbau erreichen. Eine wesentliche Senkung der Mietzinskosten kann nur dann erreicht werden, wenn die Stadt mehr Budgetmittel für die kostenlose Grundbeistellung sowie durch Übernahme der Aufschließungskosten und des fünfprozentigen Eigenmittelbeitrages bereitstellt. Auch für die Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten in den gemeindeeigenen Häusern und im historischen Teil des Wehrgrabens sollte ein höherer Zuschußbetrag im Budget als gegenwärtig 3,5 Millionen Schilling bereitgestellt werden.

Meine Damen und Herren, die Verwirklichung eines sozialen Wohnbaues und der Altstadtsanierung, das insbesondere den jungen Menschen und Familien mit Kindern moderne Wohnungen zu erschwinglichen Kosten sichert, erfordert entsprechende höhere Mittel von Bund, vom Land und der Stadt. Diese können aufgebracht werden durch eine stärkere Besteuerung der Großunternehmer und ihrer Profite. Doch eine soziale wohnbau- und Mietenpolitik wollen weder die ÖVP und FPÖ, noch die Regierung. Denn alleine im vergangenen Jahr wurden vom Kapital mehr als 60 Milliarden Schilling ins Ausland gebracht. Ich meine auch, ein sozialer Wohnungsbau müßte auch Vorrang haben gegenüber größeren Ausgaben für den Schutzraumbau und der Anschaffung von teuren Abfangjägern, die von ÖVP und FPÖ immer wieder verlangt werden und von der SP-Regierung ebenfalls angestrebt werden.

Die KPÖ-Gemeinderatsfraktion hat eine Reihe von Anregungen und Vorschlägen zur Budgeterstellung rechtzeitig eingebracht, die auch teilweise Berücksichtigung fanden. So zum Beispiel begrüßte die KP-Fraktion, daß im Voranschlag die sozialen, kommunalen Leistungen nicht geschmälert wurden und Zuschüsse für das Altersheim von nahezu 15 Millionen Schilling, für Kindergärten und Horte 14,8 Millionen, für das Stadtbad und die Kunsteisbahn 5,4 Millionen sowie für die Stadtwerke 5,2 Mil-

tionen Schilling zur Förderung des städtischen Autobusverkehrs, zur Verfügung gestellt werden. Es ist allgemein bekannt, daß von mir seit Jahren die Frage eines Notarzwagens aufgeworfen wurde. Und es ist daher jedem Gemeinderat klar, ein Notarswagen des Roten Kreuzes würde bei schweren Unfällen, aber auch bei akuten Erkrankungen, bei einem Herzinfarkt, für viele Bewohner unserer Stadt von lebensrettender Bedeutung sein. Daher erhebe ich heute erneut die berechtigte Forderung, daß Budgetmittel in der Höhe der Anschaffungskosten von rund 750.000 Schilling eines Notarzwagens bereitgestellt werden. Ich werde die Frage eines Notarzwagens so lange in der Steyrer Öffentlichkeit zur Diskussion stellen und so lange dafür eintreten, bis das lebensrettende Fahrzeug, und zwar noch unter Bürgermeister Weiss, von der Stadt angeschafft wird und die dazu notwendigen Ärzte vom ö. Spitalsreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Possart, im Schwerpunktkrankenhaus Steyr eingestellt werden.

Nachdem unsere Stadt im Jahre 1983 bereits rund 40 Millionen Schilling als Sprengelbeitrag nach dem Krankenanstaltengesetz und an Landesumlage an das Land Oberösterreich zahlt, müßte die Finanzierung für diese sicherlich lebensrettende Einrichtung auch vom Land erreichbar sein.

Weiters tritt die KPÖ-Fraktion für die verstärkte Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ein, für die verstärkte Benützung der städtischen Autobusse. Um dies zu erreichen, sollte der Fahrpreis der städtischen Linien auf keinen Fall erhöht werden. Ein allgemeiner Wunsch ist auch das verstärkte Anfahren der Randgebiete Waldrand - Gründberg-Siedlung usw. Daher müßten die Autobusse bereits ab 6 Uhr früh bis 22 Uhr auch an Sonn- und Feiertagen eingesetzt werden.

Eine weitere Verkehrsfrage betrifft die Umwandlung der Rudolf-Diesel-Straße zu einer Wohnstraße, wodurch der Durchzugsverkehr ausgeschaltet würde. Auch der Lkw-Schwerverkehr, insbesondere deren Zu- und Abfahrt zur Kachelfabrik Sommerhuber, müßte durch das Neubau-Wohngebiet untersagt werden bzw. eine Zufahrt von der Ennser Straße geschaffen werden.

Für die jungen Menschen verlangt die KPÖ-Fraktion, daß der Zuschuß für die Schischulkurse von 50 auf 100 Schilling erhöht wird, weil die Kosten für die Eltern bereits auf 1.900 bis 2.000 Schilling angestiegen sind. Auch dem Wunsch der Sportler, Eisläufer und Eisstocksützen nach Überdachung der stark frequentierten Kunsteisbahn sollte man endlich nachkommen. Das ist nicht nur ein Wunsch meiner Partei, sondern auch ein Wunsch vieler Funktionäre und Gemeinderäte der großen Parteien in diesem Haus.

Der weitere Ausbau der Rad- und Wanderwege setzt voraus, daß die Kanaltrasse entlang der rechten Ennsseite von der Schönauerbrücke bis zum Pumpwerk Haratzmüllerstraße asphaltiert wird und im kommenden Jahr als Wander- und Fahrradweg freigegeben werden kann.

Schließlich habe ich mich bereits bei der letzten Wohlfahrtsausschußsitzung dafür eingesetzt, daß die Weihnachtsaktion für 220 Sozialhilfeempfänger und 900 Pensionisten mit Ausgleichszulage angesichts der ständigen Geldentwertung um 10 Prozent erhöht und schließlich dynamisiert werden soll. Und der Seniorenpaß mit Pensionsanspruch - für Frauen ab dem 55. Lebensjahr und für Männer ab dem 60. Lebensjahr - ausgestellt wird. Dafür - das wurde mir bei der Vorbesprechung erklärt - ist kein Geld vorhanden.

Ganz im Gegensatz zu den Sparmaßnahmen, die sich im Voranschlag widerspiegeln, steht das weitere Anwachsen der Bezüge und Pensionen der Gemeindefunktionäre. Die Bezüge steigen von 6,850.000 Schilling im laufenden Haushalt auf 7,100.000 Schilling im vorliegenden Haushaltsplan an und das ergibt eine Steigerung um durchschnittlich 5 % ab 1. Februar 1983. Es freut mich, daß sich in diesem Haus ein zweiter Mandatar gefunden hat, der zu dieser Voranschlagspost einmal etwas Negatives zu sagen hat. Es ist Kollege Mausz, der hier eine Trennung zwischen Hauptberuflichen und Nebenberuflichen zieht, ist aber eigentlich nur auf die Hauptberuflichen eingegangen. Er hat aber nichts gesagt über andere, die die Funktion eigentlich nur ehrenamtlich, also nebenberuflich, durchführen und zu den Sitzungen kommen. Parteiliche Aufgaben sollen nicht von der Gemeinde bezahlt werden, sondern

es soll nur der Sitzungsaufwand bezahlt werden, bzw. das, was man wirklich tut. Daher wundert mich das, denn es zeigt von großer Demagogie. Ich bezeichne nicht Kollegen Mausz als Demagogen, denn er macht das ja im Auftrag seiner Partei.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Ich stehe schon zu dieser Meinung.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Seine Partei hat diese Privilegien mitbeschlossen, nicht hier, sondern im Nationalrat.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das ist eine Unterstellung!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Davon leiten sich alle Bezüge auf die Gemeindefunktionäre ab.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist schon eine Unterstellung, wir sind Gemeindevertreter und keine Nationalräte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, daß das, was Kollege Mausz angeführt hat, sicherlich nicht ehrlich gemeint ist, sonst hätte ich zumindest eine Wortmeldung von den Abgeordneten der FPÖ hören müssen. Die Landtagsdebatte hat gestern schon begonnen und Schender hat gesprochen und hat davon auch kein Wort gesprochen, also von der Abschaffung der Politikerprivilegien. Wenn es so wäre, wäre es gut.

Ebenso werden die Ruhebezüge der Stadtsenatsmitglieder von 800.000 Schilling auf 1 Million Schilling steigen. Und dies in einer Zeit, wo die führenden Politiker von den drei Parlamentsparteien der Bevölkerung Sparsamkeit predigen und Belastungen auferlegen. Im laufenden Haushaltsjahr wurden aus der Stadtkasse ausbezahlt:

An die drei Bürgermeister rund 3 Millionen Schilling,
an die sechs Stadträte rund 1,5 Millionen Schilling und
an die 27 Gemeinderäte rund 2,2 Millionen Schilling.

Es kann daher keinen Zweifel geben, daß die Stadtväter dieser Stadt zu teuer kommen. Es hat heute einen Sprecher gegeben, dem kommt das Amtsblatt zu teuer. Er sagt, dieses Amtsblatt kostet pro Kopf der Bevölkerung 50 Schilling. Dagegen wendet man sich. Ich kann nur eines sagen, daß dieses Amtsblatt zur Information über die Tätigkeit der Funktionäre des Gemeinderates in der Öffentlichkeit dient. Es ist auch weit über unsere Stadt hinaus werbewirksam für den Fremdenverkehr. Der Rundfunksprecher in Österreich, Herr Eder, hat mir z. B. geschrieben, daß er laufend bestens informiert ist aus dem Steyrer Amtsblatt über die Entwicklung der Stadt und daß er sich darüber freut. Es gibt auch noch andere Briefe, die über dieses Amtsblatt positiv schreiben. Wenn man schon sagt, daß kommt der Bevölkerung zu teuer, dann habe ich vermißt, daß derselbe Sprecher sich ausgerechnet hat, wenn er schon so gut rechnen kann aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit, wie teuer eigentlich jeder Politiker pro Kopf der Bevölkerung kommt. Ich bin auf die Idee gekommen, es ist mehr als das Vierfache pro Kopf.

Ich habe bei den Vorberatungen zum Voranschlag 1983 neuerdings im Interesse von 2.270 Mietern von Steyr-Münichholz verlangt, daß die Stadtgemeinde zur Enttarnung - nicht zur Instandhaltung - der WAG-Häuser 5 Millionen Schilling in fünf Jahresraten bereitstellt. Die Vertreter der SP-Mehrheitsfraktion kommen dabei immer mit der Ausrede, bevor die Steyr-Werks-Direktion nicht zahlt, geben wir auch nichts. Die Stadt hat bereits eine Viertelmillion Schilling gegeben für ein Sachverständigengutachten. Aber im wesentlichen wird für diese Enttarnung nichts gegeben, wenn nicht die Steyr-Werke bezahlen. Daher werden die Münichholzer WAG-Mieter im kommenden Jahr um 11 Millionen Schilling mehr Miete für die Kosten der 1. Instandsetzungsbauetappe entrichten, inbegriffen sind 4 Millionen Schilling für die

Fassadenreparatur bzw. Enttarnung. Für den einzelnen Mieter steigt die monatliche Miete pro Quadratmeter um 79 Groschen, also nicht wesentlich hoch. Die Gesamtkosten der Wohnhausinstandsetzung in den nächsten fünf Jahren werden sich auf über 100 Millionen Schilling belaufen und mit dem Zinsendienst und den Kosten für Darlehen auf etwa 150 Millionen Schilling erhöhen. Und diese müssen innerhalb der nächsten 15 Jahre von den Mietern – meist älteren Leuten – in Form von jährlichen Meitzinserhöhungen bezahlt werden. Daher verlange ich heute erneut einen Beitrag in der bereits von mir genannten Höhe für die Enttarnungskosten der Wohnhäuser, die während des 2. Weltkrieges den verunzierenden Tarnanstrich erhalten hatten. Für diese 2.270 Mieter wird die Quadratmetermiete vom Juli 1982 und der Erhöhung ab 1. 1. 1983 um insgesamt 5,96 Schilling/m² aufgrund des neuen SP-Mietrechtsgesetzes und der Instandsetzung erhöht. Zum Beispiel: Ein Pensionisten-Ehepaar mit einer monatlichen Pension mit Ausgleichszulage von rund 5.800 Schilling bewohnt eine 65 Quadratmeter große Wohnung in Münchenholz. Dafür bezahlte das Ehepaar bis Juni 1982 755 Schilling. Ab 1. Jänner 1983 wird ihre Miete um 422 Schilling auf 1.177 Schilling erhöht. Das ist eine Steigerung um 56 Prozent. An Pensionserhöhung bekommt das Ehepaar ab 1. 1. 1983 5,5 Prozent, das sind 319 Schilling. Das Land Oberösterreich war bereit, für die Untersuchung über die Schutzraumsituation jedes einzelnen Hauses in Steyr, in welchem Zustand sich die Schutzräume und die Stollen befinden, etwa 1,2 Millionen Schilling zu bezahlen, wobei auch ein Bundeszuschuß in der Höhe von 300.000 Schilling gewährt wurde. Das Land und der Bund waren jedoch bis heute, 37 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, nicht bereit, für die Beseitigung der Kriegsschäden, die Enttarnung der Wohnhäuser in Münchenholz, auch nur einen Schilling beizusteuern. Gleichzeitig will man die Bevölkerung irreführen, daß es bereits für 80 Prozent der Steyrer Bevölkerung im Fall eines Krieges, ausreichend Schutz gäbe. Bei dem Stollensystem der Stadt Steyr im Gebiet Münchenholz, Schloßberg, Tabor, Märzenkeller und Teufelsgraben, handelt es sich um Schutzräume aus dem 2. Weltkrieg, die den damaligen Erfordernissen zum Schutz der Bevölkerung nur teilweise entsprachen. Es gab bei den drei anglo-amerikanischen Bombenangriffen auf die Stadt Steyr im Jahre 1944 immerhin 210 Bombenopfer, obwohl damals 250 kg Sprengbomben eingesetzt wurden. In der heutigen Situation bei einem Krieg, in dem Atomwaffen und Trägerraketen sowie Marsch-Flugkörper eingesetzt werden, gibt es kein Vorwarnsystem und daher auch keinen Schutz der Bevölkerung. Der einzige wirkliche Schutz ist daher der verstärkte Kampf für Abrüstung und Frieden mit Unterstützung der Gemeindepolitiker.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß die Vorstellungen und Alternativen der Steyrer Kommunisten zum Budget 1983 keine Utopien sind, sondern wohlüberlegte und finanzierbare Anliegen. Die KP-Gemeinderatsfraktion stimmt dem Budget für das kommende Jahr zu, weil darin gewisse Vorschläge der KPÖ, die im Interesse der Bevölkerung von uns gemacht wurden, berücksichtigt sind.

Keine Zustimmung gibt die KPÖ-Fraktion der Gruppe 0, in der die Bezüge, die Bezugserhöhungen für die Gemeindepolitiker beinhaltet sind, sowie der Gruppe 9, Kapitel Finanzen, in der die Benachteiligung der Stadtgemeinde durch die SPÖ-Bundesbudgetpolitik zum Ausdruck kommt.

Ich möchte die bevorstehende Pensionierung des Herrn Magistratsdirektors Dr. Eder zum Anlaß nehmen – er ist zwar nicht im Raum – um ihm in aller Öffentlichkeit für seine jahrelange, erfolgreiche Tätigkeit und für sein Wirken in der Stadtgemeinde Dank zu sagen. Er verstand es in all den Jahren immer, trotz parteipolitischer, ideologischer anderer Auffassungen, im Sinne der Weiterentwicklung der Stadt Steyr, mit allen Rathausparteien und auch mit der KPÖ, zusammenzuarbeiten. Durch seinen persönlichen Einsatz hat er nicht unwesentlich dazu beigetragen, das Ansehen der Stadt Steyr über die Landesgrenzen hinaus, durch internationale Kontakte und Verbindungen, zu erhöhen. Ich möchte ihm auch für seinen neuen, kommenden Lebensabschnitt alles Gute und Schöne wünschen, vor allem Gesundheit.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich den Herren Bürgermeister, den Damen und Herren des Gemeinderates und ihren Familien, sowie den Beamten und Bediensteten des Hauses frohe Festtage und ein erfolgreiches und friedliches neues Jahr 1983 wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Erklärung und die Wünsche. Ich habe keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen und ersuche daher den Finanzreferenten um sein Schlußwort.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe in meinem kurzen Referat versucht, die angespannte, schwierige Finanzlage der Stadt darzulegen und habe an Sie appelliert, dafür Verständnis zu haben, daß daher nicht alle Ihre Wünsche im Budget 1983 untergebracht werden konnten. Mancher noch so berechtigte Wunsch, auch seitens der sozialistischen Fraktion, kann zumindest derzeit nicht erfüllt werden. Ich möchte diesen Appell nochmals unterstreichen und um Ihr Verständnis dafür bitten.

Ich möchte nicht auf alle Beiträge, die jetzt von den Debattenrednern abgegeben wurden, eingehen, aber auf einiges möchte ich doch zu sprechen kommen.

Lieber Karl Holub, wir sind uns in vielen Punkten 100 %ig einig, natürlich nicht auf jedem Gebiet, denn sonst wären wir sicher bei einer Partei.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Du kannst aber gerne zu uns kommen!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Es gibt schon Dinge, wo wir uns nicht einig sind. Danke für den Vorschlag, aber ich bleibe bei meiner Partei. Ich darf Dir danken für Dein Lob und bin selbstverständlich so, wie auch mein Vorgänger Kollege Fürst, absolut für Zusammenarbeit. Das betrifft natürlich nicht nur die ÖVP-Fraktion, sondern auch alle anderen Fraktionen.

Eine ganze Reihe von den Wünschen, die hier eingebracht wurden, einen Teil davon hast Du jetzt noch erwähnt, sind - das darf ich versichern - im Budget untergebracht, nur sind sie teilweise ein wenig versteckt und man tut sich schwer, sie zu finden. Du hast gesprochen über einen Abstieg Wehrgraben, das habe ich schon eingangs erwähnt, der ist unterbudgetiert und wir werden sicher dafür etwas größere Mittel benötigen.

Zum Bevölkerungsrückgang, der ist sehr unangenehm, aber 8,5 Millionen Schilling dürften ein Hörfehler oder ähnliches sein, Kollege Treml, das macht leider Gottes 17 Millionen Schilling aus, die wir jährlich aufgrund des Bevölkerungsschwundes von 1.611 haben. Ich habe mir allerdings sagen lassen, da war ich auch etwas überrascht, der Bevölkerungsschwund von 1.611 in 10 Jahren rührt nicht so sehr durch der Abwanderung her, sondern hauptsächlich vom Geburtenrückgang. Ungefähr zwei Drittel entsteht durch den Geburtenrückgang, wir hatten in den letzten 10 Jahren einige geburtenschwache Jahre. Diese Mitteilung erfolgte vom statistischen Zentralamt, die das untersucht haben.

Zum Trinkwasser, Kollege Holub, ich darf Dir sagen, demnächst wird die eine Trinkwasserleitung nach Tinsting fertig werden und wird in Kürze eröffnet.

Was das mittelfristige Projekt zur Finanzplanung anbelangt, darf ich Dir sagen, ich mache mir große Sorgen als Finanzreferent über die Projekte, die wir jetzt schon vorliegen haben und die wir in den nächsten Jahren durchführen werden

Ich denke z. B. an die riesigen Summen, die wir für den Kanalbau in den nächsten Jahren, in den nächsten 15 Jahren, brauchen werden. Das werden hunderte Millionen Schilling sein. Der Abstieg Wehrgraben, wir haben gesagt, daß wir im nächsten Jahr anfangen. Sportanlage Rennbahn, auch damit wollen wir nächstes Jahr beginnen. Die

Verrottungsanlage, auch da wird etwas geschehen müssen. Das sind lauter Dinge, die zum Teil in die hunderte Millionen gehen. Ich mache mir Sorgen, ob es uns möglich sein wird, diese Dinge, die zum Teil schon projektreif vorliegen, zu verwirklichen.

Wir sind sehr engagiert mit der verstärkten Wirtschaftsförderung. Wir haben 500.000 Schilling vorgesehen gehabt, haben aber jetzt auf 1 Million erhöht, insgesamt sind es jetzt 4 anstatt bisher 3,5 Millionen. Wir haben ja heuer bereits eine runde Million ausgegeben statt 500.000 Schilling.

Das Wohnungsproblem ist eine schwierige Angelegenheit, wird aber von uns doch so gut es geht gemeistert. Auch das ist ein finanzielles Problem.

Was den Straßenbau angeht, z. B. die Beleuchtung der Wolfen Straße wird im Zuge des Ausbaues dieser Straße, der im kommenden Jahr fortgesetzt wird, ebenfalls durchgeführt.

Den Ausbau der Steiner Straße kann ich nur unterstreichen, es ist ein Projekt in Ausarbeitung seitens des Bauamtes. Die Stiege von der Fuchslucke herunter wurde von mir beim Wirtschaftshof bereits in Auftrag gegeben. Das wird wahrscheinlich im späten Frühjahr geschehen. Viele Dinge, die da drinnen sind, werden sicher verwirklicht werden, auch die Parkplatzangelegenheit beim Schiffmeisterhaus, die bis jetzt nicht befriedigend ist. Aber auch da wird sicher eine Verbesserung herbeigeführt werden.

Das war im wesentlichen das, was ich zu Deinem Beitrag sagen wollte. Ich glaube, ich habe das Wichtigste gesagt.

Zu Kollegen Mausz muß ich sagen, ich bin seit 27 Jahren im Wohnungsausschuß der Stadt Steyr. Deine Kritik, daß nach parteipolitischen Gesichtspunkten die Wohnungen vergeben werden, muß ich mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Wir versuchen wirklich, nach möglichst objektiven Gesichtspunkten die Wohnungen zu vergeben. Es ist wirklich sehr schwer, denn für jeden Wohnungssuchenden ist sein Fall der dringendste. Ich muß auch Kollegen Zöchling sagen, daß er wirklich daraus das Beste macht.

Personalaufwand, Bezüge der Bediensteten, da müßte man schon einen konkreten Fall vorbringen, wo schlecht gehandelt wird. Ich bin erst kurze Zeit im Personalausschuß, aber es wird bei den Bezügen unserer Bediensteten wirklich nach der Besoldungsordnung vorgegangen. Die ganzen Regelungen werden einvernehmlich mit der Gewerkschaft durchgeführt. Da müßten konkrete Fälle gebracht werden. Energiesparen, das hast Du bereits in Deine Budgetwünsche hineingeschrieben, Modernisierung der Heizungsanlage, wodurch weniger Heizkosten anfallen. Ich habe mit OAR Brächtelsbauer, dem Chef der Liegenschaftsverwaltung, gesprochen und der hat mir gesagt, daß alle Amtshäuser, die der Gemeinde gehören, zentralgeheizt sind, und zwar mit Ölfeuerung. Ich weiß nicht, ob Du damit eine Umstellung auf Solarheizung meinst, ich weiß es nicht. Von uns aus gesehen glauben wir, daß wir auf dem neuesten Stand sind.

Radwegekonzepte, Du bist nicht im Präsidial-Planungsausschuß und kannst nicht wissen, daß wir diese Frage vor ca. 8 Tagen in diesem Ausschuß behandelt haben. Das Konzept ist fertiggestellt und wurde im Präsidial-Planungsausschuß besprochen. Es wird Zug um Zug, denn das geht nicht von heute auf morgen, denn auch das kostet sehr viel Geld, in den nächsten Jahren verwirklicht werden. Auch für das kommende Jahr ist einiges vorgesehen. Wir haben nicht darauf vergessen.

Eine Forderung, die Du da drinnen hast und die Du jetzt wiederholt hast, ist Einsparung bei den Dienstposten. Du schreibst wortwörtlich: "Verminderung der Dienstposten, indem nach Ausscheiden von Dienstnehmern die Posten nicht mehr besetzt werden". Wenn ich das wortwörtlich nehme, so darf unser lieber Freund, Dr. Eder, der in Kürze in Pension geht, nicht mehr ersetzt werden. Der Herr Rechnungsdirektor geht auch in Pension, auch der wird nicht mehr ersetzt.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Ich habe das bei meiner Rede genau ausgeführt.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wer soll denn eigentlich ersetzt werden? Ich muß ehrlich sagen, mir ist dieser Satz, den Du da geschrieben hast, sehr gut bekannt. Wir hören das sehr oft von der Unternehmerseite. Aber meiner Meinung nach wirft das ein sehr bezeichnendes Licht auf die allgemeine Haltung der Partei, der Freiheitlichen Partei. Ich bedauere, daß das von Dir kommt. Mehr möchte ich dazu nicht mehr sagen.

Kollege Treml, Du hast ein parteipolitisches Referat hier gehalten. Ich habe Dich einmal gebeten – vielleicht kannst Du das nachholen – mir zu sagen, von wo Du die Zahlen herhast von den 768 leerstehenden Altwohnungen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Diese Zahlen stammen aus einer Erhebung des städtischen Bauamtes.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Prinzipiell kann man sagen, man kann keinen Hausbesitzer zwingen, daß er eine Wohnung in seinem Haus vermietet. Nach der Auffassung des Wohnungsanforderungsgesetzes mußten wir feststellen, daß viele Altwohnungen nicht mehr vergeben wurden. Zu einem erheblichen Teil sind das Wohnungen im innerstädtischen Bereich und meistens wurden aus diesen Wohnungen Büros, Lagerräume, Kanzleien usw. gemacht. Die Ziffer ist sicher hochinteressant. Ich muß mit dem Herrn Bau- direktor sprechen, woher diese Zahlen kommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich weiß das aus einer Pressekonferenz, die der Herr Bürgermeister vor einigen Monaten gegeben hat und das ist auch in allen Zeitungen gestanden.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Lieber Freund Treml, Du hast sehr viele Forderungen gestellt, und zwar schriftlich und jetzt auch einige mündlich wiederholt, die zusammen wiederum zusätzlich viele Millionen erfordern. Wir müssen uns aber nach der Decke strecken. Ein Schuft ist einer, der mehr gibt als er hat.

Auch über den Notarzwagen haben wir schon gesprochen, Du läufst damit offene Türen ein. Wichtig ist aber die Personalfrage, denn was habe ich vom Notarzwagen, keiner von uns kann den Notarzt spielen. Entscheidend ist eben die Personalfrage und die muß vorerst geklärt werden. Einen Notarzwagen anzukaufen, ohne sich darum zu kümmern, wer die Personalangelegenheit übernimmt, das geht nicht.

Ich glaube, ich habe alles gesagt. Über das, Kollege Treml, was Du politisch gesprochen hast, möchte ich nichts sagen. Über Wirtschaftskrise, kapitalistische Systeme usw. will ich mich nicht äußern. Ich bin auch der Auffassung, daß der Kapitalismus in Reinkultur versagt, aber genau so versagt hat, wie wir aus Polen wissen, Rumänien usw. – also aus den Oststaaten – auch das kommunistische Wirtschaftssystem.

Ich bin am Ende meines Beitrages. Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich am Schluß dafür danken, daß Sie dem Haushaltsvoranschlag für 1983, einschließlich des Zusatzantrages, Ihre Zustimmung geben. Ich betrachte das als Willenskundgebung, in gemeinsamer Arbeit unsere Tätigkeit fortzusetzen, zum Wohle unserer Stadt und deren Menschen. In diesem Sinne danke ich Ihnen und ersuche unseren Bürgermeister, über diese beiden Anträge abstimmen zu lassen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Applaus

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Finanzreferenten für das Schlußwort und leite nunmehr die Abstimmung ein. Zunächst wird abgestimmt über den Voranschlag 1983 mit allen anhängigen sonstigen Voranschlägen – Stadtwerke, GWG usw., Dienstpostenplan und Stiftungen. Wer die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Ich stelle die Einstimmigkeit fest, der Antrag ist angenommen.

Wir stimmen nun über den Zusatzantrag zum Voranschlag 1983, betreffend eine Kreditsperre von 20 %, ab. Wer für diesen Beschluß ist, den bitte ich ebenfalls, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Somit ist auch der Zusatzantrag einstimmig beschlossen. Die Debatte zum Voranschlag 1983 ist abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns nach einer einvernehmlichen Regelung zwischen den Fraktionen, daß auf die Aktuelle Stunde verzichtet wird, am Ende der letzten Sitzung 1982. Wie immer bei derlei Anlässen obliegt es auch mir, einen Abschluß zu finden, der – so glaube ich – dazu angetan sein soll, nicht nur die Kollegialität in diesem Kreis hervorzuheben, sondern uns auch einen neuen Weg im neuen Jahr zu ebnen.

Ich möchte zunächst einmal herzlich dem Finanzreferenten, Kollegen Wippersberger, für die gewissenhafte Vorbereitung seiner Finanzdebattenrede danken und auch für das Schlußwort. Ich muß ehrlich gestehen, ich bin angenehm berührt, auf Grund seiner kurzen Einarbeitszeit in diesem Ressort heute er sich heute bestens bewährt. Dafür gebührt ihm Dank und damit drückt er auch den Fleiß in diesem Referat aus.

Sein Beitrag war sicher getragen von großem Wissen in dieser Richtung. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß nicht doch einen erheblichen Anteil sein Vorgänger, Stadtrat Fürst, der im Oktober ausgeschieden ist, hat, denn er hat alle Vorbesprechungen und Vorverhandlungen geführt und somit seinem Nachfolger ein gut fundiertes Werk gemeinsam mit Rechnungsdirektor Stary unterbreitet.

Der Voranschlag ist bekanntlich eine Rahmenvorgabe. Für 1983 haben wir uns wieder einen nicht unerheblichen Rahmen gesetzt. Es konnten sicher nicht alle Wünsche der Parteien erfüllt werden, auch nicht die der Mehrheitsfraktion, es sind nicht alle Forderungen eingebaut in diese Vorschläge, die gestellt wurden. Es gibt hier eben politische Grenzen, es gibt Grenzen bei der Finanzierungsfähigkeit, es gibt Grenzen bei den technischen Möglichkeiten und es gibt auch eine Grenze im Zeitablauf. Auf jeden Fall möchte ich Ihnen jetzt herzlich für die Gemeinsamkeit des Beschlusses danken. Ich glaube, dieser gemeinsame Beschluß für diesen Voranschlag für 1983 ebnet uns viele Wege in der gemeinsamen Tätigkeit in den nächsten Jahren. Es hat sich schon im Jahre 1982 gezeigt, das hat der Nachtragsvoranschlag ausgewiesen, daß wir viel mehr finanzieren konnten und durchgeführt haben als im Jahre 1981 beschlossen war. Das war ein richtiges Reagieren auf die Zeitabläufe in diesem Jahr, daß wir dort und da, wo es möglich gewesen ist, wo sich die Gelegenheiten geboten haben, durch rasche Entscheidungen mehr getan haben als wir uns vorgenommen haben. Der Arbeitsmarkt spielt hier nicht unwesentlich mit. Ich glaube, es war möglich und notwendig in einigen Fragen, gerade im Beschäftigungsbereich der Bauwirtschaft, manche Entscheidungen zu treffen, die nicht vorgesehen waren, die aber der Bauwirtschaft und den dort Beschäftigten sehr viel geholfen haben. Wenn wir öfter das Wort Finanzplanung hören, meine Damen und Herren dann wissen wir sehr genau, daß wir gerade in einer Zeit wie heute sehr schwer vorausplanen können, weil wir nie die Entwicklungen der Einzelbetriebe vorausschätzen können, weil wir gar nicht den Einblick in die Geschäftspolitik der Unternehmungen bekommen, der uns es gestatten würde, auf Grund dieser Grundlagen unsere Finanzierungspläne abzustimmen. Wir sind daher weitgehend darauf angewiesen, relativ kurzfristig oftmals mit unseren Finanzierungen einzutreten. Es hat sich das als kein ungünstiger Weg erwiesen und er wird sich vermutlich auch weiterhin in dieser Richtung zeigen. Die Schuldenlast, von der oft gesprochen wird, mit 320 Mill. Schilling in Steyr ergibt auch relativ gesehen eine wesentlich geringere Zahl als in vergleichbaren Städten und wenn wir vom Schuldendienst sprechen, also Tilgung und Zinsendienst zusammen, von 39 Millionen Schilling, wie der Voranschlag das ausweist, so haben wir einen Vergleich mit der Stadt Wels, die nicht 40.000 wie

wir, sondern 50.000 Einwohner hat, dort ist der Schuldendienst bei 135 Mill. S angelangt. Wenn wir solche Ziffern in Vergleich setzen, dann werden wir uns dessen bewußt, daß in Steyr geordnete Finanzen betrieben werden. Das ist eine Leistung, die der Gemeinderat gemeinsam mit allen, die damit zu tun haben, vornimmt. Wesentlich scheint mir auch, daß in diesem Voranschlag, der heute beschlossen wurde, Investitionsmaßnahmen im Gesamtausmaß von rund 350 Millionen Schilling enthalten sind, im oH, im aOH und in den Nebenvoranschlägen. Damit ist ein sehr guter Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen gegeben.

Die BMW-Werke, das muß auch gesagt werden, haben uns trotz mancher negativer Stimmen, geholfen, daß in Steyr die Arbeitsplatzsituation nicht schlimmer ist als sie sein könnte ohne diesen Betrieb. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die Wirtschaftsförderung ausschließlich Bundes- und Landessache ist und der Gemeinderat freiwillig, so weit es in seinen Möglichkeiten und finanziellen Gegebenheiten liegt, zusätzliche Wirtschaftsmaßnahmen trifft, um gerade dem heimischen Gewerbe dort und da unter die Arme zu greifen.

Letzten Endes darf man einen Umstand und Zustand nicht übersehen. Jene, die das Steueraufkommen erbringen, wenn ich jetzt von den öffentlichen Trägern ausgehe, das sind der Bund und das sind die Gemeinden, die müssen für die Steuereingänge, für die Steuererträge sorgen und für die Abgaben. Die Länder sind lediglich Verteiler von Mitteln, die sie zugewiesen bekommen haben, allerdings mit einem Nebeneffekt, daß die Gemeinden wiederum zu den Ländern gehen müssen als Bittsteller um jene Gelder, die in ihren Gemeinden mit erarbeitet wurden, um diese im freiwilligen Weg zu erbitten für Leistungen, die den Gemeindebürgern zugeführt werden sollen.

Ich glaube aber auch, in diesem Zusammenhang darf ich hier, ohne damit bestimmte Dinge ausdrücken zu wollen, eine Enttäuschung in den Vordergrund rücken. Ich vermisse in den ganzen Jahren meiner Tätigkeit jene Durchschlagskraft der regionalen Vertreter im oö. Landtag, soweit es sich um Maßnahmen handelt und Vorhaben, die überregional weit über die Stadt Steyr hinausgreifen. Bis heute, meine Damen und Herren, war es immer die Stadt Steyr, die hier federführend tätig wurde, obwohl es sich um Gebiete gehandelt hat, wo die Funktionäre, die Mandatäre und die Verwaltung der Stadt Steyr gar nicht mehr zuständig sind und sein können. Hier dürfen wir uns mehr Unterstützung von den regionalen, öffentlich gewählten Vertretern erhoffen als bisher.

Ich kann hier nur einige Dinge nennen, die S 37 bzw. die Nordspange. Auch die Verbindungsstraßen gerade im Raum Steyr sind sehr vernachlässigt, verglichen mit anderen Bezirken. Wir haben bei BMW bis heute noch nicht die Unterstützung gefunden, die wir erhoffen, obwohl es sich bei allen diesen Dingen um überregionale Projekte handelt. Vom Wehrgraben möchte ich gar nicht sprechen, dieses Thema habe ich aus meinem Vokabular gestrichen im Juni dieses Jahres. Aber das wissen Sie ja.

Aber wir haben einige Hauptprobleme vor uns, die wir nicht übersteigen können, und zwar ist das die Frage des Einkommens für viele Steyrer und deren Familien, das ist die Frage des Wohnens - heute bereits mehrmals zitiert - und das ist die Frage des Verkehrs. Arbeit und Einkommen schaffen die Kaufkraft, die wiederum den Familien gewisse Sicherheiten gewähren in der Lebenshaltung, die aber auch dem Gewerbe und dem Handel jene Beschäftigungsplätze garantieren, die sie nur bei einer gut verdienenden Arbeitnehmerschaft in den Steyrer Betrieben erreichen können. Die Konsumkraft kann nur auf diese Weise gesichert werden. Beim Wohnproblem wissen wir, daß es hier mehrere Richtungen gibt, die uns äußerst bedrücken. Es ist vor allem auch die Verteuerung der Mieten durch die langfristigen Vorfinanzierungen, die die Wohnbauträger selbst vornehmen müssen. Es gibt heute schon Wartezeiten von der Mittelzuteilung bis zur Geldfreigabe von 1 1/2 bis 2 Jahren. Die Zwischenzeit muß am Kapitalmarkt überbrückt werden. Wir haben hier auch eines zu berücksichtigen, daß man mit den bisherigen Maßnahmen allein die Frage des Wohnens nicht mehr lösen wird können. Auch nicht ausschließ-

lich von der Wohnbauförderung her. Wir müssen uns dazu bekennen, daß die überdimensionierten Vorstellungen auch auf anderen Stellen zurückgeschraubt werden müssen auf Wohngrößen, die finanzierbar und bezahlbar sind. Wir müssen zurückgreifen auf eine variable Ausstattung, damit der Einzelne auch selbst bestimmen kann, wie weit er sich hier finanziell einlassen kann, ob er mit einer einfacheren oder komplizierteren Ausstattung der Wohnung zufrieden ist. Wir müssen uns auch von der Gemeinde her mit zusätzlichen Maßnahmen einer Förderungsmöglichkeit beschäftigen.

Zu lösen sind die Fragen auf keinen Fall mit der akuten und momentanen Befriedigung irgend eines Einzelfalles. Im Geschenkweg schafft man bestenfalls Beispielfälle, ohne das Problem an der Wurzel anfassen zu können. Es muß aber an der Wurzel angepackt werden, sonst wird es kaum gehen.

Was den Verkehr betrifft, so dienen in diesem Bereich unsere Maßnahmen vorrangig der Sicherheit der Teilnehmer. Die Städtischen Unternehmungen haben in diesem Bereich eine große Aufgabe übernommen, die sie auch erfüllen und der reibungslose Ablauf des Verkehrs ist auch ein Teil unseres Sicherheitsempfindens.

Bei Arbeit und Verkehr aber, auch das darf ich nicht verschweigen, trägt die Stadt viele Lasten, die anderen Gemeinden nutzbar sind, wenn ich an die Pendlerbewegung denke. Auch das gehört einmal deutlich in den Raum gestellt.

Meine Damen und Herren, wir stehen wenige Tage vor dem Weihnachtsfest und wir wissen aus früheren Ereignissen solcher Sitzungen, daß sich die Spannungen legen, daß die Besinnung einkehrt und die heutige Sitzung ist auch ein Spiegelbild dieser jährlich wiederkehrenden Erscheinung. Das neue Jahr steht vor der Tür und ich glaube, jeder von uns weiß, daß die Sorgen nicht kleiner werden. Die Voraussagen der Wirtschaftsforscher sprechen von einem weiteren Abschwung der Wirtschaft und prophezeien erst für 1984 wieder einen leichten Aufschwung und Anstieg. Wie sehr sich aber Wirtschaftsforscher schon geirrt haben, das haben wir die letzten Jahre erlebt, wo sie uns mehrmals im Jahr verschiedene Prognosen unterbreitet haben, mit denen wir in der Praxis fertig zu werden hatten. Das sind auch Dinge, die eine mittelfristige Finanzierbarkeit unserer Vorhaben erschweren und kaum möglich machen.

Ich erlaube mir auch, bei dieser Gelegenheit noch eines zu sagen. Ich bin kraft meines Lebensalters der älteste Gemeinderat in diesem Kreis und bin auch geprägt von einer Zeit einer dürftigen Lebensweise, die ich in meiner Jugend- und Kinderzeit kennengelernt habe. Damals hat es spürbare Not und Armut gegeben. Die damalige Arbeitslosigkeit hat zu großer Bescheidenheit in der Befriedigung von Bedürfnissen der Bewohner unserer Stadt und dieser Region geführt. Ich glaube, diese vielen Erfahrungen, die ich persönlich gemacht habe, machen dort und da ein bißchen weiser, man lebt gedanklich etwas mehr in der Vergangenheit bei Erscheinungen, wie sie heute vorkommen, man sorgt sich mehr aus der Erkenntnis der eigenen Erfahrungen. In unserem Alter ist es anders als bei jenen, die in die sogenannte gute Zeit hineingeboren wurden, die bestenfalls diese negativen Erscheinungen des früheren Zusammenlebens nur aus der Literatur kennen oder aus Erzählungen ihrer Eltern oder anderer älterer Menschen. Diese Sorgen werden uns weiter begleiten und ich scheue mich nie, das zu sagen, daß ich manchmal die Kontraste etwas schärfer auszeichne, als sie momentan empfunden werden. Das ist aber notwendig, daß wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht immer nur rosige Zeiten gibt, es auch schon schwierige Zeiten gegeben hat und wir haben sie dennoch überlebt. Überleben konnte man diese Zeit nur, wenn man in sich die Kraft trägt, diese schwierigen Zeiten zu überdauern, alles einzusetzen, um weiter zu kommen. Ein typischer Ausdruck der gegenwärtigen Weltlage ist es, daß es nicht nur im Westen, sondern auch im Osten große Schwierigkeiten gibt. Im Osten kämpfen viele Länder mit einer Unterversorgung der Bevölkerung, sie leben unter teilweise mehr oder weniger großen politischen Zwängen, sie haben kein so hohes Einkommen wie wir im sogenannten Westen, und sie können sicher nicht allen Bedarf, den sie haben, decken. Dem steht im Westen eine hohe Arbeitslosenrate gegenüber, insbesondere bei der Jugend, ein starkes Einkommensgefälle - weniger in Österreich, als in an-

deren westlichen Staaten – eine Unsicherheit, auch was die Freiheitsempfindungen betrifft und große Teuerungsraten. Die Rückkoppelung dieser Erscheinung auf Österreich ist unvermeidlich und die internationale Verflechtung, die wir bei unserem Getriebe durch hohe Exportraten haben, sind auch mit dazu angetan, auf uns diese Wirkungen zu übertragen. Wir wissen, daß in den Steyr-Werken, von früheren Jahrzehnten abgesehen, wo die Exportrate bei 30 – 35 % bestenfalls lag, heute schon auf 70 % angewachsen ist. Die Steyr-Werke müssen auf labilen Märkten offerieren und daher auch dort die mehrmals zitierten Sorgen, die heute schon angezogen wurden, bestehen.

Ich darf auch ein Wort zur oft zitierten Waffenproduktion sagen. Die Gewehrproduktion in Steyr hat eine jahrhundertalte Tradition von Josef Werndl her und es gibt dort 600 Beschäftigte, davon 270 Frauen. Wenn man diese Zahl von 600 Beschäftigten in Vergleich setzt zu allen jenen Aussagen, die von Menschen kommen, die noch nie dort gearbeitet haben, dann kann man auch den Wertmaßstab anlegen. Nicht mit Phrasen wird es gelingen, das Problem Waffenproduktion ja oder nein zu lösen, es wird nur die nüchterne Überlegung gelten, wie man zu diesem Weg findet. Wer natürlich niemals einen Arbeitsplatz besessen hat, wie so manche, die jetzt groß daherreden, so mancher politischer Tausendsassa, der kann ja keinen verlieren und daher wird ihn die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes auch nicht drücken. Es ist eigenartig, wenn man manche derartige Aussagen verfolgt in Rundfunk und Fernsehen, so redet scheinbar der, der nicht arbeitet, sicher über die Arbeit viel leichter und am liebsten. Die gleichen Leute aber unternehmen gerne auf öffentliche Kosten Weltreisen, um über die Zustände in anderen Ländern berichten zu können, und zwar gegen Honorar. So werden die Probleme, wie sie jetzt oftmals dargestellt werden, sicher nicht gemeistert werden. So etwas zu glauben, wäre "tschapperhaft". Entweder gibt es vorläufig weiterhin eine Gewehrproduktion in den Steyr-Werken, oder die Alternative wäre 600 Arbeitslose.

Meine Damen und Herren, hier in Steyr, wo wir leben, wo wir die Zusammenhänge sehr wohl ermessen können, wird die Entscheidung für uns in dieser Phase einer schwierigen Arbeitsmarktsituation nicht sehr schwer sein.

Letzten Endes dürfen ja nicht Arbeitnehmer, die brav und treu täglich ihre Arbeit verrichten und dafür ihren Lohn erhalten, nicht für die internationale Verwicklung der Lage haftbar gemacht werden. Das wäre paradox. Heute zeigt sich gerade aus dieser Sicht heraus, wie wichtig die Gründung des BMW-Werkes in Steyr gewesen ist, obwohl wir damals immer von zusätzlichen Arbeitsplätzen gesprochen haben, sind wir heute froh, mit diesen derzeit nicht ganz 800 Arbeitsplätzen, die schon existieren, verschiedenes abgefangen zu haben, was ohne diesen Betrieb in Steyr wesentlich deutlicher spürbar geworden wäre und uns mit so mancher drückender Sorge belastet hätte.

Die Steyr-Werke verlieren nach einer Erkundigung, die ich eingeholt habe, durch Austritt von Menschen, die in den Ruhestand treten, durch sonstige Austritte von Arbeitnehmern, monatlich etwa an die 40 Arbeitsplätze. Wenn Sie das mal 12 multiplizieren, können Sie grob die Zahl 500 errechnen. Meine Damen und Herren, 500 Arbeitsplätze in einem Jahr in Steyr weniger, da brauche ich die Bedenklichkeit einer solchen Entwicklung, projiziert auf zwei oder 3 Jahre, gar nicht deutlicher herausheben. Diese Sorge ist nicht so merkbar, davon wird nicht so sehr gesprochen, als wenn 200 Kündigungen ausgesprochen werden. Diese Sorge ist aber in Anbetracht der Gesamtsituation wahrscheinlich die größte.

Meine Damen und Herren, die letzte Sitzung heuer klingt mehr oder weniger aus mit dem Wunsch, in den nächsten Tagen die Besinnung und Ruhe und den Frieden zu finden, damit man in der Familie ein schönes Weihnachtsfest feiern kann. Den Übergang zum neuen Jahr können wir in etwa so umschreiben, mit einem gedämpften Optimismus, verbunden mit leiser Hoffnung auf ein gutes und ein friedliches Jahr 1983. 37 Jahre kennt Österreich nunmehr den Begriff des Friedens und der inneren Sicherheit und auch des Arbeitsfriedens. Wir alle leben mitten drinnen und sind uns vielleicht dessen gar nicht so deutlich bewußt. Wir werden uns erst dessen bewußt, wenn wir aus den Medien entsprechende Nachrichten aus anderen Ländern

bekommen. Wir bedauern jene Menschen, die unter diesen schweren Lasten leiden, ob es Krieg, Blutverbrechen, Not und Elend sind und vor allem diese Menschen, die den Begriff der Hoffnung überhaupt nicht kennen. Die sich nicht mehr trauen, Hoffnung auf andere Zeiten zu hegen. Das Geringste was wir hier tun können und was wir uns wünschen können, ist, daß wir in Österreich die Freiheit bewahren, den Frieden sichern und damit für unser Land und für unsere Familien einen Beitrag leisten. Als Gemeinderat sind wir ein aktiver Teilnehmer an dieser Entwicklung, wir wollen auch 1983 Mitgestalter dabei sein.

Ich möchte Ihnen allen in diesem Geiste und in diesem Sinne den Dank von meiner Seite als Bürgermeister und Vorsitzender in den Sitzungen des Gemeinderates aussprechen für die kollegiale und gemeinschaftliche Arbeit, die wir zu leisten vermochten. Es war nicht immer leicht, Sie haben es mir nicht immer leicht gemacht und ich habe es vielleicht Ihnen auch nicht immer leicht gemacht, aber man soll sich nichts im Leben leicht machen, denn dann gleitet man allzu rasch in die Banalität ab. Ich möchte den Dank an Sie auch an die Mandatäre allgemein und an die Bediensteten des Hauses richten, an die Medien für die erstatteten Berichte, die wesentlich mit dazu beitragen, daß man in der Öffentlichkeit auch von den Vorgängen in den Sitzungen erfährt, von den Entscheidungen, die für die Stadtentwicklung von Bedeutung sind. Daß ich dem Magistratsdirektor, Obersenatsrat Dr. Eder, besonders danke, das, glaube ich, brauche ich nicht besonders hervorzuheben. Es wird sich noch eine andere Gelegenheit schicken, dies umfangreicher nachzuholen. Für heute möchte ich an ihn persönlich den Dank, stellvertretend für alle seine Mitarbeiter, aussprechen, die immerhin auch sehr viel Mitleistungen an unseren Entscheidungen zu vollbringen hatten.

Es gebührt aber noch jemandem der Dank, und zwar dem Bürger unserer Stadt, der mit seinem Fleiß jene Mittel erarbeitet, die es uns erst gestatten, an der Verbesserung der Stadt, deren Einrichtungen und Standard, zu arbeiten und daraus auch oftmals wertvolle Anregungen zu schöpfen.

Für jetzt entbiete ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest im Kreise der Familie, ein gutes Jahr 1983 bei Kraft und Gesundheit in gemeinsamer Arbeit für die Stadt und ihre Bewohner.

Ich danke Ihnen und schließe damit die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Franz Weiss e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

MK Dr. Gerhard Alphasamer e.h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Karl Holub e. h.
Franz Rohrauer e. h.